

**Universität Oran
Fakultät für Literatur, Sprachen und Künste
Deutschabteilung**

Magisterarbeit über das Thema

**ZUM SOZIALSTATUS DER FRAUEN DER
EHEMALIGEN DDR NACH DER WENDE**

**Vorgelegt von
Karima AINOUCHE**

Jurymitglieder

Vorsitzender:	Prof. Dr. EL KORSO Kamel	Uni. Oran.
Betreuerin :	Dr. HAMI Nadja	Uni. Alger.
Gutachterin :	Dr. BELBACHIR Rafia	Uni. Oran.

WIDMUNG

Für meinen Vater Ainouche Mohand Said,
meine Mutter und Geschwister,
meinen Mann und meine Kinder
und meine Stieffamilie besonders meine Schwägerin Lila
Mehdaoui.

Karima Ainouche

3.1.	Die veränderte Rolle oder neue Vorbilder der Frau	63
3.2.	Zum Sozialleben : Familienpolitik, Erziehungsgeld und Steuer	68
3.2.1.	Zum sportlichen Leben in der DDR	70
3.2.2.	Zum Alltagsleben	71
3.2.3.	Zur sozialen Sicherung	72
3.3.	Zum öffentlichen Leben	74
3.4.	Zum Beruf : Ausbildung, Arbeitszeit, Lohn und Hausarbeitstag	81
3.4.1.	Zum Hausarbeitstag, ein deutsches Frauensonderrecht	85
3.5.	Vereinbarkeit von Beruf und Familie	88
3.6.	Probleme des sozialen Wandels.	90

**4. DIE KINDERERZIEHERINNEN ALS BEISPIEL DER WEIBLICHEN
DDR-GESELLSCHAFT.....95**

4.1.	Gesellschaftliche Anerkennung in einem Bildungsberuf für Frauen	97
4.2.	Historische Entwicklung der Kinderkrippen	98
4.3.	Zur Situation der Krippen in der DDR	100
4.4.	Ausbildungsinhalte in der Kinderkrippen	103
4.4.1.	Führungsphilosophie und Dominanz des Politischen	104
4.4.2.	Die Krippen als erste Stufe des Bildungssystems der DDR	106
4.4.3.	Elemente einer modernen Krippenpädagogik der DDR	107
4.5.	Die Zeit nach der Wende	108
4.5.1.	Zur gegenwärtigen Lage der Kinderkrippen	111
4.5.2.	Die Krippen der neuen Bundesländer und Perspektiven	113

SCHLUSSBETRA CHTUNG UND AUSBLICK.....117

QUELLEN UND LITERATURV ERZEICHNIS.....123

Abkürzungsverzeichnis

Personenregister mit Kurzbiographie

Anhang

Als ich im vierten Studienjahr war, habe ich mich mit einer Arbeit beschäftigt, unter dem Titel *„die neuen politischen und wirtschaftlichen Stärke Verhältnisse in Deutschland vor und nach dem Fall der Mauer“*, das war eigentlich ein breit angelegtes Thema.

Im Rahmen meiner Magisterarbeit, habe ich die Gelegenheit gehabt, dank meiner Betreuerin Frau HAMI, dieses Thema wiederaufzunehmen, nun aber auf eine fokussierte Weise, und zwar werde ich mich mit dem Sozialstatus der Frauen der ehemaligen DDR beschäftigen.

Ein anderes wesentliches Motiv für die Auswahl dieses Forschungsgegenstandes, ist das Bestreben, eine kleine Lücke in der Frauengeschichte auszufüllen, denn die deutsche traditionelle Geschichtsschreibung hat die Frauen sehr lange Zeit übersehen.

Die Geschichte der Hälfte der Menschheit oder mit anderen Worten die Frauengeschichte wird kaum erwähnt und entwickelt sich unbeobachtet, weil das Thema für viele Geschichtsschreiber für unwichtig oder nicht von großer Bedeutung gilt.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Darstellung von Frauen der ehemaligen DDR im Unterschied zur BRD-Frauen und deren gesellschaftlicher Umwandlung nach der Wende.

In den beiden deutschen Staaten wurde die Gleichstellung von Frauen und Männern 1949 in die Verfassungen aufgenommen: für die BRD lautet der entsprechende Artikel im Grundgesetz *„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“*

liche Durchsetzung der Gleichberechtigung von
t auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“¹

In der Verfassung der DDR steht diesbezüglich ebenfalls ein Artikel: „*Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.*“²

Die zunehmenden Rechte, die Frauen in den beiden deutschen Staaten durch diese Artikel zugesprochen wurden, mussten im öffentlichen Leben ihre entsprechende Umsetzung finden. Diese sollte sich auch in gesellschaftlichen relevanten Bereichen, wie zum Beispiel: Schule, Beruf und Alltag widerspiegeln. Es geht aber in dieser Studie nicht die Darstellung der Frauenrolle im Vergleich zur Männerrolle oder darum die Geschlechter- Dichotomie in Zweifel zu stellen, es geht uns darum zu analysieren, ob und wie sich das Leben von DDR-Frauen nach der Wende entwickelt hat?

Wir werden analysieren, welche besonderen Ungleichheiten die Situation von bestimmten Frauengruppen im Osten und im Westen Deutschlands unterschiedlich machen? Wir haben zum Beispiel an ein Problem junger Frauen gedacht, nämlich an die Schwierigkeit, Beruf und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. Ist die Kindererziehung ein Hauptproblem für die Emanzipation der Frau? War die Mütterlichkeit ein Hindernis für die Emanzipation der Frauen der ehemaligen DDR und wie ist es heute nach dem Eintritt der DDR in die BRD?

1- Siehe Anhang: Grundgesetz. Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>. Datum des Zugriffs:05.02.2008.

2- Siehe Anhang: DDR- Verfassung. Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>. Datum des Zugriffs:08.06.2008.

biel aus der Gesellschaft gewählt, und zwar die
erinnen.

Dazu ist ein Vergleich zwischen der östlichen sozialistischen und der westlichen kapitalistischen Kindererzieherin notwendig.

Bei Durchsicht der Bücher und Zeitungsartikeln, haben wir uns von folgenden Fragen leiten lassen: Sind die Frauen der ehemaligen DDR völlig mit der Wiedervereinigung

zufrieden? Haben die DDR-Frauen ihre sozialistischen wohlverordneten Rechte verloren? Und was haben die BRD-Frauen von der DDR gelernt?

Um diese Fragen zu beantworten, werden inhaltliche Analysen und Fakten durchgeführt, und zwar an folgenden thematischen Schwerpunkten: Der Anteil der Frauen an der Geschichte, wir meinen hier den zweiten Weltkrieg, Frauenarbeit in Ost und West, Frauenbewegungen, Frauen in der Politik, und die Kinderbetreuung als wichtiger Grund der Rückkehr zum Beruf.

Diese Themen wurden von uns bewusst gewählt, weil die Bereiche der Arbeit und der Politik der komplex gesellschaftlichen Öffentlichkeit angehören.

Aktuelle Bücher, Zeitungsartikel, und wissenschaftliche Vorträge bilden die Quellengrundlage dieser Arbeit.

Die zeitliche Begrenzung der Untersuchung ergibt sich aus den Jahren vor und nach der Öffnung der Mauer, das heißt, ab den zweiten Weltkrieg bis heute.

Im Kern unserer Untersuchungen geht es darum, Transparenz darüber herzustellen, welche Rolle die DDR-Frauen in einem sozialistischen Staat spielten und wie ihr Sozialstatus nach der Vereinigung Deutschlands verändert wurde.

Wir schreiben über die Rolle der Frau und ihr Leben nach der Wende. Das Thema dieser Arbeit, die Realität von Frauen in Ost und Westdeutschland auszuleuchten, ist zweifellos sehr umfassend, es gibt junge und alte, gut und schlecht ausgebildete, Frauen mit Kindern und ohne Kinder, organisierte und

haushaltarbeitende, wohlhabende und bedürftige,

Im ersten Kapitel sollen die Leitbilder und Lebensentwürfe verglichen werden.

Dieser Schwerpunkt wird auch in dem zweiten und dritten Kapitel behandelt. Dabei werden die unterschiedlichen politischen Systeme beider deutscher Staaten berücksichtigt.

Wir werden klar machen, wie die staatliche Frauenpolitik sowohl im Westen als auch im Osten, mit Hilfe der bürgerlichen Frauenbewegungen sich um die Bildung und politischen Teilnahme dank der Frauenquote bemüht hat.

Im zweiten Kapitel werden die politischen Tendenzen in der Nachkriegszeit, die in der westlichen und in der östlichen Besatzungszone unterschiedlich verliefen, geschildert.

Dann folgt eine kurze Darstellung der Entwicklung der Frauenpolitik sowohl in der BRD als auch in der DDR.

In dem schon erwähnten Kapitel ist ein geschichtlicher Überblick über den Prozess der Einigung Deutschlands von großer Bedeutung.

Im dritten Kapitel werden wir uns mit der Rolle der Frau in der BRD und in der DDR auseinandersetzen. Wir werden sehen wie die Lebensentwürfe und Ideale dank der Studentenbewegung der 68er Jahre verändert werden.

Ein Überblick über die Entwicklungslinien der Entwicklungspolitik in der BRD und DDR rundet also die theoretischen Einführungen ab. Nach der Behandlung des Alltags und öffentlichen Lebens der DDR-Frauen wird in diesem Kapitel der Versuch unternommen, die Probleme des Wandels zu erläutern.

Im vierten und letzten Kapitel haben wir ein Beispiel der feministischen DDR-Gesellschaft genommen, und zwar die Kindererzieherinnen. Wie haben sie die Zeit der Wende erlebt und welche sind die Konsequenzen der

g? Deswegen haben wir die sozialistische
ziehung und Krippenpädagogik betont.

In der abschließenden Schlussbetrachtung und im Ausblick wird eine Bewertung der Untersuchungsergebnisse vorgenommen. Dann werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt und interpretiert.

Am Ende dieser vorliegenden Arbeit werden wir mehr wissen über das Leben von Frauen in dem vereinten Deutschland.

Zum Schluss werden wir Antwort auf die Frage geben, inwiefern das politische und soziale Streben der Frauen befriedigt ist? Sind die Frauen mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zufrieden oder nicht?

Legen die Frauen größeren Wert nur auf ein angenehmes Leben, Freiheit, Wohlstand, soziale Anerkennung und Macht oder bestehen sie auch auf Gleichheit, Selbstachtung, Freundschaft, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit?

Erstes Kapitel

**ZUM SOZIALSTATUS DER DDR- UND BRD-
FRAUEN**

VOR DER WENDE

STATUS DER DDR- UND BRD-FRAUEN

Nach dem zweiten Weltkrieg sind die Frauen hien wie drüben mit der traditionellen Fixierung auf die häusliche Sphäre nicht mehr zufrieden. Sie haben gleich verstanden, dass sie eine wichtige Macht in der Gesellschaft sind, und dass die Konsertation über die gemeinsame Arbeit ein progressives Denken ist und einem humaneren gesellschaftlichen Zusammenleben dient. In diesem Sinne wird die Teilnahme der Frau, sowohl im Osten als auch im Westen, in der Wirtschaft und in der Politik untersucht und beschrieben. Weiterhin wird es um ihre Schul- und ihre Berufsausbildung gehen.

In den letzten fünfzig Jahren hat sich die Lebensplanung von Frauen verändert. Beruf und Familie sind selbstverständliche Bestandteile geworden. Für rund zwei Drittel ist eine Familie für das Lebensglück unverzichtbar, für ein Drittel sind auch andere Lebensformen vorstellbar. Aber Frauen verbinden mit Familie nicht mehr allein die Zuständigkeit für den häuslichen Bereich. Nur noch für 5% ist die Vorstellung, auf Dauer ausschließlich Hausfrau und Mutter zu sein, attraktiv.

Jede zweite Frau bewertet Beruf und Familie als gleich wichtige Lebensbereiche. Im Konfliktfall geben aber 67% der Familie den Vorrang.¹ Um diese Mentalität zu verstehen ist ein geschichtlicher Überblick von großer Bedeutung.

1.1. Frauen bei Stunde null (Nachkriegsstand)

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, in der Zeit der Stunde null, waren Fast 4 Millionen Männer gefallen, Hunderttausende infolge von Kriegsverletzungen arbeitsunfähig, und rund zwölf Millionen befanden sich in Kriegsgefangenschaft, zum Teil bis in die fünfziger Jahre.

1- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend : Mütter und Berufe, Realitäten und Perspektiven, Ausgabe Nr. 4 Monitor Familienforschung, Allensbach, Dezember 2005, S. 3

Kranke und Alte, mussten Frauen Schwerarbeit

zonen führen die Alliierten die Arbeitspflicht für

Frauen im Alter von 15 bis 50 und für Männer von 14 bis 65 Jahren ein.

Im zerstörten Berlin beispielsweise, wo 1945 zwei Drittel der Einwohner weiblich waren, gab es rund 60.000 „Trümmer-Frauen“. Überall verrichteten Frauen „Männerarbeit“ bei der Schuttbeseitigung, in Fabriken und auf dem Bau.

Im Vergleich zu den männlichen Kollegen, waren die Löhne der Frauen 40 Prozent niedriger. Der Ärger darüber wurde durch die bessere Versorgung zumindest teilweise kompensiert. Ein Beispiel für die Kompensation sind die Lebensmittelkarten womit man für „Schwerarbeiter“, wenn die Zuteilungen an die Geschäfte ausreichten, zum Beispiel doppelt soviel Brot und fünfmal soviel Fleisch und Fett kaufen konnte wie mit den „Hausfrauenkarten“, die zur letzten Kategorie zählten.

1945/46 wurden in den vier Besatzungszonen mehr als 5000 überparteiliche und- konfessionelle Frauenausschüsse gegründet, die durch Hilfe zur Selbsthilfe und soziales Engagement zur Überwindung der alltäglichen Not beitrugen. Sie richteten Kindergärten ein, organisierten mit Hilfe von Spenden (Almosen) kostenlose Schulspeisungen und stellten in Nähstuben aus gesammeltem Material warme Winterkleidung her.

Frauenausschüsse gründeten auch Beratungsstellen, vermittelten zwischen der Bevölkerung und den Behörden, koordinierten die gesundheitliche Vorsorge für Schulkinder, überwachten die Preisgestaltung von Einzelhändlern und protestierten gegen die Lohndiskriminierung weiblicher Erwerbstätiger.

Viele Ausschussmitglieder waren bereits vor 1933 nicht nur in karitativen Organisationen, sondern auch in Parteien tätig gewesen und versuchten nun, Frauen politisch zu aktivieren. Populäre Frauenzeitschriften setzten sich ausführlich mit politischen Fragen auseinander. Der aktiven Teilnahme der Frauen am Wiederaufbau schien zunächst auch ein zunehmendes Engagement im öffentlichen Leben zu entsprechen. So konnte 1949 das Gleichberechtigungsgesetz des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

reien gegen das ursprünglich negative Votum des
gesetzt werden.

Dank Elisabeth Selbert (SPD)¹, neben Helene Wessel² (Zentrum), Helene Weber (CDU)³ und Friederike Nadig⁴ (SPD), die Vier „Mütter“ des Grundgesetzes, war eine beispielhafte Mobilisierung für die von ihr eingebrachte Formulierung des Artikels 3 Absatz 2 *„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“* gelungen.⁵

Zwischen 1949 und 1957 stieg der Anteil weiblicher Bundestagsabgeordneter von 7,1 auf 9,2 Prozent. Parallel zur ökonomischen Konsolidierung setzte dann leider eine Gegenbewegung ein. Unterstützt von vorherrschenden konservativen Wertvorstellungen gewannen die in Krisenzeiten in den Hintergrund gedrängten geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen wieder an Bedeutung.

Der Rückzug beziehungsweise die Zurückdrängung der Frauen in die Familien wirkte sich negativ auf ihre politische Mitwirkung aus. Die Frauenquote im Bundestag verminderte sich 1965 auf 6,6 Prozent und erreichte 1972 mit 5,8 Prozent ihren Tiefstand.⁶

Wie in der Bundesrepublik Deutschland fanden die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Schutz von Ehe und Familie auch in der DDR Verfassung gesetzliche Anerkennung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die rechtliche und politische Ausgestaltung dieser Normen systembedingt zwar sehr unterschiedlich verlief; Dabei aber hatte es in der DDR zunächst den Anschein, als wollte man gerade in dieser Beziehung mit der gemeinsamen Vergangenheit brechen.

- 1- Siehe Anhang: SPD und Personenregister mit Kurzbiographie: Elisabeth Selbert.
- 2- Siehe Anhang: Personenregister mit Kurzbiographie: Helene Wessel.
- 3- Siehe Anhang: CDU und Personenregister mit Kurzbiographie: Helene Weber.
- 4- Siehe Anhang: SPD und Personenregister mit Kurzbiographie: Friederike Nadig.
- 5- Helwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin, 1998, S. 24.
- 6- Ebenda, S. 26.

sechziger Jahre

In diesen zwei folgenden Unterkapiteln empfiehlt es sich, einen kurzen Blick auf die Ideologie des Sozialismus zu werfen. Da die soziologisch-wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund stehen, ist es unvermeidlich, den konkreten politisch-ideologischen Hintergrund zu beleuchten.

Ideologische und ökonomische Zielsetzungen der sowjetischen Besatzer trafen dabei zusammen; anders formuliert: die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus geforderte Befreiung des weiblichen Geschlechts durch seine Eingliederung in den Produktionsprozess entsprach angesichts des Mangels an Arbeitskräften den Intentionen von Parteien und Staat. Die fünfziger und sechziger Jahre standen im Zeichen der Integration möglichst vieler Frauen in die Arbeitswelt

In dieser Hinsicht sollten die Entlastung von häuslichen Pflichten durch öffentliche und betriebliche Einrichtungen für die Kinderbetreuung und der Ausbau des Dienstleistungsnetzes unerwünschte Kompromisse, wie eine zeitweilige Konzentration auf Familienaufgaben überflüssig machen.

Das Familiengesetzbuch der DDR von 1966 trug den Ehegatten auf, ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, dass die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann.

1.3. Die siebziger und achtziger Jahre

In den folgenden zwei Jahrzehnten waren in beiden Staaten Neuorientierungen in der Frauen- und Familienpolitik zu verzeichnen. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Familienförderung in der DDR einen beachtlichen Stand erreichte.

In der BRD trat am 1. Juli 1977 eine umfassende Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft, mit der das offizielle Leit-Bild der Hausfrauenehe

Seither gilt, dass die Haushaltsführung in
zu regeln sei.ö Und haben öbei der Wahl und
*Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf die Beilange des anderen Ehegatten und
der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.*" 1

In mehreren Stufen wurde die Frauen- und Familienforderung zwischen 1986 und 1972 systematisch ausgebaut. Die wesentlichen Maßnahmen waren dabei die Arbeitsverkürzung und zusätzliche Urlaubstage für vollbeschäftigte Mütter mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren, die bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder, die Kapazitätssteigerung der öffentlichen Kinderbetreuung, der erweiterte Mutterschutz, Geburtenbeihilfen, ein bezahltes Babyjahr bei Fortdauer der Betriebszugehörigkeit, die Erhöhung des Kindergeldes, Ausbildungsbeihilfen für alle Schülerinnen und Schüler in den erweiterten Oberschulen sowie Stipendien für Studierende. 2

Bis heute fehlt es allerdings vielfach an den erforderlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel Möglichkeiten der Kleinkindbetreuung um von dieser Gestaltungsfreiheit auch Gebrauch machen zu können. Die öffentlichen Leistungen zum Harmonisieren von beruflichen und familiären Aufgaben bleiben im Westen recht bescheiden.

Ab Juli 1979 stand erwerbstätigen Müttern nach dem Schwangerschafts- und Wochenurlaub ein viermonatiger Mutterschaftsurlaub zu, für dessen Dauer vom Staat ein Lohnersatz bis zu 750 Mark pro Monat gezahlt wurde. Aber rund 95 Prozent der Berechtigten machten davon Gebrauch, und etwa die Hälfte von ihnen gab abschließend die Erwerbsarbeit- zumindest vorläufig- auf.

Auf der parteilichen Ebene war der Mutterschaftsurlaub zwischen der damaligen Regierungskoalition aus SPD und FDP und der Opposition umstritten; dagegen kritisierten CDU und KSU vor allem die Benachteiligung der Hausfrauen.

1- Siehe Anhang: Grundgesetz der Bundesrepublik. *Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>. Datum des Zugriffs: 02.02.2008*

2- Helwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin, 1998, S.27.

von 1982 entschied sich die neue Koalition aus die Einführung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld für alle Mütter oder Väter, die ihr Kind überwiegend selbst betreuen, unabhängig davon, ob sie vorher berufstätig waren oder nicht.

97% aller berechtigten Eltern (davon aber nur etwa 1, 2 Prozent der Väter) öhättenö von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, teilte das Presse ó und Informationsamt der Bundesrepublik im Oktober 1995 mit. ¹

Zum Schluss kann man feststellen, dass die Frauen der ehemaligen DDR finanziell unabhängig waren. Sie wurden durch die wirtschaftliche Notlage ihrer Klasse zu Mitarbeit gezwungen, und durch öffentliche und betriebliche Einrichtungen für die Kinderbetreuung und soziale Hilfe geschützt.

1.4. Frauen und Politik in den beiden deutschen Staaten

In dem vorliegenden Unterkapitel, besteht die folgende Etappe, der Beitrag der politischen Ideologie zu der Gleichberechtigung der Frauen in Kenntnis zu bringen. Die Revolution von 1918 gab den deutschen Frauen die politische Gleichberechtigung. Erst 1919 erhielten Frauen und Männer in der Weimarer Verfassung das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht. Wie die Männer, durften Frauen bei politischen Wahlen und bei Entscheidungen ihre Stimme abgeben. Sie konnten auch selbst gewählt werden. Gleich in der §Nationalversammlung § zu Weimar 1919, saßen 41 Frauen als Abgeordnete. Auch in den folgenden Reichstagen, den Landtagen, Kreistagen usw. saßen weibliche Abgeordnete, bis ihnen Adolf Hitler 1933 das wieder verbot: „*Politik sei Männersache!* „, sagte er! ²

- 1- Helwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin, 1998, S.28.
- 2- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch. Damals im Osten Mitteldeutschland-1945 bis heute. <http://www.ddr-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Zeit des Zugriffs: 22.04.2008. S. 131.

5 dagegen ergreifen immer mehr Frauen in den
n Beruf. In Westdeutschland sind mittlerweile 65
Prozent der Frauen berufstätig. In Ostdeutschland 73 Prozent, während Männer
in der Regel einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, arbeiten Frauen häufig,
besonders jene mit kleineren Kindern, in Teilzeit.

In den beiden deutschen Staaten wurde in die Verfassungen die Gleichstellung von Frauen aufgenommen: für die BRD lautete der entsprechende Artikel: *“ Männer und Frauen sind gleichberechtigt; aber mit der am 15.11.1994 in Kraft getretenen Verfassungsreform wurde Art.3 Absatz 2 des Grundgesetzes "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" durch folgenden Satz ergänzt : "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsätzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“*

šDie Ergänzung geht faktisch hinter den Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR von 1990 zurück, der immerhin die Zusicherung enthält, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung " weiterzuentwickeln "(Art 31) 1

Damit wurde das Ziel anvisiert, künftig bessere Voraussetzungen für ein partnerschaftliches Zusammenwirken in allen Lebensbereichen zu schaffen.

Die zunehmenden Rechte, die Frauen in beiden deutschen Staaten durch diese Artikel zugesprochen wurden, mussten im öffentlichen Leben ihre entsprechende Umsetzung finden. Diese sollte sich auch in gesellschaftlich relevanten Bereichen, wie zum Beispiel, der Schule, widerspiegeln.

Zum Schluss lassen sich folgende Hauptideen zusammenfassen: In der DDR galt die umfassende Integration der weiblichen Bevölkerung in der Arbeitsprozess als Nachweis verwirklichter Gleichstellung. Anders als in der BRD betrachteten fast alle Frauen kontinuierliche Erwerbstätigkeit als festen Bestandteil ihrer Lebensplanung.

1- Siehe Anhang: Grundgesetz der Bundesrepublik. Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>. Datum des Zugriffs:02.02.2008

...ot an öffentlicher Kinderbetreuung und
...tätige Mütter erleichterten einerseits zwar die
Doppelbelastung, verfestigten andererseits die herkömmliche Arbeitsteilung.

1.4.1 Zur Entwicklung der politischen Teilnahme

Grundsätzlich ist in unserer Arbeit die Teilnahme der Frauen an der Macht sowohl im Osten als auch im Westen zu erläutern. Die fünfziger und sechziger Jahre standen im Zeichen der Integration möglichst vieler Frauen in die Arbeitswelt. Ideologische und ökonomische Zielsetzungen trafen dabei zusammen: die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus geforderte Befreiung des weiblichen Geschlechts durch seine Eingliederung in den Produktionsprozess entsprach angesichts des Mangels an Arbeitskräften den Intentionen von Parteien und Staat.

Die Entlastung von häuslichen Pflichten durch öffentliche und betriebliche Einrichtungen für die Kinderbetreuung und der Ausbau des Dienstleistungsnetzes sollten unerwünschte Kompromisse, wie eine zeitweilige Konzentration auf Familienaufgaben, überflüssig machen.

Das Familiengesetzbuch der DDR von 1966 trug den Ehegatten auf, ihre Beziehungen zueinander so zu gestalten, dass *„die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann.“*

In der Verfassung der DDR befand sich diesbezüglich ebenfalls ein Artikel: *„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe „1*

1- Textauszug von der DDR-Verfassung: siehe Anhang. *Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>. Datum des Zugriffs: 02.02.2008*

in breitgefächerten Diskurs, in den Parteien und Familien- und Berufsverbände, Kirchen und Wissenschaft ihre teilweise äusserstkontroversen Standpunkte einbrachten. Experten mussten wenige Jahre nach Inkrafttreten des Familiengesetzbuches einräumen, dass der Abstand zwischen dem dort skizzierten Leitbild und der Wirklichkeit eher größer als kleiner geworden war. Insbesondere die autonome Frauenbewegung förderte seit Beginn der 70er Jahre die Sensibilität für offene und versteckte Diskriminierungen und gab damit Anstösse, die zum Teil auch politisch umgesetzt wurden.

Das Recht der Frau auf allseitige Entfaltung ihrer Persönlichkeit wurde in einem Lehrbuch zum Familienrecht aus dem Jahr 1972 nun praktisch zur Pflicht erklärt: *„Worauf es ankommt ist, dass die Frau den wachsenden Erwartungen und Aufforderungen gemäß ihr Leben gestalten kann, dass sie nicht in dem einen Bereich (zum Beispiel durch Ausweichen auf Teilzeitbeschäftigung oder die Ablehnung verantwortungsvoller Funktionen, durch den Verzicht auf mehrere Kinder oder auch auf die Ehe, gravierende Zugeständnisse zugunsten des anderen Bereichs für notwendig oder unumgänglich erachtet.“* Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Familienförderung in der DDR einen beachtlichen Stand erreichte.

In den Volksvertretungen waren die Frauen von Anfang an stärker vertreten als in der BRD. Ihr Anteil von zunächst 16,1% in der Volkskammer hat sich bis Ende der 80 er Jahre verdoppelt. Die Bezirks- und Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen erreichten zuletzt eine durchschnittliche Frauenquote von 40%. Das Zentralkomitee (ZK) hatte 5% weibliche Mitglieder; unter den elf ZK-Sekretären war eine Frau, verantwortlich für Frauenfragen.¹

1- Helwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin 1998, S. 27.

Rechtsverhältnis, vor allen über Machtstrukturen, lediglich in der BRD. Sie fand öffentlich praktisch nicht statt. Parallel zur ökonomischen Konsolidierung setzte dann allerdings eine Gegenbewegung ein: Unterstützt von vorherrschenden konservativen Wertvorstellungen gewannen die in Krisenzeiten in den Hintergrund gedrängten geschlechtsspezifischen Rollenmuster wieder an Relevanz, anders gesagt zog der Rückzug bzw. die Zurückdrängung der Frauen in die Familien ihren Verzicht auf Mitwirkung im öffentlichen Leben nach sich. Die Mitgliedschaft in Parteien war rückläufig und der Anteil von Frauen an den Bundestagsmandaten sank zwischen 1953 und 1965 in der SPD von 13.0 auf 8.8% und in der CDU von 8.1 auf 5.9%. Entsprechend dieser Entwicklung verminderte sich die Frauenquote im Bundestag 65% auf 6.6% und erreichte 1972 mit 5.8% ihren Tiefstand.

Nach der Studentenbewegung von 1968 ist die Mentalität bei beiden Geschlechtern verändert. Die seither positivere Entwicklung ist auf eine Reihe einander bedingender bzw. verstärkender Faktoren zurückzuführen. Dazu zählen unter anderem die weitgehende Aufhebung geschlechts-spezifischer Bildungsunterschiede in den jüngeren Generationen, wodurch die tradierten Leitbilder zugunsten eines höheren Partizipationsanspruchs der Frauen zunehmend in Frage gestellt werden.

Trotz einer unerkennbaren positiven Entwicklung, dauerten Benachteiligungen infolge männlich dominierter Entscheidungsprozesse allerdings fort und gesellschaftsspezifische Lebensentwürfe scheinen politische Karrieren von Frauen noch immer zu hemmen.

Jedenfalls liegt der Anteil Alleinstehender bei weiblichen Bundestagsabgeordneten gut doppelt so hoch wie bei männlichen, aber es gibt bedeutend mehr Väter als Mütter im Parlament.

Während unserer Untersuchung ist es festzustellen, dass Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft, in Verwaltung und Politik auch bei gleicher Qualifikation und Einsatzbereitschaft wie männliche Konkurrenten erheblich schlechtere Aufstiegschancen hatten. Im Moment wo die Teilnahme der DDR-Frauen an der

stand erreichte, gab es in der Bundesrepublik
en, die an Relevanz gewonnen, dadurch war die
Frauenquote im Bundestag gering. In diesem Zusammenhang findet man
zwischen den beiden Frauen Ungleichheiten in der Erziehung und bezüglich ihr
Schicksals, Gesellschaftspolitisch bestimmt werden.

1.4.2. Staatliche Frauenpolitik in der BRD

Anders als in der DDR, wo das Auftreten der Frauen in der Öffentlichkeit in den
fünfziger und sechziger Jahren systembedingt selbstverständlich war, war eine
gegenläufige Entwicklung in der Bundesrepublik zu verzeichnen.

Die Bundesrepublik forderte den Verzicht auf Wohlstandsattribute *“Eine Mutter
daheim ersetzt vielfach Autos, Musiktruhen und Auslandsreisen.”* und wollte den
Zuverdienst von Müttern durch staatliche Familienbeihilfen entbehrlich machen.

Franz Wuemerling,¹ der erste Bundesfamilienminister, propagierte die
kinderreiche als die *“richtige”* Familie und bekundete seinen Widerstand gegen
die Erwerbstätigkeit von Müttern mit den Appell an Emotionen: *“Für
Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz”* oder der Drohung
mit dem Schreckgespenst Kommunismus, dem die Frauenarbeit den Weg
bereite. Den Ausbau von öffentlichen Erziehungseinrichtungen für
Vorschulkinder lehnte der Minister als familienfeindlich ab.

Die Rollenbilder, die sich in den sechziger Jahren in einer Reihe von
Umfragen und Untersuchungen abzeichneten waren diffuse. Weibliche Lehrlinge
und Abiturienten befürworteten einerseits zwar eine qualifizierte
Berufsausbildung, lehnten andererseits die Berufstätigkeit von Ehefrauen stärker
ab und hielten eine Vereinbarkeit von Mutterpflichten und Erwerbsarbeit nicht
für möglich.

1- Siehe Anhang: Personenregister mit Kurzbiographie: Franz Wuemerling.

der Mütter solle negative Auswirkungen auf das
einigungsforschung öFrau und Öffentlichkeitö aus

dem Jahre 1963 machte die Diskrepanz zwischen eigenen Wünschen und der Orientierung an herrschenden Normvorstellungen deutlich: 60 Prozent von Frauen, die berufstätig waren und Hausfrauen, die gern eine Erwerbsarbeit aufgenommen hätten, hielten die Berufstätigkeit von Frauen *ö eigentlich nicht für normal*” 1

Bundesministerin Anne Branksiepe stellte 1969 fest, dass bei den wenigsten Frauen öein wirklicher Lebensplanö vorzuliegen scheine, und kritisierte in diesem Zusammenhang auf die Bildungsinhalte und öLehrplangestaltungö der Schulen. Ihre Nachfolgerin Käte Stroebel 2 zog 1970 die Gültigkeit der tradierten Rollenbilder für beide Geschlechter in Zweifel und nannte die *“Emanzipation des einzelnen”* als Ziel der rationalen Familienpolitik.

Wenn die Frauen außerhalb der Wohnung erwerbstätig sind, können sie sich kaum um die Kinder kümmern, anders gesagt löst die Arbeit der Frauen vor allen Dingen die Familie gänzlich auf. Die Familie löst sich auf, weil sich die Frauen nicht mehr um die Kinder kümmern können. Als Gegenreaktion und in einem historisch bisher unbekanntem Ausmaß, verzichteten Bürger/innen der Bundesrepublik Deutschland auf Kinder. Im Jahr 1996 hatten im Alter von 35 bis 39 Jahren 25,4% der Westdeutschen Frauen und 9,4% der Ostdeutschen Frauen keine Kinder. Für den Geburtsjahrgang 1965 gibt es Schätzungen, dass bis zu einem Drittel der Frauen in den alten Bundesländern kinderlos bleiben werden. 40% der Frauen im Alter von 35 bis 39 Jahren mit Hochschulabschluss haben keine Kinder gegenüber 21% der Frauen mit Hauptschulabschluss.

- 1- Helwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin 1998, S. 26.
- 2- Siehe Anhang: Personenregister mit Kurzbiographie: Käte Stroebel.

Anteil westdeutscher Frauen im Alter von 35 bis
shalt nach Schul- und Berufsausbildung im Jahre

1996. 1

Tabelle 1

Schulabschluss / Berufsausbildung	Prozentsatz kinderloser Frauen
Volks-/Hauptschule	21,1%
Realschule / Mittlere Reife	24,4%
Fachhochschulreife	31,4%
Abitur	37,2%
Lehr-/Anlernausbildung	23,4%
Berufsfachschule, Meisterei, Technikerin	28,2%
Fachhochschule, Ingenieurschule	36,2%
Hochschule	39,9%

Diese Tabelle verdeutlicht, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau einer Frau und der Kinderlosigkeit gibt. Es gibt viele Gründe, weshalb Frauen kinderlos bleiben. Der enge Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Kinderlosigkeit lässt jedoch vermuten, dass ein besonders wichtiger Grund die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist: Gerade Frauen, die viel Zeit haben, Energie und Geld in ihre eigene Ausbildung investiert haben und mit guten Karrierechancen rechnen, scheinen immer weniger bereit zu sein, wegen eines Kindes drei Jahre aus der Arbeitswelt auszuschneiden, da es hierzu mangels Kinderbetreuungsangebote für Unter-Dreijährige kaum Alternativen gibt.

1- Textor, Martin: Kinderkrippen, Notwendigkeit, Verbreitung, Entstehung. Aus sozialpädagogisches Forum in der KEG, SGB VIII- Online-Handbuch, 2000. <http://www.martin-textor.de>. Sponsoren. S. 1. Zeit des Zugriffs: 06.05.2009.

Die Paare, die sich für Kinder entscheiden, wollen in der Regel mindestens zwei Kinder haben: 35,6% der westdeutschen und 47,3% der ostdeutschen Frauen im Alter von 35 bis 39 Jahre hatten 1996 zwei Kinder. Deswegen gewinnen heute Tagepflegepersonen an Bedeutung.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen stagniert seit dem Jahr 2000 mit knapp 60 Prozent, vielleicht weil sie in Westdeutschland im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer verdienen.

Die Erwerbstätigkeitsquote der Frauen in Deutschland 2004 ist in Vergleich der EU- Länder nur an zehnter Stelle gelegen. Von 1991 bis 2004 ist die Zahl der Vollzeit beschäftigten Frauen um 1,6 Millionen zurückgegangen, während die Zahl der Frauen-Teilzeitjobs um 1,8 Millionen gestiegen ist.

Vor allem Kinder stellen laut der Studie ein Hindernis für eine Erwerbstätigkeit von Frauen dar: 60 Prozent der Frauen mit Kindern unter zwölf Jahren waren 2003 in Deutschland erwerbstätig, bei den kinderlosen Frauen waren es 79,5 Prozent.

In der Bundesrepublik wurde hingegen das bürgerliche Familienideal der Erziehung von Unter-Dreijährigen in der Familie propagiert. Die wenigen Krippenplätze waren nur für „Sonderfälle“ wie die Kinder erwerbstätiger Alleinerziehenden gedacht. Dementsprechend wurden Krippen dem Sozialsystem zugeordnet.

Diese verschiedenen Entwicklungen in Ost und West erklären, wieso es nach der Wiedervereinigung so große Unterschiede hinsichtlich der Versorgung mit Krippenplätzen gab (Tabelle 2). Der Bundestag hat deshalb ein neues Kita-Gesetz verabschiedet: damit soll es bis 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter geben. Bis dahin soll die Zahl der Betreuungsplätze verdreifacht werden.

Manchmal ist es sehr schwer einen Platz in der Kinderkrippe zu finden und wenn ja, ist es sehr teuer. Ein Ganztagesplatz in einer geförderten Kinderkrippe kostet

in Platz in einer privaten Kita kann sogar bis zu
Deswegen fördern die Ärzte höhere Standards in

Krippen. In den alten Bundesländern stehen viel zu wenige geschulte Erzieherinnen oder Tagesmütter zur Verfügung. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin fordert deshalb besser ausgebildete Erzieherinnen. Die Bundesregierung plant besonders nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die pädagogische Qualität von Fachkräften in der Kindertagespflege oder in Kinderkrippen zu verbessern.

Tabelle 2

Bundesland	1990	1994
Baden-Württemberg	3.881	4.318
Bayern	3.414	4.136
Berlin (West)	11.764	12.039
Berlin (Ost)	28.698	12.766
Brandenburg	49.941	21.292
Bremen	390	1.218
Hamburg	4.699	5.655
Hessen	3.333	3.946
Mecklenburg-Vorpommern	30.584	11.507
Niedersachsen	3.960	3.909
Nordhein-Westfalen	5.115	8.884
Rheinland-Pfalz	696	1.186

	259	545
Sachsen	69.014	23.592
Sachsen-Anhalt	36.086	19.553
Schleswig-Holstein	642	1.228
Thüringen	40.957	14.979
Alte Bundesländer(1990)	38.153	47.064
Neue Bundesländer (1991)	255.280	103.689
Bundesrepublik (1991)	293.433	150.7531

In dieser zweiten Tabelle sieht man die Zahl der Plätze in Kinderkrippen nach Bundesländern, von 1990 bis 1994.¹

1.4.3 Staatliche Frauenpolitik in der DDR

Die politischen Systeme der BRD und der DDR hatten ein unterschiedliches normatives Leitbild von der Frau entwickelt. Beide Leitbilder waren eine politisch-ideologische Erscheinung, die sich auf die Lebensrealität der Frauen und die Frauenpolitik auswirkte. In der BRD war herrschendes Ideal das Bild von der Frau als Hausfrau und Mutter. In der Folge gab es eine Vielzahl von kulturellen und politischen Ausschluss-Strukturen, Behinderungen in Karriere und Erwerbsleben und die weitgehende Unvereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft. Eine umfassende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für Kinder fehlt so bis heute.

1- Textor, Martin: Kinderkrippen, Notwendigkeit, Verbreitung, Entstehung. Aus sozialpädagogisches Forum in der KEG, SGB VIII- Online-Handbuch, 2000. <http://www.martin-textor.de.Sponsoren>. S. 2. Zeit des Zugriffs: 06.05.2009.

Das Leitbild im Laufe der Zeit von der (zu Beginn)
gesellschaftlich aktiven, qualifiziert berufstätigen

Mutter. Seine Wurzeln finden sich in der proletarischen Arbeiterbewegung (Bebels, Engels etc.).

Von Beginn an hat die DDR die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Verfassung verankert *"Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe."* ¹

Sozialistische Gleichberechtigungspolitik in Form staatlicher Maßnahmen erfasste allerdings nicht beide Geschlechter sondern konzentrierte sich auf die Frau. Demzufolge zielte die Frauenpolitik zunächst im Kern auf die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit als Voraussetzung für die gesellschaftliche Gleichberechtigung.

Es gab Frauenausschüsse in den Betrieben, die Frauen zur Teilnahme an der Neuerer- und Aktivistenbewegung motivieren sollten, Frauenförderpläne für Qualifikation und Aufstieg im Betrieb, Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen vor allem in technischen Berufen durch Frauensonderklassen an Fachschulen oder das Sonderstudium an Hochschulen für Frauen, die bereits Berufserfahrungen hatten, oder die Möglichkeit

von Teilstudien zur Erlangung eines Hoch- oder Fachschulabschlusses für Frauen, denen ein volles Abend- oder Fernstudium zeitlich nicht möglich war.

So hatten 1988, 81% der berufstätigen Frauen eine abgeschlossene Berufsausbildung und davon etwa 20% einen Fach- oder Hochschulabschluss. Seit Ende der 60er Jahre verzeichnete man durch eine bevölkerungspolitisch motivierte Veränderung der Frauenpolitik eine sinkende Geburtenrate.

1- Siehe Anhang: Verfassung der DDR, Artikel 20, Absatz 2. Vgl-damit: <http://de.Wikipedia.org>.
Datum des Zugriffs: 02.02.2008.

SED 1971 wurden zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen auf die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf zielen: Darunter bezahltes Babyjahr, Verkürzung der Arbeitszeit von Müttern, bezahlter Haushaltstag, erhöhter Grundurlaub für Mütter, Freistellung zur Pflege kranker Kinder, Versorgungsgrad mit Kinderbetreuungseinrichtungen von 90% sowie Geburtenbeihilfe (1000 Mark pro Kind), Ehekredit (der bei der Geburt von 3 Kindern innerhalb von 8 Jahren nicht zurückgezahlt werden musste), bevorzugte Wohnungsvergabe für junge Ehepaare, freie Schwangerschaftsunterbrechung bis zur zwölften Woche. ¹

1.5 Zur Bildung der Frauen

In diesem Unterkapitel haben wir uns auf die Bildung der feministischen Gesellschaft konzentriert, weil sie die Beziehung zum Beruf und zum Partner bestimmt. In diesem Bereich haben die Frauen die Männer überholt. In den vergangenen Jahren haben 40,6 Prozent der 25- bis unter 30- jährigen Frauen und 37,8 Prozent der gleichaltrigen Männer die Schule mit Abitur abgeschlossen. So haben im Bildungsbereich die Mädchen die Jungen nicht nur eingeholt, sondern inzwischen sogar überholt. An den Gymnasien- den Schulen mit dem höchsten Bildungsniveau- stellen sie 57% der Absolventen.

Der Anteil junger Frauen an den Studienanfängern der Universitäten beträgt knapp 54%. Von den Auszubildenden, die 2004 ihre Abschlussprüfung erfolgreich abgelegt haben, waren 44% junge Frauen.

Immer mehr Frauen ergreifen einen Beruf; in Westdeutschland sind mittlerweile 65% der Frauen berufstätig, in Ostdeutschland 73%. Während Männer in der Regel einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, arbeiten Frauen häufig, besonders jene mit kleineren Kindern, in Teilzeit. Dabei ist für viele Frauen die Berufstätigkeit von größerer Bedeutung.

1- Grün Leopold, Hetzer Susanne: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Bookmark & Schare Hausarbeiten.de GRIN Verlag, Berlin, August 1998, S.30.

mittlerweile berufstätig, und dies ändert sich auch nicht
zukommen. Bei der Ausbildung der Mädchen,

wesentliche Voraussetzung für die Berufsausübung, wurden große Fortschritte erzielt.
Die Zahlen werden durch die folgende Tabelle verdeutlicht: ¹

Tabelle 3

Bevölkerung 2005	42.2 Mio von 82.5	51.1%
Abschluss Lehre 2004	216 800 von 492 800	44.0 %
Absolventinnen mit Abitur 2003 / 04	128 400 von 226 400	56.7 %
Absolventinnen Universitäten 2004	72 100 von 141 600	50.9 %
Erwerbstätige 2004	16.0 Mio von 35.7	44.8 %
Abgeordnete im Bundestag 2005	195 von 614	31.8%.

Neunzehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung haben sich die Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angenähert. Zwei Drittel aller jungen Mütter wünschen sich eine Teilzeittätigkeit. Die eigene Berufstätigkeit ist für Frauen selbstverständlich geworden. Das zeigt sich im Anstieg der Frauen- Erwerbsquote in den letzten 20 Jahren um über 20%.

Ostdeutsche Frauen sind dabei etwas stärker erwerbsorientiert als Westdeutsche. Erwerbstätigkeit bedeutet nicht nur finanzielle Entlohnung. Für 58% der ostdeutschen Frauen bedeutet die Erwerbstätigkeit auch beruflicher Verwirklichung, für 84% persönliche Unabhängigkeit.

¹-Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch. Damals im Osten Mitteldeutschland-1945 bis heute. <http://www.ddr-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Zeit des Zugriffs: 22.04.2005
S. 131.

ung des Familienlebens sind partnerschaftlicher geworden. Die Hälfte der Männer und Frauen in der BRD der Meinung, dass die Frau für den häuslichen und der Mann für den beruflichen Bereich zuständig hat. Die DDR-Frau einen großen Sprung gemacht denn der Marxismus-Leninismus entspricht den emanzipatorischen Lebensentwürfen. Auch bei der Betreuung des Kindes möchten sich Männer stärker einbringen; 41% der Männer und 45% der Frauen wollen sich gemeinsam um die Betreuung im ersten Lebensjahr kümmern. Es gibt aber keinen Zweifel daran, dass es viele Faktoren gibt, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie behindern. Wir zitieren unter anderem:

- Die Kinderbetreuung: über die Hälfte der Eltern wünscht sich eine Betreuung des Kindes ab dem zweiten Lebensjahr, aber hier fehlt ein Platzangebot.
- Von den Arbeitgebern ist das Angebot der Teilzeitstellen zu gering.
- 25% der Frauen im Osten und 40% im Westen haben Bedenken, dass sich eine institutionelle Betreuung negativ auf das Wohlbefinden des Kindes auswirkt.

82% sind der Meinung, die beste Betreuung sind die eigenen Eltern.

- Dass eine Berufsunterbrechung meistens von der Frau realisiert wird, hängt damit zusammen, dass der Vater der besser verdienende Elternteil ist.
- Flexible, verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung: 65% der Mütter würden gern länger arbeiten, wenn es eine bessere und qualitativ hochwertigere Kinderbetreuung gäbe. Die vorhandenen Kinderbetreuungsangebote sind unflexibel. Jede zweite erwerbstätige Mutter arbeitet mindestens einmal die Woche zu atypischen Zeiten wie am späten Abend oder am frühen Morgen. Hier sind flexible Arrangements notwendig.

Väter: Die neue Elternzeitregelung soll auch Väter begrüßen die Möglichkeit, dass sich Väter an der Elternzeit beteiligen sollen.

- Berufliche Nachteile für Mütter abbauen: 74% der Mütter in Deutschland möchten sich gerne während der Elternzeit weiterbilden, aber nur 17% erhielten solche Angebote von ihrem Arbeitgeber.¹

Wir sehen, dass die Frauen im Westen grosse Probleme haben, Beruf und Familie auf einen Nenner zu bringen, im Gegensatz zu den Schwestern im Osten. Deswegen favorisieren Frauen im Westen die Teilzeittätigkeit als Arbeitsmodell.

In Westdeutschland hat in den letzten Jahren das Alleinverdienermodell an Attraktivität verloren. Hier ist nur noch für jede vierte Frau eine Option ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, solange das Kind klein ist.

In Ostdeutschland wird dieses Modell von weniger als 10% gewünscht. Doch auch das zu DDR-Zeiten gängige Muster, dass beide Partner Vollzeit arbeiten, wünscht sich heute nur noch jede fünfte Frau in den neuen Bundesländern wegen dem Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen und der Verteuerung der Plätze in der Kitas.

Zwischen gewünschten Lösungen und realisierten Mustern besteht eine Diskrepanz. In Ost und West sind Mütter häufig nicht erwerbstätig, obwohl sie dies gerne wären. In Ostdeutschland arbeiten viele Mütter wieder Vollzeit, obwohl sie eine Teilzeittätigkeit bevorzugen würden und je älter eine Mutter ist, desto schneller kehrt sie ins Erwerbsleben zurück.

Die grösste Abweichung zwischen Wunsch und Wirklichkeit besteht vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes. Vollzeiterwerbstätige Mütter, die die Doppelbelastung Familie und Beruf bewältigen müssen, sind am unzufriedensten.

1- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Monitor Familienforschung, Mütter und Beruf: Realitäten und Perspektiven. Ausgabe Nr.4, Bonn, Dezember 2005, S.07 und 08.

...tete die Entscheidung für die Elternschaft oft den
...m Erwerbsleben. Heute ist der Wiedereinstieg
selbstverständlich. Rund zwei Drittel aller Mütter in Westdeutschland und fast
drei Viertel in Ostdeutschland sind erwerbstätig.

Tatsächlich gab es in der DDR einen relativ grossen Anteil von Frauen in
typischen Männerberufen. Umgekehrt gab es keine oder kaum Männer in
typischen Frauenberufen, wie zB. Krippenerzieher oder Kindergärtner.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die aktive Teilnahme der Trümer-Frauen
und ihre Verpflichtung in öffentlichen Ausschüssen der Anlass für die reale
Gleichberechtigung waren. Das Auftreten der Frauen in der Öffentlichkeit
durchbricht eine uralte Tradition der Passivität und der Unmündigkeit.

Zum Schluss können wir mit Recht behaupten, dass die Rahmenbedingungen wie
Kleinkindbetreuung in den alten Bundesländern fehlen, deswegen ist es sehr
schwer erwerbstätig zu sein.

Zweites Kapitel

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN LAGE UM DIE WENDE

LICHEN UND POLITISCHEN LAGE

Bei der Bearbeitung des Themas der hier vorliegenden Arbeit stellte sich schnell heraus, dass die Betrachtung der heutigen Situation nicht ohne den Rückblick auf die DDR-Vergangenheit und den Umbruch 1989/90 zu leisten ist. Darin wird auch der Schwerpunkt dieser Magisterarbeit liegen. Die deutsche Einheit war ein wichtiges weitgespanntes und interessantes Thema der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Schrecken des Krieges, die die Deutschen selbst getroffen haben, und die Teilung Deutschlands sind heute überwunden. Die Frage war nur auf welche Weise, in welchem Rahmen, unter welchen Bedingungen.

Viele Politiker haben die Einheit Deutschlands vorausgesehen, denn in der großen Mehrheit fühlten die Deutschen hien wie drüben sich einander nationalverbunden und einem Volk zugehörig.

Das Bewusstsein der nationalen Einheit war trotz aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Trennung immer selbstverständlich und intakt. Allmählich also sind die Bedingungen der Spaltung Deutschlands überwunden, und die Wiederherstellung der deutschen Einheit wird naturgemäß.

Alle Kenner der deutschen Szene halten die Annäherung der sozialistischen und kapitalistischen Systeme oder die Wiedervereinigung Deutschlands für unreal. Deswegen werden die Prämissen der Einheit Deutschlands in diesem zweiten Kapitel erwähnt.

Mit „Prämissen“ meinen wir die Faktoren, die die DDR-Volksmassen gezwungen haben, auf die Straße zu gehen, um Wohlstand, menschliche Lebensverhältnisse und um Einheit zu fordern.

Diese Faktoren sind unter anderem: Mangel an Demokratie, Freiheitzügigkeit, die politischen Schwierigkeiten und die Senkung des Lebensniveaus des DDR-Bürgers.

selbst den Prozess der Einheit Deutschlands
bst sind die bewegende Kraft der Geschichte.

Der Begriff „Wende“ wurde von Egon Krenz¹ am 18. Oktober 1989 geprägt, als er nach seiner Wahl zum Nachfolger von Erich Honecker² als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED seine Antrittsrede hielt: *„Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen.“*³

Bereits am 16. Oktober 1989 hatte die Zeitschrift Der Spiegel die Schlagzeile DDR – Die „Wende“ auf ihrem Titel gebraucht, womit die Redaktion die Volksproteste (Montagsdemonstrationen) als Sieg gegen die Staatsmacht der DDR auslegte.

Im heutigen Sprachgebrauch ist mit „Wende“ die friedliche Revolution in der DDR gemeint, oder die Zeit der Veränderung vom SED-Staat zur Demokratie. Als der Tag der „Wende“ wird meist die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 angesehen.

Mit der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 war die „Wende“ zu einem demokratischen Staat in den Grundzügen vollzogen, aber die Wahlen alleine genügen nicht für die Entwicklung in Richtung Demokratie.

Die weitere Entwicklung über die Währungsreform hin zur Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 war eine unmittelbare Folge der „Wende“. Voraussetzung für die Ereignisse der Wende war der Machtwechsel in der Sowjetunion seit 1985 und die veränderte Politik der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow.⁴ Damit meine ich, die „Perestroika“.⁵

- 1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Egon Krenz.
- 2- Ebenda: Erich Honecker.
- 3- Rainer Eppelmann / Grünbaum: Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution war keine „Wende“ in Deutschland Archiv 5/ 2004. S.864.
- 4- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Michail Gorbatschow.
- 5- Siehe Anhang.: Perestroika.

den Kurs Gorbatschows nicht nachvollzog, wirkte
und führte zu größer werdender Unzufriedenheit in

der Bevölkerung, die sich einerseits in Protesten unterschiedlichster Formen und
andererseits in einem wachsenden Ausreisestrom äußerte.

Im Herbst 1989 führten die wachsenden Spannungen dann zu den Ereignissen
der Wende, die zum Sturz des SED-Machtapparats, zur Öffnung der Berliner
Mauer und zur Demokratisierung der Gesellschaft führten.

Nach 1990 ist der politische Begriff „Wende“ in weiten Kreisen der Bevölkerung
zum Synonym für die friedliche Revolution in der DDR geworden. Manche
damaligen Bürgerrechtler wie Rainer Eppelmann kritisieren die Verwendung des
Begriffes „Wende“, weil er suggeriere, dass der Umbruch tatsächlich „von oben“
durch den Wortschöpfer Krenz und nicht „von unten“ durch eine Revolution
zustande gekommen sei.¹ Das Wort wird inzwischen in der deutschen Sprache
auch zur Bezeichnung des vergleichbaren Umbruchs in anderen Ländern des
ehemaligen Ostblocks wie beispielsweise die Revolution in der
Tschechoslowakei verwendet.

Wir meinen, ein Regime, das seinen Bürgern, trotz ihres großen Fleißes und
ihrer Intelligenz, die materiellen Bedürfnisse nicht befriedigen kann, kann im
Laufe der Zeit nur zugrunde gehen. Die Ereignisse in der DDR im Jahre 1956
und in der Tschechoslowakei im Jahre 1988 zeigen, wie die Menschen zu
solchen Herrschaftsregimen stehen.

Weil es in der DDR keine Annäherung von Staat und Gesellschaft gegeben hat,
wurde der Staat binnen einiger Wochen abgeschrieben, und das nicht nur weil es
keine richtige Demokratie gab, sondern auch weil die D-Mark verführerisch war.
Die korrupte Kommandowirtschaft (Planwirtschaft) richtete die DDR zugrunde.

Die Entwicklung nach der Einheit Deutschlands vollzog sich sehr schnell
aufgrund der Umwälzungen in der Welt, beziehungsweise im Osten.

1- Rainer Eppelmann / Grünbaum: Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution war keine
„Wende“ in Deutschland. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Herausgeber: W.
Bertelsmann- Verlag im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung, Archiv 5/ 2004 Bonn. S.865

Ost-Block (Ungarn) haben den Einigungsprozess DDR-Bürgern den Mut gegeben ihre Bewegung fortzusetzen: *„Gorby, Gorby, Demokratie jetzt!“* Diese Losung der DDR-Bürger während der Demonstrationen vor der Einheit zeigt wohl, dass die Massenbewegung stark von der Perestroika geprägt ist.

2.1. Geschichtlicher Überblick

Die Zeit ist in diesem Thema natürlich begrenzt, der Mauerfall hat 1990 stattgefunden, aber es ist sehr interessant zu entdecken wie man über die Wiedervereinigung vor 50 Jahren gedacht hat. Das historische Thema muss in der Literatur bis zu den Wurzeln des Problems zurückverfolgt werden.

Auf dem Höhepunkt der von Chruschtschows *„Ultimatum“* ausgelösten zweiten großen Berlin-Krise fragte in Februar 1959 der damalige regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, bei einem Besuch in Washington den amerikanischen Außenminister John Foster Dulles ¹ *“nach der Möglichkeit eines Sonderstatus für Deutschland“* in Europa, dessen Antwort, der Erinnerung Brandts ² in seinen *„Begegnungen und Einsichten“* zufolge *«mit einiger Kälte»* geäußert, lautete: *„Die Russen und wir mögen uns über tausend Dinge uneinig sein. Doch über eines gibt es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit: Wir werden es nicht zulassen, dass ein wiedervereinigtes, bewaffnetes Deutschland zwischen Ost und West umherrirt.“* ³ Aber ab der *„Demokratisierung“* des sowjetischen Staates von Gorbatschow im 1986 und mit der Abschaffung der Breschnew- Doktrin, konnte jeder sozialistische Staat frei entscheiden, welcher Staatsideologie er sich anschließt. Gorbatschow erklärte wenn sich ein Staat dazu entscheiden sollte, sich vom Sozialismus abzuwenden, würde die Sowjetunion nicht eingreifen. Dadurch wurden auch die mit der Sowjetunion verbündeten Länder zu Reformen ermutigt.

1- Siehe den Personenregister: John Foster Dulles.

2- Ebenda: Willy Brandt.

3- Bedürftig, Friedmann :Die DDR/Daten/Fakten/Analysen, Ploetz im Verlag Herder, Freiburg Fischer, Lizenzausgabe für Komet. Verlag, GmbH, Köln, 2003. S. 13.

bede den Einfluss des Ostblockes betont:” Die
Die Diskussion um Öffnung und Veränderung der
Gesellschaft in der Sowjetunion hat deutlich gemacht, das...”¹

Ein kurzer geschichtlicher Überblick über die ökonomische und politische Lage in den beiden deutschen Staaten ist wichtig um das Thema des deutschen Einigungsprozesses zu verstehen. Der Mangel an Demokratie und die fehlende Freizügigkeit sind ein ganz wesentlicher Anlass zur Unzufriedenheit der DDR-Bürger.

Die DDR-Bürger haben die DDR verlassen, weil sie ein starkes Verlangen nach Freiheit, Demokratie, nach Achtung der Menschenrechte, nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden hatten. Das ostdeutsche Volk hatte einen starken Willen, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und den Weg seiner Entwicklung selbst zu wählen. Das Justizsystem in der DDR hat sich nicht der Idee der Gerechtigkeit, sondern stets dem Willen einer Partei, der SED, unterworfen, deswegen wird die elende Stasi-Vergangenheit zu einem immer größeren Problem bei der demokratischen Erneuerung der DDR. ²

2.2. Zur wirtschaftlichen Lage in der DDR und BRD vor der Wende

Die Volksmassen in der DDR haben Wohlstand gefordert, bevor sie die Wiedervereinigung gefordert haben. Die Industrienation DDR ist in fast allen Wirtschaftszweigen auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückgefallen; dagegen ist die BRD-Gesellschaft in 40 Jahren eine reiche Gesellschaft geworden.³

- 1- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Helmut Kohl, Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik, Herausgeber Bonn, 1990, S. 16.
- 2- Spiegel Spezial, 162 Tage Deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution. Nummer 2/1990. S. 56.
- 3- Dohnanyi Klaus, Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, Droemersch Verlag, Knauer, Nachf, München, 1991, S. 179-180.

t in der DDR und des Wirtschaftswunders in der
ark auch war nicht konvertibel, das heißt, die

Möglichkeiten der Importe von Waren gegen harte Währung waren begrenzt.

Ein wichtiger Bereich innerhalb des Industriesektors ist die Textilindustrie, die in dem Gebiet der ehemaligen DDR etwa genau so viele Arbeitnehmer zählt (227.000) wie in der Bundesrepublik. Die Produktivität in dieser Branche liegt aber nicht einmal bei 20% des BRD óNiveausö.¹

Die Nahrungsmittelindustrie der DDR ist qualitativ nicht wettbewerbsfähig. Schon in den ersten fünf Monaten des Jahres 1990 war deswegen ein Produktionsrückgang von mehr als 20% zu registrieren.

Es wird mit der Entlassung der Hälfte aller Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie gerechnet: Dies wird von Ehrenberg² im folgenden Zitat verdeutlicht:

“Die desolate Verfassung der Wirtschaft in der DDR, die Organisationsmangel, der Mangel an Kreativität (...) hängen ohne Zweifel mit der radikalen Verschlechterung der Position des Privateigentums zusammen; Doch die Ablösung des privaten Eigentums durch das “Volk” führte lediglich dazu, dass das Eigentum an Produktionsmitteln seine gewinnorientierte Funktion verlor”³.

Dagegen hat sich die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der internationalen Konvertibilität schon lange im internationalen Konkurrenzkampf behauptet.

Fachleute sind der Auffassung, dass das Gesundheitswesen der DDR in der technischen Ausstattung einen Rückstand hat. Ärzte und Pflegepersonal sind knapper geworden, insbesondere seit dem Fall der Mauer.

- 1- Dohnanyi Klaus, Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, Droemersch Verlag, Knauer, Nachf, München, 1991, S. 73.
- 2- Siehe Personenregister: Ehrenberg Herbert.
- 3- Ehrenberg Herbert: Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1990, S.112.

DDR war in diesem Bereich besonders stark. Dies
erster Linie eine Folge der besseren Einkommen

im Westen, sondern der Lage der DDR-Medizin insgesamt.

*„Das Info-Institut hatte im bisherigen DDR-System eine verdeckte
Arbeitslosigkeit von 1,5 Millionen errechnet. Die Experten rechnen mit 200 bis
1000 Milliarden DM, welche der Abbau einer funktionierenden DDR-Wirtschaft
kosten würde. Die deutsche Einheit, sagt der Bundes-Finanz-Minister Waigel,
ist immer noch billiger als die deutsche Teilung; unter dem gemeinsamen Dach
der Wirtschafts- und Währungsunion mit der stabilen DM als festem Fundament,
lassen sich überschaubare Verhältnisse schaffen.“¹*

Diese Fakten waren sicherlich genügende Gründe, um die DDR zu verlassen und
die Einheit Deutschlands zu fordern.

2.3. Zur politischen Lage in der DDR vor der Wende

Nachdem vor allem chinesische Studenten bereits seit Wochen auf dem Platz des
himmlischen Friedens in Peking für Menschenrechte und Demokratie
demonstriert hatten, beendete die chinesische Führung die Demonstrationen mit
Hilfe der Volksbefreiungsarmee am 4. Juni 1989. Diese richtete unter Einsatz
von Panzern in Peking ein Massaker an, das nach westlichen Schätzungen
zwischen 700 und 3000 Opfer forderte.

Insbesondere im Herbst 1989 im Zuge der wachsenden Zahl der
Demonstrierenden war die chinesische Lösung eine stets präsente Drohung.²
Beides führte zu einer Mobilisierung kritischer DDR-Bürger in nie gekanntem
Ausmaß.

- 1- Lutz Wicke, Lothar de Maiziére, Thomas de Maiziére :Öko-Soziale Marktwirtschaft für Ost und West. Der Weg aus Wirtschafts- und Umweltkrise. Dtv, Verlag, München, 1990. S. 45.
- 2- Wilhelm Lange /Helmut Nagelschnitz, Deutschland Aktuell, Sonderdienst 1990, S. 12.

Alle für die Wende spielte der massiv zunehmende
bundesdeutsche Botschaften vor allem über die
von Ungarn geöffnete ungarisch-österreichische Grenze.

Die Einheit Deutschlands ist nicht von einem Tag zum anderen realisiert worden. Vieles ist geschehen, um sie zu verwirklichen. Die Volksmassen haben die revolutionären Ereignisse gemacht und gelebt; aber die offiziellen Regierungen und die Staatsmänner haben die Vereinigung beider deutscher Staaten durch ein Grundgesetz verwirklicht. *„Im Winter 1988 /90 hatte die englische Premierministerin Margaret Thatcher die deutsche Einheit noch nicht für eine aktuelle Angelegenheit angesehen, und noch im Mai 90 hielt Präsident Gorbatschow die Nato-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands für unannehmbar. Alle haben sich geirrt“*¹

Alles hat begonnen als Ungarn die Grenzanlagen des *öisernen Vorhangs* beseitigt hat. Nachdem tausende DDR-Flüchtlinge die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland beantragt haben, wurde die deutsche Botschaft in Budapest im August 1989 wegen Überfüllung geschlossen. Der Menschenexodus von DDR-Flüchtlingen über die offene Grenze hatte in diesem Monat begonnen.² Nach der Bekanntgabe der Entscheidung der ungarischen Regierung, die Deutschen aus der DDR in Ungarn ausreisen zu lassen, gab der Bundeskanzler Helmut Kohl am Abend des 10. September 1989 folgende Erklärung ab: *„Vor wenigen Monaten hat der ungarische Außenminister die Entscheidung seiner Regierung bekanntgegeben, dass ab heute Nacht null Uhr Deutsche aus der DDR in ein Land ihrer Wahl von Ungarn aus, ausreisen können. Wir wissen so wenig wie die ungarischen Behörden, wie groß die Zahl unserer Landesleute aus der DDR ist, die gegenwärtig in Ungarn sind und die Chance wahrnehmen, Ungarn verlassen zu können. Das erste, was ich sagen darf, ist ein Wort des herzlichen Dankes an die ungarische Regierung und an die ungarischen Behörden.“*²

1- Klaus von Dohnanyi: Das deutsche Wagnis, über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, Droemersch Verlagsgesellschaft, Th, Knauer, Nachf, München, 1991, S. 135.

2- Spiegel (Spezial) 162Tage Deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution, Nummer 2/ 1990.

ers 1989 hätten ohne den Erfolg der Reformen in
ion nicht geschehen können. Die tiefgreifenden
Reformen in der Sowjetunion und in Polen haben starke Impulse für die
Entwicklungen in der DDR gegeben.

Die Öffnung der DDR- Grenze gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und
West-Berlin am 9. November 1989 war einer der ersten und schönsten Erfolge
der Volkserhebung in der DDR.

Schon am 2. Dezember 1989 haben sich der US-Präsident Georg Bush und der
sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow auf einem Schiff in Malta
getroffen. Das zentrale Thema war die öLage in Deutschlandö.¹ Der DDR-CDU-
Vorsitzende Lothar de Maiziere wurde Mitte Dezember 1989 als
Ministerpräsident gewählt. Die Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin
über den Abschluss eines Staatsvertrages zur Herstellung einer öWährungs-
Wirtschafts-und Sozialunionö, mit Wirkung vom 1.Juli 1990, bildeten den ersten
Schritt auf dem raschen Weg zur staatlichen Einheit. Am 1. Juni 1990 tritt die
Währung-Wirtschaft-und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der
DDR in Kraft und damit wurde die D-Mark in der DDR eingeführt.

Dieser Staatsvertrag gewährleistet die Übernahme der kapitalistischen
Wirtschaftsform und den Verzicht auf das Gemeineigentum an Grund und
Boden, mit anderen Worten, die Herstellung neuer Mechanismen der
Marktwirtschaft, wie es im Kapitel des Einigungsvertrags erklärt wird.

Am 10. Februar 1990 haben der Bundeskanzler Helmut Kohl und der
Außenminister Hans-Dietrich Genscher Moskau besucht. Als Ergebnis dieses
Besuches hat Gorbatschow den Weg zur deutschen Einheit freigegeben.² Die
Frage der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands blieb über Monate
hinweg das schwerste Problem der öZwei-plus Vierö (Die beiden deutschen
Staaten und die Siegermächte).

1- Wilhelm Lange /Helmut Nagelschnitz: Deutschland Aktuell, Sonderdienst 1990, S. 1.

2- Ebenda. S. 12.

ung der Vereinigten Staaten von Amerika, von
reich zur stabilen Vereinigung stand aber außer
Frage, sofern dieses Deutschland Mitglied der NATO bliebe, und die Oder-
Neiße-Linie als Westgrenze Polens verbindlich anerkannte. Die gemeinsame
Erklärung zur polnischen Westgrenze von Bundestag und Volkskammer am 21.
Juni 1990 war die endgültige Garantie der Oder-Neiße-Grenze und
Voraussetzung für den Fortgang der „Zwei-plus-Vier“-Gespräche.

Der deutsche Vereinigungsprozess führte schneller als erwartet zur Auflösung
des Warschauer Paktes. Der Warschauer Pakt löste sich nach und nach auf und
die ersten Sowjettruppen kehrten aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei
heim.

Der Besuch von Bundeskanzler Kohl bei dem sowjetischen Staatspräsidenten
am 15. und 16. Juli 1990 in Moskau und im Kaukasus brachte schließlich den
Durchbruch: das Ergebnis der Beratungen enthielt einen deutsch-sowjetischen
Einigungskatalog, in dem die Sowjetunion dem vereinten Deutschland die volle
Souveränität zusicherte und sein Verbleiben in der NATO billigte. Die personelle
Stärke der Bundeswehr muss bis zum Jahre 1994 auf ein Kontingent von 370.000
Mann abgerüstet werden. Am 12. September 1990 verzichteten die Siegermächte
auf sämtliche Besatzungsrechte. Damit hat das vereinte Deutschland seine
Souveränität nach 45 Jahren wieder.¹

Der deutsch-sowjetische Generalvertrag wird paraphiert. Mehr noch, die
Rechte der vier Siegermächte in Berlin und Gesamtdeutschland wurden am 1.
Oktober 1990 (zwei Tage vor der Einheit) suspendiert und am dritten Oktober
1990 ist die DDR der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. An diesem Tag
der Einheit hat die erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Reichstag
stattgefunden. Am 12. Oktober 1990 wurde die abschließende völkerrechtliche
Regelung der Vereinigung Deutschlands, der „Zwei-plus-Vier“-Vertrag, von den
Außenministern der vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges in Moskau
unterzeichnet.

1- Süddeutsche Zeitung. Nummer 227. 40. Woche. Mittwoch 2/3. Oktober 1990. Seite: 72.

und zwar am 28. November 1990, ist Bundeskanzler Kohl am 1. November 1990 im „1+1“-Plan an die Öffentlichkeit getreten.

Darin skizzierte er einen schrittweisen Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit.

Dieses Programm hat sich für föderative Strukturen zwischen den beiden deutschen Staaten in Deutschland entschieden, mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen.

2.3.1. Demonstrationen und neue politische Gruppierungen

Im Sommer 1989 spitzte sich die Lage in der DDR noch einmal zu. Anlässe dazu waren die Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai. Als der Leiter der zentralen Wahlkommission Egon Krenz das offizielle Wahlergebnis mit 98,85% Ja-Stimmen für die Einheitsliste bekanntgab, war aufgrund der unabhängigen Wahlbeobachtung klar, dass dieses Ergebnis auf Fälschungen beruhen musste.

Bei Beobachtungen in knapp 200 Wahllokalen in drei Berliner Stadtbezirken waren zum Beispiel eine Wahlbeteiligung von 70 bis 85% mit durchschnittlich 7 bis 8% Nein-Stimmen registriert worden.

Die DDR-Bürger haben sich bei den Demonstrationen in Ost-Berlin, Leipzig, Dresden und in anderen Städten der DDR unüberhörbar zu Wort gemeldet. *Auch die Staats- und Parteiführung der DDR hat diesen bewegenden Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung auf Dauer nicht ignorieren können.*

1- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Helmut Kohl, Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik, Bonn, 1990, S. 24.

In Ost-Berlin hunderttausende DDR-Bürger an der großen Demonstration teilgenommen, um ihrer Kritik am SED-Staat Ausdruck zu geben. Mehr als eine halbe Million Menschen sind in der größten Demonstration aller DDR-Zeiten am 4. November durch Ost-Berlin gezogen *“Knapp 500.000 waren es zwei Tage später beim montäglichen Umzug durch die Leipziger Innenstadt, 60.000 zur gleichen Stunde in Halle, 50 000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10 000 in Cottbus, 25 000 in Schwerin”* ¹

Die Oppositionsgruppe *šNeues Forumö* hat zur Gewaltlosigkeit gerufen. Die Losung in der Nikolaikirche war *öGorby, Gorby, Demokratie Jetzt!ö*² Die Demonstrationen gingen weiter, und die Rufe der Demonstrierenden Menschen wurden deutlicher: *“Wir sind das Volk, wir sind das Volk!”*

Der Wechsel aber der Staats-und Parteiführung in Ost-Berlin führte zum Nachlassen der Massenproteste. Der Abend vom 9. November 1989 war die Nacht, in der die Mauer brach. Das Volk der DDR hat dies ohne Waffen und ohne Gewalt bewirkt: *öDer Freiheitswille der Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR hat Mauer und Stacheldraht friedlich überwundenö*, hat Helmut Kohl gesagt.³

Schon im Laufe des Novembers 1990, nach der Einheit, hatten aber die Demonstrationen begonnen, ihren Charakter zu verändern. Am Anfang wollten die Demonstrierenden Einheit, demokratische Freiheiten, Freizügigkeit und Pressefreiheit, dann forderten sie gute materiellen Lebensbedingungen. Die Montagsdemonstrationen waren ein bedeutender Bestandteil der friedlichen Revolution in der DDR. Sie schlossen sich an die Friedensgebete an der Leipziger Nikolaikirche von Pfarrer Christian Führer⁴ an, der diese Veranstaltung seit den frühen 80ern Jahren leitete.

- 1- Spiegel (Spezial) 162 Tage Deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution. Nummer 2 / 1990, S. 8.
- 2- Ebenda, S. 14.
- 3- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Helmut Kohl, Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik, Bonn, 1990, S. 106
- 4- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Helmut Kohl.

lk“ meldeten sich Woche für Woche DDR-Bürger
n die politischen Verhältnisse.

In einigen Städten fanden diese Protestdemonstrationen an anderen Wochentagen als montags statt.

Die erste Montagsdemonstration fand am 4. September 1989 statt, und ab dieser Zeit formierten sich andere politische Oppositionen.

Ab Herbst 1989 bildete sich eine ganze Reihe neuer oppositioneller politischer Gruppierungen. Als erstes trat das *„Neue Forum“* am 10. September mit seinem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit.

Am 12. September folgten *„Demokratie Jetzt“* und eine Initiativegruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).

Am 14. September dann der Gründungsaufruf des *„Demokratischen Aufbruchs“*.

Im November folgten *„Grüne Liga, Grüne Partei, Vereinigte Linke und Unabhängiger Frauenverband“*, noch etwas später, die *Deutsche Soziale Union*.

Die Gründungsmitglieder und wichtige Akteure dieser Gruppen stammten häufig aus den Friedens-, Ökologie- oder Frauenkreisen innerhalb der evangelischen Kirche in der DDR, die sich verstärkt seit Beginn der 80er Jahre gebildet hatten.

„Neues Forum“, *„Demokratie jetzt“* und *„Initiative für Frieden und Menschenrechte“* schlossen sich zum *„Bündnis 90“* zusammen. Als Basis demokratischer Bewegungen weigerten sie sich Parteien zu werden. Sie plädierten für die Erarbeitung einer neuen deutschen Verfassung.

Alle Parteien -mit gewissen Abstrichen auch die Grünen- begrüßen nachdrücklich die Wiederherstellung der deutschen Einheit, und sprechen sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den neuen Ländern aus, mit dem Ziel, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

Die CDU, Christlich Demokratische Union, die FDP, Freie Deutsche Partei, und die SPD, Sozialistische Partei Deutschlands, verstehen die deutsche Einheit als Motor der europäischen Einigung. Sie begrüßen, mit der Union, das Verbleiben

Seit 1971 war «*einig Vaterland*» aus der DDR-
Novemberrevolutionäre setzen die Losung wieder auf
die Tagesordnung.

Die DDR war gegen eine Vereinigung mit einem kapitalistischen Staat, der Sozialismus hat nicht an die Tür der BRD geklopft, wie es von den Kommunisten prophezeit wurde und trotzdem hat die Vereinigung beider deutscher Staaten stattgefunden.

Vor allem im Bereich der praktischen Umweltarbeit gab es auch in staatlichen Organisationen wie beispielsweise dem Kulturbund vor der Wende bereits Gruppen, aus denen sich die Mitgliedschaft von Grüner Liga und Grüner Partei mit speiste. Es gab jedoch auch in den Blockparteien oder der SED kritische Mitglieder, die mit den neuen Gruppierungen Hoffnungen verbanden und hier mitarbeiteten, teilweise auch, ohne ihre alte Partei zu verlassen.

Viele der neuen Gruppierungen gründeten sich bewusst nicht als Parteien. Dies wird an den benutzten Begrifflichkeiten wie Forum, Liga, Verband oder Bewegung deutlich und schlug sich dann im Konzept der Bürgerbewegung nieder. Diese war eine Organisationsform mit allgemeinpolitischem Anspruch, der auch die Teilnahme an Wahlen und die Mitarbeit in Parlamenten und möglicherweise an Regierungen beinhaltete, aber weniger straffe oder strenge Strukturen hatte.

Ähnlich wie die westdeutschen Grünen legten die Bürgerbewegungen großen Wert auf Basisdemokratie, Öffentlichkeit und Transparenz von Entscheidungsfindungen. Auch interessierte Nicht-Mitglieder sollten mitarbeiten und teilweise mitentscheiden können.

Die Ablehnung von Hierarchien und Unterordnungszwängen und in der Folge auch des Parteienkonzepts war auch den Erfahrungen mit den DDR-Parteien, insbesondere mit der SED, geschuldet, die nach dem Prinzip des so genannten Demokratischen Zentralismus organisiert waren und in denen Parteidisziplin eine große Rolle spielte.

mit Kontaktadressen und Unterschriftenlisten,
Hand weitergereicht, in manchen Betrieben auch

bald ausgehängt. Darüber hinaus versuchten sich die Gruppierungen durch
Veranstaltungen, die zunächst nur in Kirchen stattfinden konnten, bekannt zu
machen.

Neben Skepsis in Bezug auf die Erfolgsaussichten stießen die Gruppen auch auf
große Resonanz. Hunderttausende unterschrieben die verschiedenen Aufrufe.
Daneben gründeten sich Arbeitsgruppen, lokal, betrieblich und überregional, es
wurden Sprecher gewählt und erste Strukturen entstanden. Die verschiedensten
Forderungskataloge wurden ausgearbeitet.

Im Folgenden werden die wichtigsten politischen Gruppierungen, die den
Prozess der Einigung Deutschlands beschleunigt haben, kurz vorgestellt.

“Demokratie Jetzt” war eine der Bürgerbewegungen, die in der DDR in der Zeit
der Wende entstanden ist. Sie wurde am 12. September 1989 offiziell gegründet
und ging durch Fusion mit Teilen des „Neuen Forums“ und der „Initiative für
Frieden und Menschenrechte“ in einem Bündnis auf. „Demokratie Jetzt“ hatte
ihre Wurzeln in einem Arbeitskreis „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip
der Abgrenzung“.

Dieser hatte in April 1987 einen Antrag an die Synode der evangelischen Kirche
in Berlin-Brandenburg gestellt, diese möge eine Absage an Praxis und Prinzip
der Abgrenzung aussprechen und gleichzeitig für eine Reihe politischer
Forderungen, z. B: die Reisefreiheit eintreten.

Der Gründungsaufruf der Mitglieder dieses Arbeitskreises, die fast alle aus
Berlin stammen, startet mit dem Satz: *“Unser Land lebt in innerem Unfrieden”*
und beschreibt dann in mehreren Absätzen die Situation in der DDR. Ausgehend
davon wird zur Gründung der Bürgerbewegung, „Demokratie Jetzt“ auf einem
Vertreter-Treffen aufgerufen. Anfang 90 sollte ein Grundsatzprogramm
beschlossen werden. Angestrebt wurde eine Teilnahme mit einer eigenen Liste an
der nächsten Volkskammerwahl.

...r eine demokratische Umgestaltung in der DDR“

...ielzahl konkreter politischer Forderungen zur

Demokratisierung von Staat und Wirtschaft sowie zur Entkoppelung von Staat und Gesellschaft erhoben wurden.

Auch die Einheit Deutschlands war in diesen Thesen als Ziel bereits formuliert: *“Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte”.*

Zur Volkskammerwahl 1990 trat öDemokratie Jetztö in einem Wahlbündnis mit dem neuen Forum und der Initiative für Frieden und Menschenrechte an, das 2,9% der Stimmen und 12 der 400 Sitze erreichte.

öDemokratie Jetztö trat für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, für Rechtstaatlichkeit und für die Einheit Deutschlands ein. Mit den 8 Abgeordneten der Grünen Partei der DDR bildeten sie zusammen die Fraktion Bündnis 90/Grüne.

Am 13. Januar 1980 wurde in Karlsruhe die Bundespartei **“Die Grünen”** gegründet. Ihre politische Basis fand sich in den Schlagworten «sozial, ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfreiö.

Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung 89/90 erwies sich für die Grünen als historischer Einschnitt. Für die Mehrheit der Grünen gab es vor dem Mauerfall keine deutsche Frage, anders formuliert: die Zweistaatlichkeit wurde nicht in Frage gestellt. Bei der Bundestageswahl 90 war die Partei dementsprechend mit dem Slogan *“Alle reden von Deutschland. Wir reden von Klima”* angetreten.

Die Grünen wenden eine Quotierung von Rederechten und Listenplätzen in Bezug auf das Geschlecht an. Es handelt sich um eine Frauenquote. Sowohl das Rederecht als auch Plätze auf Wahllisten müssen bei den Grünen so aufgeteilt werden, dass Frauen mindestens ein gleicher Anteil zukommt.

ist mindestens die Hälfte der Plätze für Frauen gewählt, danach folgt ein öffentlicher Wahlgang für

die restlichen Plätze, in dem Männer und Frauen, kandidieren dürfen. Beim Rederecht wird bei größeren Versammlungen eine Quotierung erreicht, in dem Wortmeldungen getrennt nach Geschlecht erfasst werden und dann Männer nicht nach einander reden dürfen, dazwischen muss immer eine Frau reden.

Die Grünen betrachten diese Frauenquote bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Männern und Frauen in der Politik als notwendig, um eine Gleichberechtigung zu erreichen.

Die Position der Grünen zu Studiengebühren ist nicht einheitlich. Auf Bundesebene lehnen die Grünen Studiengebühren ab, aber einige Landesverbände befürworten bestimmte Studiengebührenmodelle. Außerdem unterstützen sie die Prinzipien der Gemeinschaft- und Ganztageschule.

“Die Initiative für Frieden und Menschenrechte” war eine der Bürgerbewegungen in der DDR, die die Wende wesentlich mitprägten. Sie wurde am 24. Januar 1986 offiziell gegründet und ist damit eine der ältesten Gruppen der Bürgerrechtsbewegungen in der DDR. Die IFM wurde als einzige der neuen Gruppierungen der Wendezeit in der DDR nicht erst 1989 gegründet. Sie nutzte zwar auch die kirchliche Öffentlichkeit, verstand sich aber von Beginn an als unabhängig von der Kirche. Hauptziele waren die Wahrung der Menschenrechte und die Friedenssicherung.

Die IFM setzte sich für Abrüstung und Entmilitarisierung ein und wandte sich gegen jede Art von autoritärer Struktur, gegen die Verherrlichung von Gewalt und gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und Ausländern.

Im Januar 1988 wurden mehrere Mitglieder der Initiative am Rande der traditionellen Demonstration anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg¹ in Berlin verhaftet und mussten anschließend ausreisen.

1- Siehe: Personenregister mit Kurzbiographie: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Maßnahmen der Stasi erschwerten die Arbeit der

1. Erst während der Wende 1989 wurde die IFM

wieder voll aktiv.

Zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 ging die IFM mit dem Neuen Forum und Demokratie Jetzt, die sehr ähnliche politische Ziele verfolgten, ein Wahlbündnis unter dem Namen Bündnis 90 ein.

“**Neues Forum**” ist eine deutsche Kleinpartei. Sie definiert sich als unabhängige politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen wollen. Außerdem betont sie auf Gewaltlosigkeit, auf Vernunft und die Kraft der Argumente zu setzen.

Es kritisiert jegliche totalitären Strukturen und lehnt Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Stalinismus, Gewaltverherrlichung, Militarismus, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus strikt ab. Es kritisiert die etablierten Parteien, die sich seiner Ansicht nach kaum von einander unterscheiden.

Das Neue Forum behielt seine basisdemokratischen Strukturen bei und schloss sich im Februar 90 mit den Bürgerbewegungen §Demokratie Jetzt§ und IFM zum Wahlbündnis öBündnis 90ö mit 2,9% der Stimmen zusammen und stellte 12 Abgeordnete im Parlament.

“**Das Bündnis 90**“ das bis zu diesem Zeitpunkt nur verschiedene Wahlbündnisse bezeichnete, gründete sich in der Folgezeit als Partei neu. In ihm schlossen sich §Demokratie Jetzt§, IFM und ein Teil des §Neuen Forums§ zusammen, bevor sich Bündnis 90 dann 1993 mit den Grünen zur neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen vereinigte. Das Neue Forum blieb als Organisation, hat aber heute nur noch sehr geringe Bedeutung.¹

1- Wikipedia: Wende DDR. <http://de.Wikipedia.org/wiki/Wende-> (DDR) Datum des Zugriffs: 14.01.2009.

In diesem Unterkapitel soll von feministischen Parteien und Bündnissen die Rede sein. Die Frauenbewegung änderte sich in Deutschland erst Ende der sechziger Jahre und fiel mit der stark außenwirksamen Studentenbewegung dieser Zeit zusammen. Mit dem Erwachsenwerden dieser neuen Generation wandelte sich die Gesellschaft. Die neue Frauenbewegung entstand in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Signum der "Selbstverwirklichung"

Viele Frauen suchten neue Rollenmuster, etwa in einem freieren Zugang zur Sexualität, in einer offenen Form der Partnerschaft, in der nicht autoritären Erziehung ihrer kleinen Kinder, in neuen Arbeitsplätzen, in einem vermehrten Zugang an den Universitäten, begünstigt und bevorzugt durch den Ruf nach Bildungsreformen in jenen Jahren, und nicht zuletzt suchten sie eben auch ihre Geschichte.

Die Studentinnen der siebziger Jahre begannen mit dieser Suche. Die Zahl der Examensarbeiten zu Themen der Frauengeschichte wuchs, ebenso die der Arbeitsgruppen, innerhalb und außerhalb der Universitäten. Basierend auf den Schriften von Simone de Beauvoir¹, sahen viele Historikerinnen Frauen nun mehr global als Unterdrückte. Die weibliche Biologie, die Gebärfähigkeit von Frauen, machte sie in allen Kulturen zu Opfern männlicher Herrschaft.

Die Rolle von Frauen unterlag, wie auch die Rolle von Männern einem starken Wandel: Frauen wie Männer gehörten verschiedenen sozialen Schichten an, in denen sie verschiedene Rollen ausüben konnten. Familienstrukturen, in die Frauen mehr als Männer eingebunden sind, ändern sich. Ebenso ändert sich die ökonomische Situation, die wesentlich die soziale Lage von Frauen und Männern mitbestimmt.²

1- Siehe : Personenregister mit Kurzbiographie: Simone de Beauvoir.

2- Niehuss Merith: Frauengeschichtsschreibung als Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklung (Ungleiche Schwestern?) Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin 1998, S. 20

...n sich auf die Geschichte der Hausarbeit und der
, auf die Kämpfe um Schwangerschaftsverhütung,
auf die Geschichte der Frauenbewegung und die Entwicklung der
Familienstrukturen ; sie beschäftigte sich mit negativ beleumundeten Frauen wie
Prostituierten und ledigen Müttern und bearbeitete die widerspruchsvolle
Geschichte der Frauen im Nationalsozialismus.

Die Frauengeschichte überwand dabei die gängige Dichotomie von der
öffentlichen Sphäre und der privaten Sphäre der Welt des Mannes und der
Welt der Frau. Obgleich Kollegen an Arbeitsplatz, lebten Frauen und Männer in
völlig verschiedenen Welten. Es ist weltberühmt, dass die DDR-Frauenliteratur
viele Frauen, nicht nur in der DDR, beeinflusste. Eine der ostdeutschen
Politikerinnen äußerte sich so: *“Wir wollen Politik machen, jedoch nicht nach
dem herrschenden Politikverständnis. Wir streben weder nach Macht, noch
wollen wir politische Funktionsträger sein. Wir wollen uns gerade von diesen
unterscheiden durch Gewaltfreiheit, Wahrhaftigkeit, Toleranz, Spontaneität,
Phantasie, Empfindsamkeit und Zärtlichkeit.“*¹

Aufbauend auf einige wenige Vorläufer zur Frauengeschichte setzte erst in den
sechziger Jahren, vor allem in den vereinigten Staaten, in Großbritannien und in
Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland erst in der siebziger Jahren, eine
zaghafte, frühe Form der Geschichtsschreibung zum Frauenleben ein. Dieser
Anfang ist untrennbar mit der neuen Frauenbewegung verbunden, nämlich nach
den 68er Ereignissen, die von den vereinigten Staaten ausging und
Großbritannien und Frankreich früher erreichte als die Bundesrepublik
Deutschland. "Diese Verspätung" der deutschen Frauenbewegung hängt
sicherlich sehr eng mit der schwierigen Aufarbeitung der Geschichte des Dritten
Reiches zusammen.

1- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch. Damals im
Osten Mitteldeutschland-1945 bis heute. <http://www.ddr-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Zeit des
Zugriffs: 22.04.2008. S. 32.

den furchtbaren Kriegsfolgen hatte nahezu jede getroffen: der Verlust von Angehörigen, die zerstörten Wohnungen, die schlechte Versorgungslage, die Bevormundung durch die Besatzungszone, Entnazifizierung und das sichere Bewusstsein, dass Deutschland auf Jahrzehnte hinaus ein verarmter Staat bleiben würde, dies alles verbunden mit einem extremen Bedürfnis nach Ruhe und Frieden, vor allem im familiären Bereich, ließ in den fünfziger Jahren eine recht engstirnige Moral aufkommen, die vor allem im Verhältnis von Männern und Frauen für eine geradezu extrem traditionelle Rollenfestschreibung sorgte.¹ Seit Beginn der 80er Jahre fanden sich in der DDR unter dem Dach der evangelischen Kirche informelle Gruppen zusammen, die unstaatlich waren, unter ihnen auch Frauengruppen, die sich mit Fragen von Ökologie, Frieden, Antimilitarismus u.a. beschäftigten. Sie waren nicht unbedingt religiös gebunden, aber die Institution *öKircheö* bildete den einzigen begrenzt öffentlichen nichtstaatlichen Raum für weitgehend nicht sanktionierte Diskussionen und das gemeinschaftliche Erproben neuer Interpretationen der eigenen sozialen Situation. Durch die Erfahrungen haben Frauen erkannt, dass eine wirkliche Veränderung bestehender Strukturen nur erreicht wird, wenn Frauen ihre Bedürfnisse noch stärker bündeln, anderen Frauen zur Verfügung stellen und so eigene Strukturen einer nichtstaatlichen Frauenförderung von Frauen für Frauen schaffen. Es bildeten sich Berufsverbände und Frauennetzwerke, wie folgt:

Die informellen Gruppen **“Frauen für den Frieden“** entstanden 1982 aus Protest gegen das neue Wehrdienstgesetz der DDR, das u.a. beinhaltete, im Verteidigungsfall auch Frauen in die allgemeine Wehrpflicht mit einzubeziehen. Schon seit 1980 fanden verschiedene kirchenöffentliche Aktionen gegen Militärspielzeug und militaristische Erziehung in Kindergärten und Schulen statt.²

- 1- Susanne Hetzer Leopold Grün Seminar: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Boomark& Share Hausarbeiten.de GRIN Verlag, Berlin, August 1998, S. 42.
- 2- Susanne Hetzer, Leopold Grün, Seminar: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Boomark& Share Hausarbeiten.de GRIN Verlag, Berlin, August 1998, S. 43.

Die Frauen konstituierte sich auf beiden Ebenen -
e doppelte Orientierungsmöglichkeit, bzw.
Doppelbelastung. Die Mehrheit der Frauen in der DDR dachte sich als Paar in
der Familie, mit Kindern als Zentrum, als Entscheidungsfreiraum und
Gestaltungschance, welche mehrheitlich nicht gegen, nicht ohne einen
Mann/Partner definiert wurde. Das Geschlechterbild ist weitgehend polar und
komplementär und unterscheidet sich von dem der BRD.

Die Frauen in Ostdeutschland sind zwar gewillt zurück in die Erwerbstätigkeit zu
gehen, richten sich aber auch langsam ein alsö Verliererinnen der Wendeö. Sie
fühlen sich in mehrfacher Hinsicht abgewertet: als DDR Bürgerin, als weibliche
Arbeitskraft, als Mutter, als Frau denn die Kategorien Vergangenheit, Region
und Nation sowie Klasse und Geschlecht, sind in Frage gestellt.

Auf Grundlage unser Textstudien von gegenwärtigen ostdeutschen Autorinnen
kann das Folgende herausgelesen werden: Frauen in den neuen Ländern sind
skeptischer, ihre Lebenszufriedenheit sinkt, ihre Zukunftsprognosen sind düster
und ihre Zustimmung zum Politiksystem nimmt stetig ab. Sie wehren sich jedoch
gegen Bedingungen, die Berufstätigkeit verunmöglichen, lehnen die
ausschließliche Hausfrauenexistenz ab und beharren auf Unabhängigkeit und
eigenes Einkommen. ¹

Die Erfahrung, dass die Frau auf dem Arbeitsmarkt nichts mehr wert ist und als
ältere Frau nicht mehr gebraucht wird, die Erfahrung, dass Kindererziehung nicht
mehr in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung steht, die Erfahrung als
Sexualobjekt an Kinoleinwänden ausgestellt zu werden, kurz: die Erfahrung
dieses Unterschieds machen die ostdeutschen Frauen erst in den vergangenen
Jahren, deswegen ist ein neues Frauenbewusstsein bei ihnen entstanden.

Das Verhältnis der ostdeutschen Frauen in der unabhängigen Frauenbewegung
zum anderen Geschlecht war in der Tat eher versöhnlich, von Ausnahmen
abgesehen.

1- Susanne Hetzer, Leopold Grün, Seminar: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften,
BooMark& Share Hausarbeiten.de GRIN Verlag, Berlin, August 1998, S.36.

Die Zerschlagung der Diktatur als Befreiung erlebt. Sie wollten sie verändern oder abschaffen wollten, eine demokratisierte DDR vorläufig oder überhaupt erhalten wollten, oder früher oder später ihre Hoffnungen an die Wiedervereinigung banden, das wichtigste war das Ende der alten Herrschaft und die Freiheit zur Selbstbestimmung.

Das galt für Männer und Frauen zunächst gleichermaßen. Sich gemeinsam gegen die Staatsmacht zu wehren stand also im Vordergrund. Gleichwohl erlebten und reflektierten Frauen männliche Dominanz und Konkurrenz auch in den oppositionellen Arbeitszusammenhängen. **“Die Berliner Frauengruppe”** sagt wortwörtlich die folgende Rede: *“Wir richteten unseren Selbstbestimmungsanspruch nicht pauschal gegen das andere Geschlecht, da viele Männer gegenüber der herrschenden Macht genauso um Emanzipation rangen wie wir. Die Fixierung auf den Geschlechterstreit, wie wir ihn aus den Gesprächen mit westdeutschen Feministinnen kannten, hat uns eher befremdet. Wir widersprachen dem in der D.D.R. propagierten Frauenbild und dem Gleichstellungsmythos, in dem wir darauf verwiesen, das sich trotz Berufstätigkeit der Frauen viel zu wenig in der Asymmetrie der Rollen- und Machtverteilung geändert hatte. Wir erlebten, dass Erwerbsbeteiligung und formalrechtliche Gleichstellung nicht automatisch zur Emanzipation führten.”*¹ Die Geschlechterfrage war also deutlich von der Demokratiefrage überlagert, obwohl die patriarchale Prägung der Machtstrukturen unverkennbar war.

Doch ansonsten scheint die frauenpolitische Entwicklung zu stagnieren und die Abwehr von Benachteiligung und Diskriminierung zu reduzieren. Neben der traditionellen Frauenbewegung hat sich seit 1968 die **« autonome Frauenbewegung »** entwickelt. Sie geht zurück auf die Studentinnenbewegung und verstand sich als feministische Gegenkultur. Sie rückte Bereiche ins Blickfeld, die vorher nicht oder kaum beachtet wurden, wie die Gesundheitssituation von Frauen und ihre Sexualität, Gewalt gegen Frauen, und die Situation von Frauen in Forschung und Lehre.

1- Bedürftig Friedmann: Die DDR: /Daten/Fakten/Analysen, Ploetz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet. Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 244.

...ome Frauenbewegungen, wie der „**Unabhängige**
...elle Gründung erfolgte auf einem Kongress in Ost-

Berlin. Der UFV verstand sich als organisatorisches Sammelbecken der autonomen Frauenbewegungen der DDR und geht damit auf ältere Gruppierungen in der DDR zurück, wie „Frauen für den Frieden“.

Der Verband wollte unabhängige Frauengruppen, Familieninitiativen, Frauenkommissionen und die Frauenfraktionen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zusammenschließen. Der UFV verstand sich eher als Dachverband, die Eigenständigkeit der einzelnen Frauenorganisationen sollte aber gewährt bleiben.

Der UFV förderte die Beteiligung der Frauen an allen politischen und ökonomischen Entscheidungen. Die Interessen der Frauen in der Situation des Umbruchs in der DDR sollten berücksichtigt und eine Verschlechterung der sozialen Lage von Frauen verhindert werden. Der UFV verlor nach der Wiedervereinigung schnell an Bedeutung. Im Sommer löste sich der UFV auf.

Hinzu kommt aber noch etwas anderes, nämlich **„Das Forum Ostdeutschland.“** Es befasst sich mit aktuellen Problemen, die in den neuen Bundesländern behandelt werden müssen und es stellt sich den Fragen nach der realen Situation der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger.

Die staatliche Einheit Deutschlands ist erreicht: für das Forum Ostdeutschland hat jetzt die Vollendung der inneren Einheit die höchste Priorität. Das Forum Ostdeutschland beschäftigt sich mit Fragen der ökonomischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Situation in Ostdeutschland. Es will zum gegenseitigen Verstehen zwischen Ost und Westdeutschland beitragen. In diesem Sinne behauptet Jens Bullerjahn, der Vorsitzende vom Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie: *„Seit einigen Monaten meldet die Bundesagentur für Arbeit immer geringere Arbeitslosenzahlen.“*

arbeitslosen ist spürbar gesunken und die
vom Ziel einer Vollbeschäftigung im Land.“¹

2.4. Die Kommunalwahlen vom 18. März 1990:

Da die Fäden zur damaligen Heimat (kommunistisches Land) abgeschnitten waren, mussten die ostdeutschen Bürger an ihrem Schicksal durch die Wahlen teilnehmen. Am 18. März 1990 fanden die Wahlen zur Volkskammer statt, die ersten freien Wahlen auf dem Gebiet der DDR. Dank dieser demokratischen Wahlen haben auch die zwei Regierungen den Prozess der Einigung auf der Staatenebene beschleunigt. Zum ersten Mal also konnten alle Deutschen an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilnehmen. Mit der ersten gesamtdeutschen Wahl wird ein weiterer Abschluss im Rahmen des Vereinigungsprozess erreicht. Ohne die friedliche Revolution wären die ersten gesamtdeutschen Wahlen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht möglich gewesen. Das Prinzip der freien Wahlen ermöglichte eine Nichteinmischung in den inneren Angelegenheiten der bisherigen „Satelliten-Staaten“. Das Volkskammerergebnis war allerdings ein Votum für den direkten Weg zur deutschen Einheit über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Nach der Wahl vom 18. März 1990 ist die DDR-Verfassung nicht mehr gültig, das Grundgesetz hat dagegen triumphiert. Rechtlich, sagen einige Politiker, sei die Einheit Deutschlands eine Annektierung der DDR durch die Bundesrepublik. Helmut Kohl ist aber anderer Meinung und äußert sich dazu folgendermaßen *«Ein Ausverkauf der DDR findet nicht statt. Auch das Wort „Anschluss ist falsch: Die Menschen in beiden Staaten werden gleichberechtigt über ihr Schicksal entscheiden“*.²

1- Unabhängiger Frauenverband-Wikipedia. <http://de.Wikipedia.org/wiki/unabh%C3A41>. Datum des Zugriffs: 18.06.2008.

2- Presse und Informationsamt der Bundesregierung Bonn: Helmut Kohl, Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik. 1990 S. 106.

Deutschlands

Der Prozess der Einigung Deutschlands trifft mehrere Schwierigkeiten wegen der Gegensätze und Unterschiede in allen Gebieten der Wirtschaft zwischen der DDR- und BRD-Region, und auch wegen der Stellungnahmen vieler Länder gegenüber der Einheit Deutschlands, denn Niemand kann unberührt gegenüber solch einem Ereignis bleiben.

Die Einheit Deutschlands ist dank der Herstellung eines staatlichen Vertrags, den das Grundgesetz¹, realisiert worden, und deswegen geht es auch um den neuen Status des vereinten Deutschlands und die Wirkung und Konsequenzen der Einheit auf ganz Europa. Sie ist nicht von einem Tag zum anderen realisiert worden. Vieles ist geschehen, um sie zu verwirklichen, wie wir es schon oben erwähnt haben.

Alles hat begonnen als Ungarn die Grenzanlagen des eisernen Vorhangs² beseitigt hat. Der Menschenexodus von DDR-Flüchtlingen über die offene Grenze hat im August 1989 begonnen. Die Ereignisse des Sommers 89 hätten nicht geschehen können ohne den Erfolg der Reformen in Ungarn und in der Sowjetunion.

Am 10. Februar 1990 haben der Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher¹ Moskau besucht. Als Ergebnis dieses Besuches hat Gorbatschow² den Weg zur deutschen Einheit freigegeben. Am 1. Juni 1990 tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR in Kraft, demzufolge wurde die D-Mark in der DDR eingeführt. Der Warschauer Pakt löste sich nach und nach auf, und die ersten Sowjettruppen kehrten aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei heim.

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Hans Dietrich Genscher.

2- Ebenda: Michail Gorbatschow.

nte in Berlin und in Gesamtdeutschland sind am 1. (oder der Einheit) suspendiert worden. Am dritten Oktober 1990 ist die DDR der Bundesrepublik Deutschland beigetreten.

2.5.1. Zum Grundgesetz der Einheit Deutschlands:

Vor dem dritten Oktober 1990 haben die DDR und die BRD zusammen einen staatlichen Vertrag erarbeitet und unterzeichnet. Er soll in seiner Gesamtheit die Voraussetzungen für eine Entwicklung, in der die Unterschiede zwischen Ost und West überwunden werden, schaffen. Der Einigungsvertrag diktiert die neuen Gesetze im vereinten Deutschland. Das Grundgesetz (Verfassung der BRD) gilt rechtlich in der damaligen DDR. Wegen Adaptationsschwierigkeiten aber soll die Rechtsordnung der Bundesrepublik nur schrittweise in der DDR eingeführt werden.

Aus dem Grundgesetz ergibt sich die Verpflichtung zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland. Wie dem Presse- und Informationsamt zu entnehmen ist, steht im Kapitel *„Öffentlicher Dienst“*, dass Strukturverbesserungen geschaffen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichern sollen; es steht auch eben im Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands *„Das Vermögen der Deutschen Demokratischen Republik, das unmittelbar bestimmten Verwaltungsaufgaben dient (Verwaltungsvermögen), wird Bundesvermögen“*.¹ Die allgemeinen Grundprinzipien für die Wirtschafts- und Währungsunion müssen auch geschaffen werden, Vertrags- und Gewerbefreiheit, Privateigentum auch von Produktionsmitteln (Grund und Boden) sowie Regeln zum Schutz des Verbrauchers. Es geht auch darum *„die früheren Volkseigenenbetriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren.“*²

1- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Bonn, den 6. September 1990, S. 881.

2- Ebenda, S. 883.

und der deutschen Einheit steht der Unterstützung
erfügung“ 1. Mit dem wirksam am dritten Oktober

1990 werdenden Beitritt der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes werden die Länder Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsenanhalt und Thüringen Länder der BRD und damit wird das Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk gelten.

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird. Deswegen hat man einige Artikel anders gefasst, das heißt, das Grundgesetz wird geändert und ergänzt.

Im Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands óEinigungsvertrag- kann man folgendes nachlesen: *“ Vor dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik wählt die Volkskammer auf der Grundlage ihrer Zusammensetzung 144 Abgeordnete zur Entsendung an den 11. Deutschen Bundestag sowie eine ausreichende Anzahl von Ersatzpersonen (...) Die Parteien haben Anspruch auf Chancengleichheit bei der Wahlvorbereitung“*2.

In diesem Vertrag wird unter anderem betont, dass die Bewahrung und Fortentwicklung der sorbischen Kultur und der sorbischen Traditionen gewährleistet werden. *šAngehörige des sorbischen Volkes und ihre Organisationen haben die Freiheit zur Pflege und zur Bewahrung der sorbischen Sprache im öffentlichen Leben (...) Recht der Sorben in den Heimatkreisen der sorbischen Bevölkerung vor Gericht sorbisch zu sprechen, wird nicht berührt.“*3

- 1- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Bonn, den 6. September 1990, S. 879.
- 2- Ebenda, S.890.
- 3- Ebenda, S.890.

ie Deutschland haben soll, war ein Problem unter
gsvertrag debattiert wurden.

Die Sowjetunion hat ein entmilitarisiertes Gesamtdeutschland vorgeschlagen. Dann haben die Sowjets und speziell ihr Außenminister Eduard Schewardnadse vorgeschlagen, Gesamtdeutschland könne ja dem westlichen und dem östlichen Bündnis zugleich angehören, so lange zumindest, zwischen West und Ost eine neue Sicherheitspartnerschaft vereinbart ist.

In seiner Rede am 19. Dezember 1989 hat der sowjetische Außenminister Schewardnadse Fragen an das zukünftig vereintes Deutschland gestellt, wobei er seine Ängste ausgedrückt hat, darunter:

- 1- Wo sind die politischen, gesetzlichen und materiellen Garantien, dass die deutsche Einheit nicht in Zukunft eine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Staaten und für den Frieden in Europa schafft?
- 2- Wird Deutschland bereit sein, die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen?
- 3- Welchen Platz würde dieses nationale deutsche Gebilde in den militärischen Strukturen, die in Europa existieren, einnehmen?
- 4- Der Status der DDR ändert sich radikal, während der Status der BRD derselbe bleibt?
- 5- Wenn die deutsche Einheit Formen annimmt, was wäre das militärische Potentiell eines solchen Gebildes, seine Militärdoktrin und die Struktur seiner Streitkräfte?
- 6- Wird man bereit sein, eine Entmilitarisierung zu akzeptieren, einen neutralen Status anzunehmen?
- 7- Wie wird die Haltung gegenüber der Präsenz von alliierten Truppen auf deutschem Boden? 2

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Eduard Schewardnadse.

2- Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Bonn, den 6. September 1990, S.890

reform für weitere Schritte auf dem Weg zu einer staatlichen Einheit Deutschlands, die der sowjetische Außenminister Schewardnadse gestellt hat.

Die Westmächte und die Bundesrepublik haben eine Mitgliedschaft in der NATO gefordert, aber die Deutschen hätten die deutsche Einheit von Moskau und deutschen Kommunisten haben können, wenn sie bereit gewesen wären, auf die deutsche Freiheit zu verzichten. Aber dies war keine sinnvolle Perspektive für die Deutschen. Die Bundesdeutschen Politiker meinen, eine Lösung, die die Wiedervereinigung bringt, und die Freiheit nimmt, ist undenkbar.

Die Westdeutschen waren von Anfang an gegen die Neutralität eines vereinten Deutschlands. Deutschland strebte nach einem Status, der dem französischen ähnelt, das heißt, der politisch der NATO zugehört, militärisch aber völlige Souveränität genießt.

In der Präambel zum Grundgesetz sprechen die Bundesdeutschen im Namen aller Deutschen. Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Zusammensein der Deutschen zu stärken.

Die BRD-Politik hatte vom ersten Tag der Regierung ein Ziel, und zwar die 17 Millionen Bürger im zweiten Staat in Deutschland zu gewinnen; die BRD war also offiziell für die Einheit Deutschland, denn die deutsche Einheit ist der Motor der europäischen Einigung.

Am Anfang aber zeigte Europa seine Furcht gegenüber den eventuellen Konsequenzen der Wiedervereinigung Deutschlands. *„Ein Großreich bekommt Deutschland sowieso nicht mehr, aber schon Deutschland als Hegemonialmacht in Europa wäre nicht im Interesse der anderen Europäer.“*¹ meinen einige Mitglieder der europäischen Gemeinschaft.

¹-Ratza, Odo: Antworten zur Deutschland-Fragen, Verlag Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 2 / 1989, S. 65.

sagt werden, dass die europäische Gemeinschaft
ass ein Mitglied sein Territorium erweitert hat. Es
ist natürlich sehr schwer, das Spektrum des ersten und zweiten Weltkrieges zu
vergessen, deswegen stellen sich die Europäer die Frage, ob die Vereinigung
beider deutscher Staaten das Sicherheitsbedürfnis der Großmächte und aller
europäischer Staaten berücksichtigen wird. Dennoch ist die Einheit
Deutschlands zwanzig Jahre später ohne große Probleme überwunden worden.

2.6. Vereinigung der Gegensätze

Am Schluss des zweiten Kapitels fügen wir noch ein Unterkapitel über die
Schwierigkeiten der Einheit hinzu. Die Unterschiede im Gebiet der Industrie sind
sehr groß. Diese Unterschiede machen den Einigungsprozess sehr schwer. Der
Weg aus der DDR-Wirtschaft in die BRD-Wirtschaft ist deswegen keine Sache
von Schritten sondern eines ganzen Sprungs.

Der Bereich der Verteidigung (Nationale Volksarmee), der noch 1989 etwa
170.000 Personen beschäftigte, wird nach der Einheit ihre Zahl im vereinigten
Deutschland verringern, weil Deutschland nicht zwei große Armeen halten
kann. *ö Gleichzeitig aber öffnet die Marktwirtschaft erhebliche neue Chancen.
Für kleine Betriebe, Handwerk und Dienstleistungen werden nach einem
Vergleich mit der BRD neue Arbeitsplätze in den Größenordnungen zwischen
einer und vier Millionen geschätzt.*¹

Die DDR ist nach der Einheit Teil des DM-Wirtschaftsraumes und der EG und
muss ihre Exporte nach Osten in DM kalkulieren und fakturieren. Klar aber muss
sein, dass es keine erfolgreiche Privatisierung geben wird ohne die Lösung des
Schuldenproblems

1- Dohnanyi, Klaus: Das deutsche Wagnis, über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit,
Droemersch Verlaganstalt.Th, Knauer, Nachf, München, 1991, S.204.

Im Zuge der Vereinigung beider deutscher Staaten wird es zu einer Auflösung zahlreicher Institutionen in der DDR kommen müssen. Nicht nur die Nationale Volksarmee und die bisherigen Ministerien der DDR, sondern auch viele Ämter und Behörden werden ihre bisherige Funktion verlieren, vom statistischen Amt bis zum Patentamt, von der zentralen Gewerkschaftsorganisation bis zur militärischen Führungsakademie; die Bundesbehörden dagegen, die ihren Sitz in dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik haben, werden dann zusätzliche Arbeitsplätze gewinnen.

Mit Ausnahme von Berlin, wo es bereits eine Reihe wichtiger Bundesbehörden gibt, zum Beispiel das Umweltbundesamt, das Bundesgesundheitsamt, das Bundeskartellamt und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Im August 1990 verdienten Arbeiter in der DDR etwa 40% des Lohns ihrer Kollegen in der BRD. Das monatliche Einkommen hatte in der Diskussion um den richtigen Umtauschkurs von Ost-Mark in DM eine zentrale Rolle gespielt. Niedrige Löhne sollten mindestens teilweise den Abstand in der Produktivität zwischen DDR- und BRD-Wirtschaft erhalten. Das Lohnniveau sollte auch nach der Währungsunion so lange deutlich niedriger sein, als auch die Produktivität niedriger bleibt.

Ungleicher Lohn für gleiche Leistung in demselben Rechtsraum würde insbesondere im öffentlichen Dienst sehr problematisch sein. Die Berliner in Ost und West spüren diese Widersprüche am stärksten.

In diesem Kapitel wird dargestellt, dass die deutsche Einheit 1990 das Ergebnis extremer wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte ist.

Drittes Kapitel

**ZUM SOZIALSTATUS DER FRAUEN
DER EHEMALIGEN DDR
NACH DER WENDE**

DER FRAUEN DER EHEMALIGEN DE

3.1. Die veränderte Rolle oder neue Rollenbilder der Frau

Dieses dritte Kapitel enthält wesentliche Etappen, die erste zielt auf die veränderte Gestalt des gesamten öffentlichen Lebens in Ostdeutschland nach der Wende ab, nachher werden die Gründe und Folgen der Doppelbelastung bei der erwerbstätigen Frauen gezeigt, also ein Teil befasst sich mit Ehe und Familie, dann werden die Probleme des sozialen Wandels erläutert.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Oktober 1990 hat die traditionelle Familie privilegierenden Politikprofile der alten Bundesrepublik auf Gesamtdeutschland für die neuen Bundesländer eine deutliche Verschlechterung im Bezug auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit gebracht. Deswegen können wir behaupten, dass die BRD-Frauen vieles von den DDR-Frauen gelernt haben. Dennoch sind auch heute noch die Quoten erwerbstätiger Mütter und die Versorgung mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder im Osten Deutschlands erheblich höher als im Westen.

Die gesellschaftlichen wohlerworbenen Rechte in der DDR wie der Beruf, preiswerte Wohnung, Kinderkrippen, verschwinden allmählich und die Frauen sind die ersten Opfer der Entlassungen; und wenn die Produktivität in der DDR-Region niedrig bleibt, dann bleibt das Lohn-Niveau des Einwohners niedrig. Die Rolle der Frau hat sich allmählich verändert: rund 60% der Mütter sind heute berufstätig.

Die Familien sind kleiner geworden. Ein-Kind-Familien tauchen häufiger auf als Familien mit drei und mehr Kindern. Typisch ist die Zwei-Kind-Familie; auch ein Leben ohne Kinder- als Paar oder allein- wird öfters geführt. ¹ Fast jede dritte der 1965 geborenen Frauen ist bis heute kinderlos geblieben.

1- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch. Damals im Osten Mitteldeutschland-1945 bis heute. <http://www.ddr-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Zeit des Zugriffs: 22.04.2008. S. 130.

auch die moralischen Grundhaltungen unterliegen
wobei die Treue ist zwar ein wichtiger Wert, doch die

Norm, eine Lebensgemeinschaft auf Dauer einzugehen, hat sich gelockert.

Die Ansprüche an die Qualität einer Partnerschaft sind dagegen gestiegen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass inzwischen etwa 40 Prozent der Ehen, die in den vergangenen Jahren geschlossen wurden, wieder geschieden werden. Eine erneute Heirat oder Partnerschaft ist die Regel. So ist auch die Zahl der unehelichen Geburten angestiegen: In Westdeutschland wird gut ein Fünftel, in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Kinder unehelich geboren.

Eine Folge dieses Wandels ist die Zunahme der Stieffamilien und der Alleinerziehenden: ein Fünftel aller Gemeinschaften mit Kindern sind Alleinerziehende, und dies sind in der Regel allein erziehende Mütter. Auch die innerfamiliären Verhältnisse haben sich in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt. Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind oft ausgesprochen gut und werden meist nicht mehr durch Gehorsam, Unterordnung und Abhängigkeit, sondern eher durch Mitsprache und Gleichberechtigung, durch Unterstützung, Zuwendung und Erziehung zur Selbstständigkeit geprägt.¹

Die Entlastung von häuslichen Pflichten durch öffentliche und betriebliche Einrichtungen für die Kinderbetreuung und der Ausbau des Dienstleistungsnetzes haben viele Familienaufgaben überflüssig gemacht. Bereits 1950 wurde Frauen in der DDR das Recht eingeräumt, jederzeit einen Beruf auszuüben.

In den Medien wurden neben dem Anspruch der Frauen auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente auch die positiven Auswirkungen ihrer Erwerbsarbeit auf die Familienbeziehungen sowie auf das Verhältnis zwischen Familie und Gesellschaft propagiert.

1- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch. Damals im Osten Mitteldeutschland-1945 bis heute. <http://www.ddr-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Zeit des Zugriffs: 22.04.2008. S. 131.

DDR von 1966 trug den Ehegatten auf, ihre
u gestaltenö dass die Frau ihre berufliche und
gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann.”¹ Diese
Forderung wurde bis zum Ende der DDR in unzähligen Varianten wiederholt,
ohne dass sich die häusliche Arbeitsteilung entsprechend änderte.

Eine gegenläufige Entwicklung war in den 50er und 60er Jahren in der
Bundesrepublik zu verzeichnen. Die familienrechtlichen Festlegungen gingen an
der Realität vorbei, in dem sie die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen als
Ausnahme behandelten. Es blieb der Anspruch verhaftet, eine verheiratete Frau
habe den häuslichen Pflichten absolute Priorität einzuräumen. Der
Bundesgerichtshof befand noch 1968: *„Bricht eine Frau ihr vor der Heirat
gegebenes Versprechen, ihren Beruf aufzugeben und sich künftig ganz dem Mann
zu widmen, so kann darin ein Scheidungsgrund liegen”*. ²

Die Rollenbilder, die sich in den 60er Jahren in einer Reihe von Umfragen und
Untersuchungen abzeichneten, waren entsprechend diffuse. Weibliche Lehrlinge
und Abiturienten befürworteten einerseits zwar eine qualifizierte Ausbildung,
lehnten andererseits aber die Berufstätigkeit von Ehefrauen mehrheitlich ab und
hielten eine Vereinbarkeit von Mutterpflichten und Erwerbsarbeit erst recht nicht
für möglich.

In den folgenden zwei Jahrzehnten, den 70er und 80er Jahre, waren in beiden
Staaten Neuorientierungen in der Frauen- und Familienpolitik zu verzeichnen. In
der DDR wurde das Recht der Frau auf allseitige *„Entfaltung ihrer
Persönlichkeit”* praktisch zur Pflicht erklärt. Der stetige Ausbau staatlicher
Einrichtungen zur Kinderbetreuung ermöglichte allen Müttern volle
Erwerbstätigkeit. In mehreren Stufen wurde die Frauen- und Familienförderung
zwischen 1972 und 1986 systematisch ausgebaut.

1- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*,
Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 384.

2- Ebenda, S.384.

n waren unter anderem Arbeitszeitverkürzung, teilzeitbeschäftigte Mütter mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren, bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder, erweiterter Mutterschutz, Geburtenbeihilfen, ein bezahltes Babyjahr bei Fortdauer der Betriebszugehörigkeit, und Sonderregelungen für Mütter in Ausbildung und Studium sowie Alleinerziehende. Während sich die Quote der teilzeitbeschäftigten Frauen im Jahre 1989 kaum änderte, arbeiteten immer noch 27% aller weiblichen Erwerbstätigen verkürzt.

Als Anfang der 80er Jahre ein neuer Rückgang drohte, wurde die Dreikinder-Familie als gesellschaftliche Norm propagiert. Bei der Geburtenrate ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Insgesamt erreichte die Familienförderung in der DDR einen beachtlichen Stand. Unter Hinweis auf das Fortwirken historisch überkommener Arbeitsteilung wurde Frauen- und Familienförderung als untrennbare Einheit dargestellt. In der Bundesrepublik trat am 1. Juli 1977 eine umfassende Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft, mit der das offizielle Leitbild der *„Hausfrauenehe“* aufgegeben wurde.

Im Handbuch zur deutschen Einheit heißt es: Beide Ehegatten sind *„berechtigt, erwerbstätig zu sein und haben bei der Wahl und Ausübung einer Erwerbstätigkeit auf die Belange des anderen Ehegatten und der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.“*¹

In diesem Zusammenhang darf es aber nicht übersehen werden, dass es bis heute vielfach an den erforderlichen Rahmenbedingungen fehlt - zum Beispiel in der Kleinkindbetreuung-, um von dieser Gestaltungsfreiheit auch Gebrauch machen zu können. Seit 1986 haben Mütter oder Väter, die ihr Kind überwiegend selbst betreuen, Anspruch auf Erziehungsgeld *„maximal 600 DM pro Monat, das zurzeit (1998) einkommensabhängig bis zu zwei Jahre gezahlt wird.“*

1- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 384.

Erziehungsurlaub für erwerbstätige Mütter oder
die Teilzeitarbeit bis zu 19 Wochenstunden ist
während dieses Urlaubs möglich ¹

In den allgemeinbildenden Schulen scheint die Forderung nach Chancengleichheit erfüllt, ja sogar überfüllt zu sein. Weibliche Jugendliche haben im Durchschnitt die besseren Zensuren und erwerben häufiger den Realschulabschluss oder machen das Abitur. Doch in der beruflichen Ausbildung, im Studium sowie in der anschließenden Tätigkeit sind offene oder verschleierte Benachteiligungen nicht zu übersehen.

Sie lassen sich letztlich darauf zurückführen, dass den Geschlechtern unterschiedliche Bereiche zugeordnet werden.

Die vorrangige Zuständigkeit der Frau für den privaten Bereich, für das Wohlergehen von Mann und Kindern, mindert prinzipiell ihre Aussichten auf Chancengleichheit außerhalb des Hauses. Sogar bei gleicher Arbeitszeit, Qualifikation und Beschäftigungsdauer, verdienen weibliche Mitarbeiter nicht selten weniger als männliche. Das große Interesse am Lehramt hängt beispielsweise nicht zuletzt damit zusammen, dass viele Teilzeitstellen angeboten werden und nach einer mehrjährigen Beurlaubung aus familiären Gründen für Beamtinnen die Wiedereinstellung garantiert ist.

Für die westdeutsche Frau ist die Situation die folgende: Mehr als die Hälfte aller Lehrerinnen sind teilbeschäftigt. Halber Unterricht bedeutet halbes Gehalt und entsprechend weniger Rente beziehungsweise Pension, deswegen sind die Aufstiegschancen empfindlich eingeschränkt. Modelle für eine Kombination von Teilzeitarbeit und Führungsaufgaben gibt es sowohl im öffentlichen Dienst als auch hier und da in der Wirtschaft.

1- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 385.

haltung der Teilzeitarbeit werden die bestehenden
eher noch verfestigt Die negativen Folgen
traditioneller Rollenerwartungen berühren den gesamten Bereich von Ausbildung
und Beruf.

3.2. Zum Sozialleben : Familienpolitik, Erziehungsgeld und Steuer.

In diesem Unterkapitel werden wir klar machen, wie die Arbeit in der kommunistischen Gesellschaft nicht eine Ausbeutung sondern Erfüllung jedes Einzelnen ist, und wie die Arbeiterin dank Familienpolitik, Erziehungsgeld und Kindergeld ihr Bedürfnis nach menschlicher Selbstverwirklichung befriedigen kann. Mit der Auflösung des Privateigentums wird die Familie im Sozialismus eine neue Qualität erlangen, und darin wird die Frau eine neue Stellung gewinnen. Durch die Einrichtung zentraler Küchen, Zentralwaschanlagen und Zentralreinigungsanstalten, sowie die technischen Ausstattungen der Haushalte soll die Realisierung der gleichberechtigten Stellung der Frau auch in der Ehe und Familie ermöglicht werden. Beruhend auf dem Marxismus-Leninismus und in der Tradition der Arbeiterbewegung wurde ein Programm zur Gleichberechtigung der Frau durch ein größeres politisches Engagement verwirklicht werden. Die Haushaltsführung und die Kindererziehung werden Teil der gesellschaftlichen Angelegenheiten und die Familie dadurch frei für den gesellschaftlichen Produktionsprozess.

Als Familienpolitik bezeichnen wir politische Maßnahmen, die Einfluss auf den Lebenszusammenhang und die Lebensführung von Familien nehmen; die armutspolitisch, bevölkerungspolitisch, frauenpolitisch oder kinderpolitisch begründeten Interventionen des Staates, die Wirkungen auch auf die Familie haben. Die Begründung staatlicher Familienpolitik ist das Interesse des Staates an den Leistungen der Familie.

...den heute die Staaten die höchsten Geburtenraten,
...tionen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
eröffnen. Die staatlichen Maßnahmen, mit denen faktisch Einfluss auf das
Familienleben genommen wird, lassen sich vier Interventionsformen zu ordnen:

- 1- Einer rechtlichen Interventionsform, die Maßnahmen und Regelungen z B :
im Familienrecht oder Sozialrecht umfasst, die den rechtlichen Status der
Familienmitglieder beeinflussen,
- 2- Einer ökonomischen Interventionsform, die Maßnahmen bezeichnet, die die
wirtschaftliche Lage der Familien betreffen (der sogenannte
Familienlastenausgleich),
- 3- Einer ökonomischen Interventionsform, unter die jene Politische Maßnahmen
fallen, die die sozialen und räumlichen Umweltbedingungen der Familien (bzw.
ihrer Mitglieder) gestalten, zum Beispiel lokale Angebote sozialer Dienste,
Kindergarten, aber auch Wohnungsbauförderung und Wohnumfeldpolitik,
schließlich einer
- 4- Pädagogischen Interventionsform, die Maßnahmen mit Bildungs- und
Beratungscharakter bezeichnet, mit denen soziale und personale Kompetenzen
und Qualifikationen der Familienmitglieder gefördert werden sollen.¹ Die
wichtigsten finanziellen Transfers zugunsten der Familien sind das Kindergeld
und das Erziehungsgeld.

Der weitaus größte Teil der monetären Transfers entfällt jedoch auf die
fiskalische Privilegierung der Ehe durch das " Ehegattensplitting " im
Steuertarif.

Kindergeld wird für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr (in bestimmten Fällen
auch länger) gezahlt und staffelt sich nach der Zahl der Kinder. Bei Familien, bei
denen aufgrund niedrigen Einkommens keine Steuern anfallen, wird eine
Kinderzulage als Negativsteuer gewährt.

1- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg
Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S.223 und 224.

grundsätzlich eine Lohnersatzleistung für die Frauen
eines Kindes ihre Berufsarbeit aufgeben oder auf
maximal 19 Stunden pro Woche beschränken; es wird jedoch auch Frauen
gewährt, die nicht im Erwerbsleben stehen.

Nach einer bestimmten Anzahl von Monaten wird das Erziehungsgeld der
Einkommenslage der Familie entsprechend gekürzt. Erziehungsurlaub wird
mittlerweile Müttern und Vätern gewährt. Wohngeld und die staatliche
Wohnung, Bauförderung, sollen Familien helfen.

3.2.1. Zum sportlichen Leben in der DDR

Im Mittelpunkt dieses Unterkapitels stehen Erörterungen über die sportliche
Erziehung, kurz über alles, was den Sport betrifft. Nach der Entstehung der
Deutschen Demokratischen Republik, musste jeder Nachwuchssportler
gesellschaftliche Aktivitäten für den Staat nachweisen können. Die
Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend FDJ war für alle Schüler Pflicht.
*“Die ideologische Indoktrination sollte dafür sorgen, dass aus den Sporttalenten
linientreue Repräsentanten ihres Systems würden.“*¹ Aber aus einer Durchsicht
der neuen Quellen ergab sich für uns, dass schon seit Jahren in der DDR-
Bevölkerung eine zunehmende Tendenz besteht, den Sport weniger in den
gesellschaftlichen Organisationen wie FDJ als vielmehr selbstständig mit der
Familie, mit Freunden und Bekannten oder allein zu treiben. Das widerspricht
der Zielsetzung der sozialistischen Einheit Deutschlands, die im staatlich
organisierten Sportbetrieb ein wirksames Mittel zu kontrollierter Beschäftigung,
zu Disziplinierung und zu sozialistischer Erziehung sieht.

In den Schulen gilt Sport seit Beginn des Schuljahres 1953/54 als Hauptfach.
Bereits in Kindergärten werden der Körpererziehung zwei Stunden in der Woche
eingeräumt.

1- Knopp, Guido: Goodbye DDR. Bertelsmann Verlag, München 2005. S. 136.

In den Hoch- und Fachschulen sind die Studenten wöchentlich zwei Stunden an der öStudentischen Körpererziehung teilzunehmen und diese am Ende erfolgreich abzuschließen.

Die Funktion des Spitzensports ist wie folgt zu erklären: Höchstleistungen im Sport bedeuten Prestige für SED und DDR und die Spitzenathleten sollen die Überlegenheit des sozialistischen Systems demonstrieren, vom Leistungswillen des öDDR-Staats-Volkesö zeugen. Am Schluss können wir sagen, dass die Erziehungö sozialistischer Persönlichkeitenö in der DDR eine weitere wichtige Funktion des Spitzensports war. 1

3.2.2. Zum Alltagsleben

Bei Begegnungen zwischen Bürgern der DDR und der BRD insbesondere bei Verwandtenbesuchen hier oder drüben, führen die Gespräche auffallend häufig zu Vergleichen über Löhne und Gehälter, über Preise, Warenbeschaffung, und Warenqualität, sie berühren also sehr praktische, konkrete Fragen aus dem Alltagsleben der Menschen.

Ein Phänomen wie die westliche öWegwerfmentalitätö ist in der DDR ebenso unbekannt wie der Verdruss über einen angeblichen *“Konsumterrorö*. Diese Beobachtungen gelten heute noch ebenso wie vor zehn oder zwanzig Jahren, wengleich in dieser Zeit auf allen den Lebensstandards kennzeichnenden Gebieten, z.B. Einkommen, Verbrauch und Versorgung.

Bei einer Umfrage in Berlin-Ost, deren Ergebnisse als symptomatisch für die ganze Bevölkerung der DDR gelten können, erklären die Befragten, für ein erfülltes Leben, sei es unverzichtbar *“ eine glückliche Familie zu besitzen, einen ausfüllenden Beruf und eine gute Wohnung zu habenö*.2

1- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 226.

2- Ebenda, S.244.

er Wohnverhältnisse wird von der Regierung der

3.2.3. Zur Sozialen Sicherung

Die Sozialpolitik ist die Gestaltung von Einflussnahme auf alle Aktivitäten, die dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine freie gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden und auszugleichen.

Das sowjetische Modell tritt in den Organisationsformen des Gesundheitswesens. Diese Integration ist Ausdruck der marxistisch-leninistischen Ideologie, die Gesundheit und Krankheit nicht als persönliche Angelegenheiten der Bürger betrachtet, sondern in der Gesundheit der Menschen ein Gut sieht, an dessen Erhaltung und Förderung der Staat ein legitimes Interesse hat.

Die DDR bekennt sich zum Prinzip des klassenlosen Krankenhauses; es gibt daher keine Einteilung in Privat- und Kassenpatienten, auch nicht die Möglichkeit, sich durch Höherversicherung oder durch Zuzahlung gewisse Annehmlichkeiten z.B. Unterbringung in einem Einzelzimmer zu erkaufen.

Kennzeichnend für die Organisation der sozialen Sicherung ist die starke Zentralisierung. Den Kern des Systems bildet die Sozialversicherung. Sie ist im Grundsatz eine Pflichtversicherung und besteht aus zwei Trägern, der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (89% der Bevölkerung gehörten ihr 1985 an) sowie der für Selbstständige und Genossenschaftsmitglieder (11%), Krankheit, Unfall und Rente sind bei ihnen zusammengefasst.

1- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 230.

Es gibt es eine freiwillige Zusatzrentenversicherung, die seit 1971 besteht. Sie gewährleistet eine höhere Versorgung im Renten- und Krankheitsfall sowie bei Mutterschaft.

Die freiwillige Zusatzrentenversicherung wird in der DDR offiziell zusammen mit der Pflichtversicherung als Einheit angesehen. Für eine Reihe von Personengruppen existieren außerhalb der Sozialversicherungen Zusatz- und oder Sondersversorgungseinrichtungen. Einige Sozialleistungen gehen direkt zu Lasten des Staatshaushaltes (zum Beispiel: Kindergeld, Sozialfürsorge). Die wichtigste Barleistung der Betriebe im sozialen Bereich war bis 1977 der Lohnausgleich im Krankheitsfall, mit dem in den ersten sechs Wochen das Krankengeld von der Sozialversicherung aufgestockt wurde. Im Jahre 1978 ging die Absicherung im Krankheitsfall ganz auf die Sozialversicherung über.

Die Mutterschafts- und Familienleistungen sind in der DDR gut ausgebaut. Versicherte erwerbstätige Frauen erhalten bei Mutterschaft einen Schwangerschaftsurlaub von sechs Wochen vor der Niederkunft und einen Wochenurlaub von zwanzig Wochen nach der Entbindung.

Für diese Zeit besteht Anspruch auf Geldleistungen der Sozialversicherung in Höhe des letzten durchschnittlichen Nettoverdienstes. Die Fristen sind im Laufe der Zeit mehrmals verlängert worden. Nach Ablauf der 26 Wochen können Mütter für das erste und zweite Kind bis zum Ende des zwölften Lebensmonats des Kindes eine bezahlte Freistellung von der Arbeit in Anspruch nehmen, für das dritte und jedes weitere Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensmonats.

In begründeten Fällen wird seit neuestem anstelle der Mütter auch Väter oder Großmütter die bezahlte Freistellung gewährt. Die Frauen bzw. Väter oder Großmütter bekommen für diese maximal weiteren 32 bzw. 58 Wochen Mütterunterstützung in Höhe des Krankengeldes, das sie bei eigener Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit von der siebten Woche an erhalten würden. Von der bezahlten Freistellung machen über 90% der in Betracht kommenden Frauen Gebrauch. ¹

1- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 205.

, die aus allgemeinen Mitteln des Staatshaushaltes finanziert werden. Als Wichtigste sind zu nennen: Geburtenbeihilfen von 1000 Mark, Kindergeld- gestaffelt nach der Folge der Kinder- in Höhe von 50 bis 150 Mark im Monat für jedes Kind, Kredite für junge Eheleute, die nach der Geburt von Kindern teilweise erlassen werden (1000 Mark beim ersten, 1500 Mark beim zweiten Kind und weitere 2500 Mark beim dritten Kind); Mietbeihilfen und andere Zuwendungen für bedürftige kinderreiche Familien sind gewährleistet.

Mit der großzügigen Ausgestaltung der Mutterschafts- und Familienleistungen- insbesondere in den siebziger Jahren- verfolgt die DDR weitere Ziele: Einmal erforderte die Arbeitskräfteknappheit und das Streben nach Gleichberechtigung (wirtschaftliche Unabhängigkeit gilt als Voraussetzung dafür) eine möglichst vollständige Erwerbsbeteiligung der Frauen, andererseits wird ein hohes Geburtenniveau als wünschenswert angesehen.¹

In den sechziger und siebziger Jahren gab es in der DDR mehr Arbeitsplätze als Arbeitskräfte, das Problem der offenen Arbeitslosigkeit stellte sich also praktisch nicht. Es war für Deutschland notwendig die Renten im Osten mit der Verwirklichung der Sozialunion zum 1. Juli 1990 um 24% zu erhöhen, und trotzdem sind noch Auffüllbeträge vorzusehen, um das Sozialhilfeniveau von 495 DM zu erreichen.

3.3. Zum öffentlichen Leben

Es geht in diesem Unterkapitel um die Frage der Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, um ihren gleichberechtigten Zugang zu Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei ist es kein Geheimnis, hier waren und hier sind Defizite, wenn es um die tatsächliche Umsetzung der Gleichberechtigung geht.

1- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 206.

der alten öBundesrepublikö noch in der DDR
hr Anteil an Führungspositionen war in beiden
Teilen Deutschlands gering, die traditionellen Rollenvorstellungen haben sich in
Ost wie in West hartnäckig gehalten. Auch der hohe Grad der Erwerbstätigkeit
der Frauen in der DDR kann nicht als Maßstab für wirkliche Gleichberechtigung
genommen werden, obwohl diese staatlich verordnet war und obwohl die Männer
sogar zur partnerschaftlichen Aufgabenübernahme im Haushalt gesetzlich
verpflichtet waren. Frauen im Osten mussten Mehrfachbelastung in Beruf und
Familie ebenso tragen wie die westdeutschen Frauen.

In seiner Rede vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen rügte Erich
Honecker am 6. Februar 1987 die geringe Anzahl weiblicher Parteifunktionäre
und nannte die Beteiligung der Frauen an der Führung von Staat und Wirtschaft
“ *mehr als bescheiden*“. In allen Bereichen gelte es öFrauen bis in
Spitzenfunktionen einzusetzenö

In aller Regel stellt die DDR die Gleichberechtigung von Mann und Frau als eine
ihrer größten Errungenschaften heraus. Die Verwirklichung gleicher Chancen,
gleicher Rechte, Partnerschaft und Teilhabe ist deshalb auch weniger eine Frage
von Gesetzen, sondern mehr eine der inneren Einstellung.

Die sozialistischen Staatsführer sind überzeugt davon, dass
Gleichberechtigung eine Voraussetzung zur Stärkung der Demokratie ist. Wer
Demokratie mit Leben füllen und stärken will, der muss auch dafür sorgen, dass
Frauen ihren gleichberechtigten Platz in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft
und Wirtschaft einnehmen können, meinen sie. Nach der Wende fürchten die
Frauen, in dieser Umbruchphase ins Abseits gedrängt zu werden, besonders in
den neuen Bundesländern.

und neue Impulse in die Gleichberechtigungspolitik
die Grundgesetzänderung 1994, mit der sich der
Staat selbst besonders in die Pflicht genommen hat.

„Neben diesen rechtlichen Verbesserungen muss der gesellschaftliche Dialog zur Gleichberechtigung kontinuierlich fortgesetzt werden. Wir kommen nur weiter, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen, alle Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft, und Gesellschaft, aber auch jede einzelne und jeder einzelne sich daran beteiligen.

Arbeitslos zu sein oder von Arbeitslosigkeit bedroht zu sein, stellt für die betroffenen Frauen eine enorme Belastung dar. Erwerbstätigkeit, eigenes Geld, eigene Altersversorgung sind heute für viele Frauen fester Bestandteil ihrer Lebensplanung“¹.

In den sechziger und siebziger Jahren nahm die Präsenz Westdeutscher Frauen in den Parlamenten und Regierungen allmählich zu. Der Anteil weiblicher Bundestagsabgeordneter stieg von 15,4% 1987 über 20,5% 1990 und 26,3% 1994 auf 30,9% 1998. Diese positive Entwicklung ist auf eine Reihe einander bedingender beziehungsweise verstärkender Faktoren zurückzuführen; dazu zählen unter anderem: Der außerparlamentarische Druck und die Bemühungen der Parteien um ein frauenfreundlicheres Image zu erreichen.

Der in den 80er Jahren begonnene öffentliche Diskurs über die Gleichberechtigung der Geschlechter, in den Standpunkte und Forderungen von Parteien, Gewerkschaften und Frauenverbänden einfließen, hat zu einer allmählichen Bewusstseinsveränderung wesentlich beigetragen. Insbesondere seit die Grünen 1986 eine Frauenquote von 50% für alle Wahlämter einführten, wurde die Frage, wie eine angemessene Vertretung von Männern und Frauen in der Politik zu realisieren sei, kontrovers diskutiert.

¹- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 12.

wurde vielen bewusst, wie ungleichgewichtig die Gleichstellung ist. In den Kommunen gab es 1995 rund 1400 Gleichstellungsstellen. Die Frauenförderung im öffentlichen Dienst regeln Gleichstellungsgesetze. Unter anderem soll der Anteil weiblicher Bediensteter in den höheren Laufbahnen gesteigert werden. Diskriminierung wegen des Geschlechts unterbunden, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz geahndet, sowie die Harmonisierung beruflicher und häuslicher Aufgaben durch flexible Arbeitszeiten und unbezahlte Beurlaubungen für Frauen und Männer werden erleichtert.

Einige Regelungen des 2. Bundesgleichberechtigungsgesetzes von 1994 gelten auch für die freie Wirtschaft: Stellen müssen grundsätzlich alternativer Weise für Männer oder Frauen ausgeschrieben werden, und auch beim beruflichen Aufstieg ist eine Benachteiligung wegen des Geschlechts untersagt.

Sowohl eine aktive Frauenförderung als auch die in jüngster Zeit zunehmende Präsenz von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens kann dazu beitragen, die Politikverdrossenheit abzubauen. Sie müssen ermutigt werden, innerhalb von Parteien und sonstigen Interessenvertretungen zu einem Abbau der männlich geprägten Organisationsstrukturen beizutragen und ihren Forderungen Geltung zu verschaffen¹ Der 11. Deutsche Bundestag von 1987 bis 1990 hatte mit 15,4% die bis dahin höchste Frauenquote. In den Länderparlamenten variierten die Anteile Ende der achtziger Jahre zwischen 9,6 und 29,1%. Von 12,5 auf 19,3% stieg zwischen 1985 und 1990 die durchschnittliche Quote von Mandatsträgerinnen in den Kommunen.²

- 1- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 391.
- 2- Helwig, Gisela: *Frauen in der Bundesrepublik und der DDR*. Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, 1998, S. 30.

Frauenbewegung förderte seit Beginn der siebziger Jahre Gleichberechtigung und versteckte Diskriminierungen. Die Medien spiegeln das Meinungsspektrum wider und trugen so dazu bei, das Geschlechterverhältnis zu einem beachteten gesellschaftlichen Thema zu machen. Im Bezug auf Ausbildung und Beruf hat die DDR ohne Zweifel große Anstrengungen unternommen, um für beide Geschlechter gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Bereits seit einer Reihe von Jahren sind jeweils rund die Hälfte aller Erwerbstätigen, Lehrlinge, Abiturienten und Studenten weiblich.

In Führungspositionen allerdings sind Männer nach wie vor erheblich überpräsentiert. Das gilt für die Wirtschaft wie für die Politik. Angeblich wird in Industrie und Landwirtschaft jede fünfte, in der staatlichen Verwaltung jede vierte Leitungsfunktion von einer Frau wahrgenommen. In den Parlamenten der DDR waren die Frauen von Anfang an stärker vertreten als in der BRD.

In der SED macht der Anteil weiblicher Mitglieder rund ein Drittel aus. Dem Zentralkomitee gehören jedoch nur 9,7% Frauen als Vollmitglieder (17,5% als Kandidatinnen) an; und im Politbüro, dem Machtzentrum der Partei, hat es lediglich zwei Kandidatinnen, aber noch nie ein weibliches Vollmitglied gegeben. Margot Honecker¹, zuständig für Volksbildung, war die einzige Frau im Ministerrat der DDR.

Sind die gleichen Rechte und Pflichten für Mann und Frau in allen Lebensbereichen mit derselben Konsequenz angestrebt worden? Die traditionellen Aufgaben der Frau wurden zugunsten ihrer Teilnahme am Produktionsprozess in den Hintergrund gedrängt. So gilt in der Gesellschaftstheorie des Marxismus-Leninismus die Teilnahme an der materiellen Produktion als entscheidender Faktor der Persönlichkeitsentwicklung.²

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Margot Honecker.

2- Bedürftig, Friedmann: Die DDR / Daten / Fakten / Analysen, Plötz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet-Verlag, GmbH, Köln, 2003, S. 197.

kann aus dieser Sicht erst dann erreicht werden, wenn sie in Erwerbsleben einbezogen und finanziell unabhängig sind.

Das seit April 1966 gültige Familiengesetzbuch der DDR orientiert sich an der Ehe als lebenslanger Gemeinschaft, die ihre “*volle Entfaltung*” und “*Erfüllung*” durch die “*Geburt, die Erziehung der Kinder*” erfährt. ¹ Laut Präambel soll das Familiengesetzbuch allen Bürgern helfen, ihr Familienleben zu gestalten. Bereits wenige Jahre nach Inkrafttreten des Familiengesetzbuchs, mussten Experten einräumen, dass der Abstand zwischen dem dort skizzierten Leitbild und der Wirklichkeit eher grösser als kleiner geworden war.

Das Verhalten vieler Ehepartner hat sich in drei wichtigen Bereichen entwickelt:

- Immer mehr verheiratete Frauen und Mütter gingen von Vollbeschäftigung zu Teilzeitarbeit über.
- Die Geburtenrate sank rapid.
- Die Zahl der Scheidungen nahm kontinuierlich zu.²

Die folgende Tabelle möge zur Verdeutlichung der Zahlen der Scheidungen in den siebziger und achtziger Jahren dienen:

Tabelle 4

Scheidungen an 1000 Einwohner

1970	1975	1980	1985
1,6%	2,5%	2,7%	3,1%

1- Textor, Martin: Kinderkrippen, Notwendigkeit, Verbreitung, Entstehung. Aus sozialpädagogisches Forum in der KEG, SGB VIII- Online-Handbuch, 2000. <http://www.martin-textor.de.Sponsoren>. S. 373. Zeit des Zugriffs: 06.05.2009.

2- Ebenda, S. 373.

, 1 Prozent in der Volkskammer hat sich bis zum verdoppelt. Die Bezirks- und Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen erreichten zuletzt eine Frauenquote von rund 40 Prozent. Unter den elf Sekretären des Zentralkomitees der Partei gab es eine Frau verantwortlich für Frauenfragen. Im Politbüro, dem Entscheidungszentrum der SED, hat es nie ein weibliches Vollmitglied gegeben, nur Kandidatinnen ohne Stimmrecht. Dem Ministerrat gehörte zwischen 1968 und 1989 nur eine Frau an, und zwar Margot Honecker, zuständig für Volksbildung.

Sowohl an den Demonstrationen des Herbstes 1989 als auch an den einsetzenden öffentlichen politischen Diskussionen waren Frauen maßgeblich beteiligt. Autonome Frauengruppen wurden unter dem Dach der evangelischen Kirchen gebildet. Bereits seit Anfang der achtziger Jahre gab es auch Wissenschaftlerinnen, die ihre Vorstellungen ungehindert in die Debatte einbringen konnten.

Parteien und Bürgerbewegungen sowie der Ende 1989 gegründete Unabhängige Frauenverband trugen den auf gesellschaftliche Gleichstellung abzielenden Forderungen in ihren Programmen Rechnung.¹

Die Behauptung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht zu haben, gehörte in der DDR seit den siebziger Jahren zum Standardrepertoire der offiziellen Propaganda. Bereits 1963 hatte Walter Ulbricht², damals Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, vor der Volkskammer erklärt, in bezug auf die *“reale Emanzipation der Frau* “sei die DDR der Bundesrepublik Deutschland weit voraus.

In den Abiturklassen, im Studium und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung stieg der Frauenanteil deutlich schneller als im Westen und die Integration der Frauen in die Arbeitswelt wurde forciert.

1- Inge von Bönninghausen:Wissenschaftliche Vorträge: Frauen im öffentlichen Leben, Herausgeber: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn und Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin 1998, S: 31

2- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Walter Ulbricht.

auf den Entscheidungsebenen der Partei nur eine geringe Rolle. Ihr Einfluss gering. Das galt auch für den demokratischen Frauenbund Deutschlands DFD¹, dessen Führungsspitze in aller Regel vorbehaltlos die jeweilige Linie der SED vertrat. Eine offene Diskussion über die Vorbedingungen für Partnerschaft in allen Lebensbereichen war seitens der SED offensichtlich nicht gewünscht und konnte wegen der rigiden Zensur auch nicht über die Medien zustande kommen.

Man findet die Frauen in den sogenannten Weichenpolitikbereichen, wo die männliche Konkurrenz schwächer ist, wie Soziales, Jugend, Gesundheit, Kultur oder Ökologie. Die Kommandos der Macht befinden sich aber eher auf den harten Feldern wie Wirtschaft, Finanzen, Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Wir meinen aber, dass auch solche Bereiche von Frauen erobert werden müssen.

3.4. Zum Beruf : Ausbildung, Arbeitszeit, Lohn und Hausarbeitstag.

In dem vorliegenden Kapitel wird der Versuch unternommen, die Wichtigkeit der Ausbildung für die Gleichberechtigung der Frauen zu erläutern und ihre Rückwirkung auf das berufliche Leben. In diesem Sinne wird über die Vorteile des Hausarbeitstages, eine historische Maßnahme, die der Vereinbarkeit von Berufs und Familienleben dient, die Rede sein.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten veränderten sich in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für die Lebensplanung weiblicher Jugendlicher in den 70er und 80er Jahren beträchtlich. Das gilt insbesondere für den Bildungsbereich. Während bereits in den 60er Jahren mehr Mädchen als Jungen die Abschlussprüfung an Realschulen erfolgreich absolvierten, lag ihr Anteil an den Abiturienten 1968 erst bei 39%. Damals hatten noch viele Eltern für ihre Töchter, die sie vornehmlich als künftige Ehefrauen und Mütter sahen, eine ömittlereö Bildung für ausreichend gehalten.

1- Siehe Anhang: DFD.

...ich kontinuierlich. Seit Mitte der 80er Jahre liegt
...bei über 50%. An den Hochschulen stieg die
Quote der Studentinnen von 25% auf 38,3% im 1990. Mitte der 90er Jahre betrug
sie in den alten Bundesländern gut 40% in den neuen 46%.

Die Wahl von Ausbildungsplatz oder Studienfach verlief allerdings auch weiterhin geschlechtsspezifisch. Schulabgängerinnen entschieden sich zum größten Teil für sogenannte Frauenberufe deswegen bildeten Studentinnen an den Universitäten in den technischen Fachbereichen eine kleine Minderheit. Während in der BRD Ende der 80er Jahre rund 50% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig waren, erreichten die Frauen in der DDR eine Beschäftigungsquote von 78,1% - einschließlich derjenigen, die sich noch in der Schul- bzw. Berufsausbildung befanden, betrug die Quote 1989 sogar 91,2%. In den Altersgruppen bis zu 40 Jahren gab es in bezug auf die Qualifikationsstrukturen- Facharbeiter-, Fachschul-, Hochschulabschluss-, praktisch keine geschlechtsspezifischen Unterschiede mehr.

Ab Mitte der 70er Jahre gewann die Unterscheidung zwischen Frauen und Männerbereichen allerdings zunehmend wieder an Bedeutung denn sie wurde durch die Staatliche Berufslenkung gefördert. Aus einer erst nach der öWendeö veröffentlichten Studie des DDR-Instituts für Berufsausbildung geht hervor, dass Betriebe die Bevorzugung männlicher Mitarbeiter für bestimmte Tätigkeiten vorrangig damit begründeten, dass die Ausfallquote und die Fluktuationsrate bei Frauen wesentlich höher lagen.

In der DDR waren ebenfalls überdurchschnittlich viele Frauen im Dienstleistungssektor beschäftigt. In der Industrie lag die Quote allerdings bedeutend höher als im Westen. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, von dem insbesondere auch Bereiche mit überwiegend weiblichen Belegschaften, - etwa in der Leichtindustrie- betroffen waren, hat die an kontinuierliche Erwerbsarbeit gewöhnten Frauen vor massive Probleme gestellt. ¹

1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 385.

Führungskräfte galt in der DDR als Tabuthema.

Die Bundesrepublik, wurde zum ersten und einzigen Mal in aller Deutlichkeit auf die geringen Aufstiegschancen von Frauen aufmerksam gemacht: *„In keinem anderen Bereich der Erwerbsarbeit war die soziale Benachteiligung der Frau so groß, einflussreiche Ämter und Bereiche mit Machteinfluss blieben ihnen fast völlig verschlossen.“*¹

In dem vereinten Deutschland waren Mitte der 90er Jahre gut 40% aller Beschäftigten weiblich, zwischen 1970 und 1996 stieg die Erwerbsquote der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren von 46 auf 55,5%, was vor allem auf die zunehmende Berufstätigkeit von Müttern zurückzuführen ist.

Seit Jahren bereits arbeiten in Westdeutschland zwei Drittel aller Frauen in nur zehn Berufsgruppen. Die meisten sind in Büros und im Handel tätig, wo auch im Gesundheit und Pflegebereich zwischen 1980 und 1996 viele neue Arbeitsplätze entstanden.

Vor allem Mütter kleiner Kinder und Ältere zählen dabei zu den Verlierern. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist seit 1991 durchgängig wesentlich höher als die der Männer, und das gleiche gilt in bezug auf Langzeitarbeitslosigkeit. Dabei sind Unterschiede in Ausbildung und Motivation heutzutage eher marginal.

Doch im Berufsalltag lassen sich offene oder verschleierte Benachteiligungen nicht übersehen. Sie sind letztlich darauf zurückzuführen, dass den Geschlechtern unterschiedliche Bereiche zugeordnet werden. Sogar bei gleicher Arbeitszeit, Qualifikation und Beschäftigungsdauer verdienen weibliche Mitarbeiter häufig weniger als männliche.

Die Tendenz, Männer generell zu bevorzugen, ist noch weit verbreitet. In gehobenen Positionen mit entsprechenden Einkommen sind Frauen stark unterrepräsentiert, auf den höchsten Ebenen der betrieblichen Hierarchien bilden sie eine kleine Minderheit.

1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 386.

...schulen beispielsweise, waren 1993 24% der
... doch nur 7% der Professoren weiblich. Bei den
hochdotierten Stellen, Professuren, betrug den Frauenanteil lediglich 4%.

Viel stärker als bei den Männern hängen die Chancen der Frauen von der jeweiligen Lage am Arbeitsmarkt ab. Am Beispiel der östlichen Bundesländer wird das besonders deutlich. Kontinuierliche Erwerbsarbeit war für Frauen in der DDR ein fester Bestandteil ihrer Lebensplanung. Doch schon bald nach der Wende mussten sie die bittere Erfahrung machen, dass sie in der Konkurrenz um knapp gewordene Ausbildung und Arbeitsplätze erheblich ins Hintertreffen gerieten.

Auf die unbarmherzige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die Konfrontation mit einem längst überholt geglaubten Rollenverständnis waren die Ostfrauen schlecht vorbereitet.

Das sozialpolitisch geförderte \ddot{o} Vereinbarkeitsmodell \ddot{o} hatte den Frauen in der DDR enorm viel abverlangt: Versorgungsmangel, unzureichendes Dienstleistungsangebot, zum Teil auch unbefriedigende Zustände in den staatlichen Kindereinrichtungen sowie die traditionelle Rollenzuweisung in der Familie erschwerten den Frauenalltag, belasteten die Gesundheit und ließen wenig Raum für Tätigkeiten jenseits Verpflichtungen, es war also wirklich nicht leicht.¹

Gleichzeitig sollte natürlich jede sich frei entscheiden können, für die Tätigkeit als Hausfrau, für die Mutterrolle oder für die Kinderlosigkeit, also auch andere Lebensmodelle wählen zu dürfen, ohne dadurch benachteiligt oder diskriminiert zu werden.

1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 387.

itstag, ein deutsches Frauensonderrecht

Der Hausarbeitstag hatte in den beiden Teilen Deutschland seine gemeinsame Wurzel. Bereits die Arbeitszeitordnungen des Kaiserreichs sahen seit 1891 einen vorzeitigen Arbeitsschluss für Frauen an den Arbeitstagen von Sonn- und Feiertagen vor. Diese Sonderregelung für Arbeiterinnen bildete gewissermaßen eine Vorstufe für den ein halbes Jahrhundert später eingeführten Hausarbeitstag.

Nachdem 1939 und 1940 das Reichsarbeitsministerium vor allem die Rüstungsindustrie aufgefordert hatte, den dort beschäftigten Frauen genügend Zeit für ihre häuslichen Verpflichtungen einzuräumen, wurde der Hausarbeitstag in die Freizeitanordnung von 1943 aufgenommen. Danach erhielten Frauen ſmit eigenem Hausstandö, sofern sie als ſdeutscheö und öarischeö Frauen zur öGefolgschaftö des Betriebes zählten und dort mindestens 48 Stunden in der Woche arbeiteten, einen bzw. wenn sie Kinder unter 14 Jahren zu versorgen hatten, zwei in der Regel unbezahlte Hausarbeitstage im Monat.

In mehreren Landtagen (Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg) brachten die Kommunisten in den Jahren 1946 bis 1948 Anträge zur Einführung des monatlichen bezahlten Hausarbeitstages ein. Diese Anträge wurden von den zuständigen britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden bestätigt.¹

Als die KPD²-Abgeordnete Frida Schärfer³ Anfang Januar 1948 in Hannover den Antrag ihrer Fraktion erläuterte, stellte sie den bezahlten Hausarbeitstag als dringende Notstandsmaßnahme dar.

- 1- Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994. Wallsteinverlag, Göttingen, 2002, S. 61.
- 2- Siehe Anhang: KPD.
- 3- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Frida Schärfer.

Sachse ¹ Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West² kann man diesbezüglich folgendes nachlesen: *„Allen diesen Frauen, die unter den heutigen anormalen wirtschaftlichen Verhältnissen überdurchschnittliche Leistungen vollbringen müssen, müssen wir dadurch helfen oder zumindest zu helfen versuchen, dass wir ihnen einmal im Monat einen bezahlten Hausarbeitstag geben, um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, sich ihre Mangelwaren zu besorgen, ihre Hauswirtschaft und ihre Wäsche in Ordnung zu bringen (...) der Beruf der Hausfrau unter den gegenwärtigen Bedingungen einer der schwersten Berufe ist (...) wenn zu der Berufsarbeit die Hausarbeit hinzukommt, dann ist der Stand der Hausfrau oder der berufstätigen wohl ganz besonders schwer.“* ¹

In der DDR wurde der Hausarbeitstag 1952 gesetzlich vereinheitlicht und zugleich den alleinstehenden Frauen ohne Kinder aberkannt. Die ostberliner Kolleginnen durften noch bis Ende 1991 allmonatlich ihren bezahlten Hausarbeitstag nehmen; es war eine selbstverständliche Praxis. Dieses Vorrecht hatte seit den Jahren der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) weiterbestanden, und war zum vertrauten Inventar der realsozialistischen Frauenpolitik geworden, bevor es in der ³ Nachwendzeit⁴ zu einem Symbol der gescheiterten ⁵ Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik⁶ der ehemaligen DDR wurde. Senatsangestellte nutzen ihren gewohnten Hausarbeitstag, solange es ihn noch gab, vorzugsweise freitags oder montags zur Verlängerung eines Wochenendes. Die westberliner Kolleginnen, die gelegentlich die Vertretung übernehmen mussten, quittierten die Gegenzeichnung der Antragszettel mit eher spöttischen als neidischen Bemerkungen. Hausarbeitstage kannten sie, wenn überhaupt, nur aus Erzählungen ihrer Mütter oder Tanten.² Die Sonderregelungen brachten ihnen im Vergleich zu den Kolleginnen mit westberliner Wohnsitz überwiegend Nachteile, vor allem geringere Bezahlung und längere Wochenarbeitszeiten, aber sie sicherten ihnen auch ein altes Privileg: Die ostberliner Kolleginnen durften noch bis Ende 1991 allmonatlich ihren bezahlten Hausarbeitstag nehmen.

1- Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994. Wallsteinverlag, Göttingen, 2002, S. 61.

2- Ebenda, S. 13.

ag bildete einen Brennpunkt, in dem sich wichtige politische Auseinandersetzungen- wie Fragen der Arbeitszeit- und Arbeitsschutzpolitik, der Lohnpolitik, des Ehe- und Familienrechts, der Kinderbetreuung und sozialen Dienstleistungen- bündelten. Er öffnet für die sozialhistorische Analyse einen spezifischen Blickwinkel, der es ermöglicht, die Arbeits- Geschlechter- und Sozialordnungen der beiden deutschen Staaten zu vergleichen. Gestritten wurde vor allem darüber wer ihn unter welchen Voraussetzungen erhalten sollte: sollten ihn nur Frauen oder auch Männer und gegebenenfalls welche Männer erhalten? Sollte er allen Frauen zustehen oder nur den Ehefrauen und Müttern? Sollte er grundsätzlich bezahlt werden oder nur, so die zeittypische Redewendung, wenn die Frau es wirklich nötig hat, arbeiten zu gehen?

Konnte der Hausarbeitstag für Frauen entfallen, wenn sie nur noch fünf Tage in der Woche arbeiteten, oder stand ihnen ebenso wie Männern der Samstag als zusätzlicher Erholungstag zu? Gab es nicht längst genügend technische Hilfsmittel in den Haushalten? Der Anspruch auf den Hauswirtschaftstag ist begründet, wenn voll gearbeitet wird. Ob die Arbeitnehmerin einen eigenen Hausstand hat oder nicht, ist unerheblich.

Zum Schluss lässt sich die folgende Hauptidee zusammenfassen: Die ostdeutschen arbeitenden Frauen haben von der Zeit Hitlers bis in den 90er Jahren von dem Hausarbeitstag profitiert, aber nach der Wende haben sie ihr damaliges Recht verloren.

on Beruf und Familie

Die Überlegung, wie Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren wären, spielt bei jungen Männern eine sehr untergeordnete Rolle, während junge Frauen mögliche Kollisionen bereits im Vorhinein durchspielen.

Mit anderen Worten: Berufswünsche werden häufig auf ihre Vereinbarkeit mit häuslichen Aufgaben abgeklopft.

Von den 1995 insgesamt 5,3 Millionen Teilzeitbeschäftigten waren 90% Frauen, zwei Drittel von ihnen hatten Kinder. Modelle für eine Kombination von Teilzeitarbeit und Führungsaufgaben gibt es sowohl im öffentlichen Dienst als auch hier und da in der Wirtschaft.

Ökonomisch schwierige Zeiten mit Massenarbeitslosigkeit treffen Frauen besonders hart. Unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation tendieren Frauen vor allem im Westen generell dazu, die alleinige Zuständigkeit und Verantwortung für Kinder zu übernehmen.

Eheschließungen sind seit Jahren stark rückläufig, und das durchschnittliche Heiratsalter steigt. 1991 waren 28% der Frauen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren verheiratet, 1996 nur noch 18%.

Berufstätigkeit ist für junge Frauen heute ein zentraler Aspekt ihrer Lebensplanung.

1996 veröffentlichte Studien des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigen das Folgende: An der von 1989 bis 1993 durchgeführten Erhebung waren Frauen der Jahrgänge 1963 bis 1973 aus je einer ländlichen, kleinstädtischen und großstädtischen Region Bayerns und Sachsens beteiligt, zwei Drittel der Frauen wünschten sich Kinder, wollen die Berufstätigkeit aber nur kurz unterbrechen.

Nach einer bundesweiten Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts von Ende 1996, sind die Frauen in den neuen Bundesländern stärker aufstiegsorientiert als

während in Osten 21, 4% der Befragten angaben,
sehr wichtig, sagten dies im Westen nur 10%.¹

Die aus ökonomischen und ideologischen Gründen in der DDR forcierte Einbeziehung in den Erwerbsprozess brachte den Frauen zwar nicht dieselben Aufstiegschancen wie den Männern, aber finanzielle Unabhängigkeit und ein gestärktes Selbstbewusstsein. Im Westen dagegen hatten die Frauen schon wegen der unzulänglichen Kapazitäten der öffentlichen Kinderbetreuung große Probleme, Beruf und Familie auf einen Nenner zu bringen. Außerdem erlaubten die Öffnungszeiten von Kindergärten meistens nicht einmal eine reguläre Halbtagsbeschäftigung.

Was die Partnerschaft betrifft, hat insgesamt die gesellschaftliche Entwicklung mit der Emanzipation der Frauen nicht Schritt gehalten. Ihnen wird theoretisch zwar Chancengleichheit eingeräumt, aber es mangelt an den dafür notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.

Politik und Wirtschaft sind noch immer vorwiegend an männlichen Lebensplänen und Verhaltensmustern ausgerichtet. Die Einstellungen zur partnerschaftlichen Aufgabenteilung in Familie und Beruf bleiben bislang widersprüchlich, deswegen gibt es eine enorme Kluft zwischen verbal geäußerten Ansichten und tatsächlichen Verhalten.

In einer Umfrage von 1995 wurden auch Meinungen zur Wahrnehmung des Erziehungsurlaubs durch Väter erfragt: *„finde ich gut“* sagten im Westen 69% (im Osten 72%) der Männer und 71% (im Osten 73%) der Frauen. Bei der Spezifizierung (*„wenn sich die Frage bei ihnen in der Familie stellen würde“*) gingen die Prozentzahlen allerdings deutlich nach unten *„finde ich gut“* meinten nur 49% der Männer im Westen (53% im Osten) und jeweils der Frauen.

1- Inge von Bönninghausen: Wissenschaftliche Vorträge: Frauen im öffentlichen Leben, Herausgeber: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn und Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin 1998, S. 36.

studie, dass nicht einmal 1, 5% der Väter den
nahmen. 1

Es gibt weder Maßnahmen noch Förderungspläne, um Männer in den Bereichen von Haushalt, Kindererziehung und anderen öprivatenö Aufgaben verstärkt anzusiedeln.

Der dialektische Beitrag der Männerfrage zur Frauenbefreiung ist der offiziellen Politik bislang verborgen geblieben.²

3.6. Probleme des sozialen Wandels

Die vorliegenden Zeilen dieses Unterkapitel zeigen inwiefern die ostdeutschen Frauen die größten Verlierer der Vereinigung Deutschlands sind, sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt, seien sie jung oder erwachsen, ledig oder verheiratet.

Es herrscht eigentlich in der BRD eine Zuspitzung von Umverteilungskämpfen von rückläufigen Zuwachsraten, aber nicht ein realer Rückgang des Wirtschaftswachstums.

Die negativen Effekte der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft sind nicht bewältigt. Die neokonservativen Vertreterinnen in Politik und Wirtschaft verteidigen geradezu aggressiv die marktregulierenden Grundstrukturen dieser Gesellschaft und bemühen sich soziale Errungenschaften der Bundesrepublik in Frage zu stellen und abzuschaffen. 3

- 1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S.389.
- 2- Ebenda, S. 390.
- 3- Grün, Leopold, Hetzer, Susanne: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Boomark & Share Hausarbeiten.de GRIN Verlag, Berlin, August 1998, S. 14.

haben einen Teil des Gleichstellungsvorsprungs, möglichst hatte, eingebüßt. Frauen sind auf dem krisengeschüttelten Arbeitsmarkt stärker in Bedrängnis geraten als Männer. Wegen der erheblich schlechteren Wiedereinstellungschancen lagen ihre Arbeitslosenquote, die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Anteil unter den Langzeitarbeitslosen um 40% bis 100% höher als bei Männern, obwohl ihre Berufsneigung nach der Wende nicht etwa ab- sondern zugenommen hat.

1997 wurden 22% der Frauen im Vergleich zu 15% der Männer als arbeitslos registriert, von den arbeitslosen Frauen waren wiederum 14% bereits mindestens zwei Jahre ohne Anstellung. Sie weisen größere Abstiegsrisiken auf und sie haben doppelt so häufig wie Männer Statusverluste hinzunehmen.

Un- und Angelernte werden besonders häufig aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt; Lähmungserscheinungen und Handlungsschwäche, Sorgen, Ängste, Orientierungslosigkeit und Unzufriedenheit mit ihrer Situation nach der Vereinigung sind unter ihnen besonders weit verbreitet.

Auch die Bevölkerung auf dem Lande trifft der Umbruch besonders hart. Enorme Arbeitsplatzverluste im Agrarsektor sind zu erwähnen. In den strukturschwachen Agrargebieten fehlen häufiger als anderswo Beschäftigungsalternativen. Landfrauen sind von diesen Engpässen wiederum besonders betroffen.

Eine andere Problemgruppe bildet die Generation von Erwerbstätigen, die 1989 etwa 45 bis 55 Jahre alt waren. Für diese verlorene Generation kam der Umbruch gleichzeitig zu früh und zu spät; zu früh, weil sie noch nicht alt genug ist, um wie die Rentner- von der neuen Situation zu profitieren, und zu spät, weil sie nicht mehr jung genug ist, um erfolgreich in der Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze zu bestehen ¹

1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S. 691.

gen, die über höchstens 50% des
gewichtetes Nettohaushaltseinkommen pro Kopf),
verfügen, ist von 3,4% im Jahr 1990 auf 7,9% im Jahr 1995 gestiegen. Das
Armutrisiko trifft ins besondere die Gruppen, die es in der DDR nicht oder nicht
als Randgruppen gab wie Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Mütter,
kinderreiche Familien.

Die Ostdeutschen sind Opfer einer extremen Veränderung. Arbeit und
Freizeit, Familienleben und Freundeskreise, Politik und Kultur, die vielen
Kleinigkeiten des Alltags, aber auch die allgemeinen Normen und Werte, die
Lebens- und Zukunftsperspektiven haben sich rückartig und tiefgreifend
verändert. Die ungeheure Beschleunigung der sozialen Dynamik lässt sich hier
und da auch in Zahlen fassen.

Der Motorisierungsschub, den die neuen Bundesländer zwischen 1989 und
1992 erlebten, dauerte in der Bundesrepublik von 1970 bis 1984, also etwa
fünfmal so lange wie in den neuen Bundesländer. Geradezu beängstigend ist die
Geschwindigkeit, mit der die Tertiärisierungslücke geschlossen wurde; eine
Entwicklung, die in Westdeutschland 25 Jahre in Anspruch nahm, wurde
innerhalb von knapp drei Jahren nachgeholt.

Die Folgen waren enorme Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt, die die Menschen
zu extremer Mobilität gezwungen haben. Der dramatische Arbeitsplatzschwund-
im September 92 waren 37% der Arbeitsplätze von 89 weggebrochen- ist in der
Geschichte ohne Beispiel.

1990 hat sich die Arbeitsplatzmobilität (Arbeitsplatzwechsel- und Verlust)
gegenüber der durchaus hohen Dynamik in Westdeutschland, wo jährlich 20%
der Arbeitsplätze verlorengelassen, um knapp das Dreifache beschleunigt, der
Anteil der Berufswechseler beträgt das Doppelte.

Nur etwa jeder dritte war 1993 / 94 nicht auf dem Arbeitsplatz von 89
beschäftigt. Eine Analyse zur Arbeitsplatzdynamik in Sachsen-Anhalt in den
Jahren 1990 bis 1997 ergibt das folgende Bild: von allen Personen, die 1990 im
Berufsleben standen und 1997 das Alter von 65 Jahren noch nicht erreicht hatten,

dem Zeitraum ohne Inanspruchnahme von
und ohne längere Unterbrechung berufstätig, 39%
mindestens einmal arbeitslos, meist länger als ein Jahr.¹

Der Abbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und der staatlichen Hilfen für erwerbstätige Frauen haben die Doppelbelastung erhöht. Die Probleme am Arbeitsmarkt wirken auch auf die häusliche Arbeitsteilung zurück und verschärfen deren Geschlechtstypik.

Im Bildungssystem sind junge Frauen ebenfalls wieder stärker in die Defensive geraten. Mädchen gehören häufiger als Jungen zu den Verlierern beim Kampf um knappe Lehrstellen und verzichten auch häufiger als junge Männer auf die Aufnahme eines Studiums.

Im politischen Bereich konnten die ostdeutschen Frauen ihren Gleichstellungsvorsprung am besten behaupten, anders gesagt, sie sind weiterhin politisch interessierter und engagierter als westdeutsche Frauen und in den Parlamenten besser vertreten; so beträgt zum Beispiel der Frauenanteil unter den ostdeutschen Abgeordneten des derzeitigen Bundestages 39% gegenüber 31% unter den Westdeutschen.

Die Selbstmordrate ist allerdings nach der Wende gesunken. Sie lag in der DDR um 60% höher als in der Bundesrepublik, 1997 liegt sie dagegen nur noch um 40% über dem westdeutschen Niveau.

Abschließend kann man sagen, der neue Ost-West-Gegensatz in den Augen der Westdeutschen hat dieselbe Intensität erreicht wie der traditionelle Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; nach Meinung der Ostdeutschen ist er sogar noch stärker.²

1- Weidenfeld, Werner / Korte Karl-Rudolf Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999, S.692.

2- Ebenda, S.693.

Viertes Kapitel

DIE KINDERERZIEHERINNEN

ALS BEISPIEL

DER FEMINISTISCHEN DDR-GESELLSCHAFT

KINDERERZIEHERINNEN ALS BEISPIEL DER GESellschaft

In der vorliegenden Arbeit werden wir die soziale Lage und den sozialen Status der Kindererzieherinnen als Beispiel der weiblichen ehemaligen DDR-Gesellschaft untersuchen.

Wir werden eigentlich einen Versuch unternehmen, anhand von vorliegenden Daten, Literatur zum Krippenwesen der DDR und publizierten Berichten aus der Wendezeit, ein vorläufiges Bild über die unterschiedlichen Entwicklungen im Bereich des Krippenwesens in den beiden deutschen Teilstaaten zu skizzieren.

Wir werden also in diesem letzten Kapitel den Kern der ganzen Arbeit erreichen, weil es eine enge Beziehung zwischen Krippen und Berufstätigkeit der Mütter gibt.

Die ostdeutschen Kindererzieherinnen stehen in einem besonderen Kontext im bundesdeutschen Gebiet und sind weniger mit ihrem sozialen Status zufrieden. Um diese unbefriedigende Situation zu verstehen, ist es nötig die Geschichte und die Wurzeln der Kindererzieherinnen zu beleuchten.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten befinden sich die kommunistischen oder sozialistischen Frauen in einer völlig unterschiedliche Gesellschaft. Der Unterschied liegt nicht nur im Materiellen sondern auch in der Mentalitäten. Um die unterschiedliche Akzeptanz der veränderten Rollenbilder von „Kind“ und „Erzieherin“, der Umgang mit Bildungs-Curricula, die Schwierigkeiten bei der Aneignung neuartigen Wissens oder offener Lernhaltungen zu verstehen, ist es nötig das Ausbildungssystem der Vorschulerziehung in der DDR zu beleuchten. Wir werden die Berufsgruppe der ehemaligen Kindergärtnerinnen, jetzt Erzieherinnen, die speziell für die Bildung und Erziehung der bis sechsjährigen an pädagogischen Fachschulen der DDR ausgebildet wurden, untersuchen.

Frauen am Erwerbsleben war in der DDR politisch als einer der Gründe für den enormen Ausbau des Krippenwesens angesehen werden. So gibt der stellvertretende Minister für Gesundheitswesen, Schönfelder, Ende 1988 bezüglich seiner emanzipatorischen Einstellung kund: *„Die Krippenerziehung dient der Entwicklung und Erziehung der Kleinkinder ebenso, wie der Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit durch die Frauen und ihrer gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.“*¹

In diesem Zusammenhang gibt es eigentlich mehrere Motive für die Einrichtung von Krippen in der ehemaligen DDR, darunter der Versuch, die alte soziale Forderung nach gleichen Lebens- und Bildungschancen für alle Kinder auch für die frühe Kindheit zu realisieren, verbunden mit der Überzeugung, dass die Familie diese Aufgabe allein nicht lösen könne. Schönfelder behauptet weiter: *„Die Sorge und das Wohl der Kinder schließt in erster Linie ein, jedem Kind das gleiche Recht auf soziale Geborgenheit, auf eine glückliche Kindheit sowie auf hohe Bildung zu garantieren“*²

Die Krippen haben die Aufgabe, durch sorgfältige Pflege, durch fürsorgliche Betreuung und Erziehung die allseitige harmonische Entwicklung und die Gesunderhaltung der Kinder zu sichern. Damit leisten die Kinderkrippen ihren Anteil an der Realisierung des sozialistischen Erziehungszieles der Herausbildung entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten. Die Krippe kann und muss die Aufgaben der Familie (sozialistische Lehren) durch gezielte, planmäßige Pflege, Bildungs- und Erziehungsarbeit sichern.

- 1- Maiwald Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006. S. 159.
- 2- Hans-Joachim Laewen: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts München, Mai 1993. S. 6.

... mit Recht behaupten, dass das Prinzip der Arbeiterklasse sich in dem Begriff der führenden Rolle der Erzieherin im Erziehungsprozess in die Kleinkind-Pädagogik fortzusetzen scheint.

4.1. Gesellschaftliche Anerkennung in einem Bildungsberuf für Frauen

Der Kindergarten besaß eine hohe Relevanz im Bildungssystem der DDR und die Berufsgruppe der Kindergärtnerinnen bildete die unterste Qualifikationsstufe der sozialistischen Volksbildung.

Die Wichtigkeit dieser Instanz und die große Bedeutung, die man der kindlichen Entwicklungsphase zwischen drei und sechs Jahren zusprach, verlieh dem Beruf der Kindergärtnerinnen eine große Reputation und einen relativ hohen Sozialstatus, im Vergleich zum Berufstand westdeutscher Erzieherinnen. Die berufliche Rolle der Kindererzieherinnen war auch immer bei den Bürgern anerkannt und brachte ihnen den Respekt der Mütter und Väter ein.

Die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen zeigte sich auch in der Konzeption des Kindergärtnerinnenberufes als Vollzeitberuf. 1989 waren 48,9% der berufstätigen DDR-Bevölkerung Frauen und davon 1,76% Kindergärtnerinnen. ¹

Der Kindergärtnerinnenberuf wurde zum politischen Kampf der Arbeiterklasse und zwar, musste ein beharrlicher und konsequenter ideologischer Kampf geführt werden gegen Angehörige bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kreise, die noch sehr im bürgerlichen Denken befangen waren, um eine Ausbildung im antifaschistisch-demokratischen Sinne zu sichern und um Tendenzen einer sogenannten unpolitischen Erziehung im Kindergarten entgegenzuwirken.

1- Maiwald Annette: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006. S. 163.

den ehemaligen Ostblockstaaten war integraler
inistischer Ideologie; für die Verwirklichung der

klassenlosen Gesellschaft müssen deshalb Ehe und Familie abgeschafft und die
Erziehung der Kinder in die Hände des Staates gelegt werden.

4.2. Historische Entwicklung der Kinderkrippen

In diesem Unterkapitel geht es darum, die Entstehung und die Wurzel der
Kinderkrippen während des neunzehnten Jahrhunderts, des ersten und zweiten
Weltkrieges und nach der Teilung Deutschlands zu skizzieren. Die
wahrscheinlich erste Kinderkrippe wurde 1802 von Fürstin Pauline von Lippe-
Detmold¹ für 5 von der Brust entwöhnte Kinder bis zum zweiten Lebensjahr
eröffnet. Die Kinder wurden nur von Mitte Juni bis Ende Oktober und zwar von
06.00 Uhr bis 20.00 Uhr betreut, so dass ihre Mütter ungestört der Feldarbeit
nachgehen konnten.

Eine 5Bewahrschule6 für Kinder vom ersten Lebenstage bis zum fünften
Lebensjahr wurde 1819 unter Protektion der Prinzessin Alexandrine in Berlin
gegründet. Diese Einrichtungen bestanden aber nicht lange. Erst Mitte des 19.
Jahrhundert wurden wieder Kinderkrippen gegründet, zuerst in Dresden (1851),
dann in Berlin, Hamburg und Frankfurt (1852), in München (1854) und
Nürnberg (1857).²

Träger der Kinderkrippen waren zumeist Vereine, in denen sich vor allem Frauen
aus dem gehobenen Bürgertum engagierten und die oft unter der Protektion von
Adeligen standen. Aufgenommen wurden gesunde Kinder im Alter von sechs
Wochen bis drei Jahren von armen, außerhalb ihres Haushaltes erwerbstätigen,
verheirateten oder verwitweten Frauen, aber auch 5Hurenkinder.6

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: Pauline von Lippe-Detmold.

2-Annette Maiwald: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen
Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006, S. 164.

cher Zustände war die Sterblichkeit der Kinder

Nach Beginn des ersten Weltkrieges begann ein Ausbau des Krippenbereichs, da viele junge Mütter als zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden. Insbesondere die Gründung von Betriebskrippen wurde forciert. Die großen wirtschaftlichen Probleme in der Weimarer Zeit führten dann dazu, dass die meisten Kinderkrippen aufgrund finanzieller Probleme aufgelöst werden mussten.

Auch im dritten Reich spielten Kinderkrippen keine große Rolle, da die Mütter zu Hause bleiben und sich der Erziehung ihrer Kinder widmen sollten. Kinderkrippen, die dem Hilfswerk *„Mutter und Kind“* unterstellt wurden, waren nur für in sehr ungünstigen sozialen Verhältnissen lebende Kinder und Mütter gedacht (ledige Erwerbstätige oder kranke Frauen). Allerdings wurden sogenannte *„Erntekrippen“* intensiv gefördert, die nur kurze Zeit im Sommer und Herbst eines Jahres bestanden und der Entlastung der Landfrauen dienten.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde in der DDR der Ausbau des Krippenwesens stark forciert, um den jungen Müttern die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und damit ihre Gleichberechtigung mit dem Mann sicherzustellen. Zugleich wurden Kinderkrippen als unterste Stufe des Bildungssystems definiert. Durch sie sollten auf der marxistisch-leninistischen Lehre beruhende Erziehungsziele erreicht werden.

In der Bundesrepublik wurde hingegen entsprechend des bürgerlichen Familienideals die Erziehung von Unter-Dreijährigen in der Familie propagiert. Die wenigen Krippenplätze waren nur für *„Sonderfälle“* wie die Kinder erwerbstätiger Alleinerziehenden gedacht.

Dementsprechend wurden Kinderkrippen dem Sozialsystem zugeordnet. Außerdem wurden sie bis Mitte der 70er Jahre (und zum Teil noch heute) von Fachleuten mit einer kinderärztlichen oder tiefenpsychologischen Orientierung negativ beurteilt. Erst Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre begann ein etwas

ppenbereichs, da die Nachfrage nach Plätzen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese verschiedenen Entwicklungen in Ost und West erklären, wieso es nach der Wiedervereinigung so große Unterschiede hinsichtlich der Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen gab.

4.3.Zur Situation der Krippen in der DDR

In diesem Unterkapitel sollen die ersten Schritte zur Errichtung der Kinderkrippe nach dem Modell der Sowjetunion geschildert werden. Wie wir wissen begann 1945 in allen Ländern der sozialistischen Besatzungszone die Entwicklung antifaschistischer Erziehungseinrichtungen. Nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Demokratisierung der Schule im Jahre 1946 wurde ein erster Ausbildungsplan für Kindergärtnerinnen von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung herausgegeben.

Ein Befehl der sowjetischen Militäradministration ordnete die Kurzausbildung von 5000 Leitern und Erziehern für die gesamte sowjetische Besatzungszone an und unterstellte zum gleichen Zeitpunkt alle Kindergärten der Zentralverwaltung für Bildung.

Damit wurde der Weg für einen zentralisierten, politisch gelenkten Zugriff auf die Planung von Ausbildung und Erziehungsarbeit in den Kindergärten geebnet. Noch 1946 wurde eine dreijährige Ausbildung für Kindergärtnerinnen eingeführt und die erste pädagogische Schule in Berlin eröffnet. Bereits im Jahr 1949 waren 8.650 Erzieherinnen in etwa 4000 Einrichtungen tätig. Der Kindergarten gilt als Vorschulische Erziehungseinrichtung, er hat die Aufgabe bis zur Schulreife zu führen².

- 1- Textor, Martin: Elementarbildung- Bildung und Erziehung in Kindertagesbetreuung-
<http://www.bildungserver.de/zeigen.html? = 3481>. Zeit des Zugriffs: 10.04.2009.
- 2- Maiwald Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen
Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006, S.
160.

Jahre wurde die zwei-bis dreijährige bis 1973 die vollzeitschulische Berufsausbildung in einem weiteren Verwissenschaftlichungsschub als dreijähriges Fachschulstudium endgültig etabliert und bis 1990 beibehalten. Daneben hat es eine eineinhalbjährige Ausbildung zur Erziehungshelferin gegeben.

Die gesundheitlichen Voraussetzungen für das Studium und den späteren Berufseinsatz mussten durch ein amtsärztliches Gutachten nachgewiesen werden. Medizinische Eignungstests wurden vorgenommen, die die stimmliche Belastbarkeit bestimmten, unter anderen war ein bestimmter Grad an Schwimmleistung gefordert.

Die Bewerberinnen sollten in der Lage sein Melodien zu singen, gemessen wurde ebenfalls die Fingerlänge für das obligatorische Erlernen eines Musikinstrumentes, zumeist Gitarre oder Blockflöte.

1989 arbeiteten 71.951 Erzieherinnen in staatlichen Vorschuleinrichtungen und die große Bedeutung des DDR-Kindergartens spiegeln auch die Kinderbetreuungszahlen wider:

1989 / 90 waren rund 90% der Drei-bis Sechsjährigen dort untergebracht. Das statistische Jahrbuch der DDR verzeichnet für das Jahr 1989, 13.452 Einrichtungen mit 747.140 betreuten Kindern. 86% kommunale, 11% betriebliche und knapp 3% konfessionelle Einrichtungen, letztere umfassten 383 christliche Kindergärten mit 1.432 Erzieherinnen.

Am Ende der DDR existieren 18 pädagogische Schulen für Kindergärtnerinnen und eine zusätzliche zweisprachige Ausbildungsstätte am sorbischen Institut für Lehrerbildung. 1

1- Maiwald Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006, S. 162

542 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren.

Das Angebot an Plätzen auf das zehnfache erhöht worden und wurde bis 1989 kontinuierlich auf 353.203 Plätze ausgebaut. Das entspricht einem Versorgungsgrad von 56.4% der Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre.

Für 1990 angestrebt war ein Ausbau auf 90% der Altersgruppe, der in Berlin mit 91,3% bereits 1987 überschritten war. Allerdings existierten erhebliche regionale Ungleichgewichte im Versorgungsgrad (in den Bezirken Cottbus und Magdeburg über 85%, Dresden und Chemnitz unter 70%), insbesondere zwischen den Städten und ländlichen Gebieten.

Der kontinuierliche Rückgang des Anteils der Wochenkrippen, von Einrichtungen also, in denen die Kinder über die Woche auch nachts betreut wurden und erst am Wochenende in ihre Familien zurückkehrten, hing mit den Risiken zusammen.

Die Kinder aus Wochenkrippen schnitten deutlich schlechter ab als die in Tageskrippen betreuten Kinder. Seit den 60er Jahren wurden in diesem Zusammenhang in der DDR erhebliche Anstrengungen unternommen, die Plätze in Wochenkrippen und Dauerheimen zugunsten von Tageskrippen abzubauen.¹

Vergleicht man die Zahl der verfügbaren Krippenplätze mit der Zahl der angemeldeten Kinder, so ergibt sich für 1989 eine Auslastungsquote von 94%, das heißt das Angebot an Krippenplätzen wurde auch angenommen. Dabei ist für 1989 ein Rückgang der Geburtenzahlen in der DDR von etwa 11% gegenüber 1988 zu berücksichtigen. Es muss deshalb auf eine hohe Akzeptanz des Betreuungsangebots geschlossen werden, die auch im Zusammenhang mit den hohen Anteilen von Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR gesehen werden muss.

1- Hans-Joachim Laewen: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts München, Mai 1993. S. 5.

ung der Kinder in der Krippe für die Eltern bis auf
Mahlzeiten kostenfrei.

4.4. Ausbildungsinhalte in der Kinderkrippen

Der Transfer von politischem Dogmatismus und Ideologisierung in die Vorschulerziehung und eine enge Ausrichtung an der sowjetischen Vorschulpädagogik

hatten spätestens seit Anfang der fünfziger Jahre die Debatten um offene reformpädagogische Ansätze zum Erliegen gebracht. In diesem Sinne werden die pädagogischen Inhalte der Programme und deren Zeit beschrieben.

Die Sowjetunion verfügte bereits über jahrzehntelange Erfahrungen in der Errichtung eines Ausbildungssystems mit gesellschaftlich definierten Erziehungszielen. Landesweit bildeten seit 1921 pädagogische Fachschulen für den Erzieherinnenberuf aus, und bereits 1918 war ein erstes Institut für Vorschulerziehung in der Sowjetunion gegründet worden.

1981 existierten in der UdSSR 260 Ausbildungsstätten und 42 Fakultäten für Vorschulerziehung an den pädagogischen Hochschulen.

Die Wochenstundenzahl der regulären Studieneingänge lag bei 30 bis 35 Stunden, die Gesamtstundenzahl der dreijährigen Ausbildung umfasste: 3.080 Stunden (Studienplan 1975) und wurde 1985 auf 2.708 Stunden reduziert (Studienplan 1985), wobei die Praktikumszeiten kontinuierlich gesteigert wurden und zuletzt 21 Wochen (1985) gegenüber 17 (1973) und 11 Wochen (1968) umfassten.

Die Stundentafel des Studienplanes für 1985 zeigt für drei Studienjahre in den wichtigsten fachlichen Bezügen: 293 Stunden Pädagogik (Grundlagen der Pädagogik, Vorschulpädagogik, Geschichte der Vorschulerziehung); 236 Stunden Psychologie (Allgemeine und Persönlichkeitspsychologie, Entwicklungspsychologie, pädagogische Psychologie), 174 Stunden

Gesundheitserziehung, 277 Stunden Sport und
Erziehung, 206 Stunden Kunsterziehung, 174

Stunden Deutsche Sprache und Methodik, 158 Stunden Literatur und Methodik,
151 Stunden Mathematik. 1

4.4.1. Führungsphilosophie und Dominanz des Politischen

In diesem Unterkapitel werden wir, anhand des Studienplans in der Kindergärtnerinnenausbildung, die Dominanz des Politischen hervorheben. Der Studienplan für das dreijährige Studium ist wie folgt: 325 Stunden gesellschaftswissenschaftlicher Grundausbildung (261 Stunden § Marxismus-Leninismus, und 64 Stunden § Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und der sozialistischen Revolution in der DDR).

Die Studentinnen sollten befähigt werden, die Kinder *„Zur Liebe zum sozialistischen Vaterland“* zu erziehen. Auch schon die Kinder der jüngsten Gruppe waren mit diesen Themen zu konfrontieren.

Auch die Kleinkindpädagogik orientierte sich an dem Ziel des sozialistischen Menschen und alle Methodik hatte sich an diesem Ziel zu bewahren. Einige Artikel des Programms: *§ Die Erzieherin sorgt während des gesamten Tages für Ruhe, Stetigkeit und Ordnung in der Gruppe*“

Die Sprache des *§Programms* folgt diesem Vorbild: *§ Die Erzieherin beachtet, nutzt, führt, lenkt, hilft, fordert, weckt, sichert, sorgt, hält, organisiert, präzisiert, informiert, motiviert.*“

- 1- Maiwald Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006, S. 168.

*führenden Rolle der Erzieherin gegenüber den
die Führung der Erzieherin durch das*

Erziehungsprogramm. Im Programm wird ein „*Tagesregime*“ zur Pflicht gemacht.

Es wird bis ins Detail beschrieben: *§ Sobald das Kind selbstständig sitzen kann, wird es an dem Tisch gesetzt, die Erzieherin setzt sich rechts neben das Kind, umfasst seine linke Schulter und hält seine linke Hand, lässt den kleinen Finger ihrer rechten Hand von Kind umfassen, wenn sie den Löffel zum Mund des Kindes führt.*“

Derartige Handlungsanweisungen werden durch allgemeinere ergänzt: *ö Körperpflege und Mahlzeiten müssen in einem ruhigen, harmonischen Ablauf gestaltet werden, den Kindern positive Erlebnisse verschaffen und zur Steigerung ihres Wohlbefindens beitragen.*“

Es wird unter anderem so präzisiert: *„ Die Erzieherin muss die Eltern über den Tagesablauf in der Krippe informieren und darauf einwirken, dass die Zeiten für den Schlaf und die Mahlzeiten auch am Wochenende, an den Feiertagen und im Urlaub eingehalten werden.¹*

Die Größe der in der Regel altershomogenen Gruppen war mit 18 Kindern festgelegt. In jeder Gruppe waren in der Regel 3 Erzieherinnen tätig, die bei einer täglichen Öffnungszeit von 6 bis 19 Uhr in einer Arbeitszeit von 43 Wochenstunden abdecken mussten.

Wir bemerken am Schluss des Kapitels eine große Einflussnahme der Krippe auf die familiäre Umgebung der Kinder und die autoritären Ordnungsmuster mit den Führungsprinzipien des SED-Staates zum Entstehen einer Vorschulpädagogik lassen wenig Raum für Individualität und Eigenverantwortung bei den Kindererzieherinnen.

1- Maiwald Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR, zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006, S. 16.

Stufe des Bildungssystems der DDR

Die Einbindung der Krippen in das sozialistische Gesellschaftssystem wird bereits 1965 durch das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem geregelt. Die Krippen bilden darin die erste Stufe. Sie sind unabhängig von den Kindergärten, eine eigene Einrichtung der gesellschaftlichen Vorschulerziehung und (anders als die Kindergärten, die dem Ministerium für Volksbildung zugeordnet waren) dem Ministerium für Gesundheitswesen unterstellt, in dem die Hauptabteilung Sozialwesen die fachliche und politische Aufsicht über die Krippen innehatte.¹

Gegen Ende der 80er Jahre wurden an den insgesamt 39 medizinischer Fachschulen der DDR in einem 3-jährigen Studiengang jährlich zwischen 2000 und 2.500 Krippenerzieherinnen ausgebildet.² Neben theoretisch (bzw. ideologisch) orientierten Veranstaltungen bestand die Möglichkeit, in sogenannten Hospitations- bzw. Konsultationskrippen, die auf Bezirks- und Kreisebene vorhanden waren, einen praktischen Teil ihrer Ausbildung zu absolvieren.

Der Bezirk Halle hatte Ende 1988 z.B. eine Bezirkshospitation und Konsultationskrippe, 26 Kreis- Hospitationskrippen und 78 Ausbildungskrippen bei einem Bestand von 800 Krippen insgesamt.

Zur Sicherung einer korrekten Umsetzung der Programme in den Krippen stand ein System der Fachberatung zur Verfügung. Die Fachberaterinnen hatten eine Qualifikation als Krippenleiterin oder als Diplom-bzw. Medizin- Pädagogin.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 8.

Halle standen für die 800 Einrichtungen 66

g.

Seit 1983 wurden an der Universität Leipzig in einem 5-jährigen Studiengang Kinderpsychologen für eine anleitende bzw. beratende Tätigkeit in Krippen ausgebildet. ¹

Zum Schluss können wir daraus folgern, dass es also in den DDR-Krippen eine Möglichkeit für das Fachpersonal gab sein Studium weiterzuentwickeln.

4.4.3. Elemente einer modernen Krippenpädagogik der DDR

Das neue § Programm² war von einer Arbeitsgruppe des Instituts für Hygiene des Kindes- und Jugendalters erarbeitet und 1985 in 23 Krippen erprobt, 1986 in allen Hospitations- und Ausbildungskrippen der DDR eingesetzt und ab 1987 als Grundlage der Arbeit in allen Krippen verbindlich gemacht worden. Das § Programm³ selbst war nicht als Lehrbuch gedacht, sondern als Anleitungsmaterial für die tägliche praktische Arbeit. ²

In der 1987 gegründeten Fachzeitschrift „*Kinderkrippen*“ wird in verschiedenen Beiträgen, für eine Liberalisierung und Flexibilisierung in der praktischen Anwendung argumentiert. Man beginnt westliche Theoretiker öffentlich zur Kenntnis zu nehmen und bereitet damit den Boden für eine theoretische Absicherung der neuen Strategien in der modernen Kindererziehung. In Leipzig zum Beispiel wird mit einem Forschungsprojekt auf der theoretischen Grundlage der im Westen entwickelten Bildungstheorien mit dem Ziel einer Verbesserung der Eingewöhnungssituation begonnen. ³

- 1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 9.
- 2- Ebenda, S. 10.
- 3- Ebenda, S.13.

ass sich die DDR in der zweiten Hälfte der 80er
e Krippenpädagogik in einem Prozess der
Neuorientierung befand, der durch die Wende unterbrochen, möglicherweise
abgebrochen wurde.

4.5. Die Zeit nach der Wende

Die vorliegenden Seiten zielen auf die Erläuterung der Gründe des Verschwindens der Frühkindlichen Pädagogik in der damaligen DDR, der Nachteile und Vorteile der sozialistischen Kinderkrippe und der neuen bundesstaatlichen Maßnahmen für die Erneuerung der Kinderkrippen.

Nach dem Verschwinden des SED-Staates und damit der sozialistischen Lehre waren die Krippen im Jahr 1990 in den Medien immer wieder ein Thema, wobei eine relativ einmütige Haltung für den Erhalt der Krippen und ihre Reformierung zu beobachten war.

Die Auflösung der Kinderkrippen in der DDR als Relikte der SED-Diktatur ist ein Argument des Mainzer Pädiaters und Universitätsprofessors Pechstein¹.

Professor Pechstein fordert darin die Abschaffung der Kinderkrippen und begründet dies mit Behauptungen über die grundsätzliche Gefährdung von Kleinkindern durch Tagesbetreuung.

Diese Initiative wurde unterstützt durch eine Broschüre mit dem Titel: “*Elternnähe oder Krippe?*“ die im Frühjahr 1990 an alle Abgeordneten der Volkskammer, des Bundestages und der Länderparlamente verschickt wurde. Diese Broschüre wurde durch die § Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft², in der Pechstein tätig war und die seit ihrer Gründung 1977 einen entschlossenen Kampf gegen die Tagesbetreuung von Kindern führt, finanziert

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie: J. Pechstein

halten aber einer wissenschaftlichen Kritik nicht
Ärztenschaft der DDR ein begrenztes Echo.¹

Unmittelbar nach der Wende kam es in Berlin (und anderenorts) zu vielfältigen Begegnungen zwischen Fachpersonal (nicht nur) aus dem Krippenwesen der DDR und West-Berliner Fachleuten. Die Gespräche und Fortbildungen wurden ergänzt durch Besuche von Leiterinnen und Erzieherinnen aus der DDR in westlichen Kitas.

Als positiv erlebt wurde häufig der kollegiale Umgang zwischen Leitung und Erzieherinnen, die Ästhetik der Bauten, die Ausstattung der Krippen und die Ungezwungenheit im Verhalten der Kinder. Negative Eindrücke hinterließen Unordnung in den Gruppenräumen, allgemein die fehlende Hygiene, der Mangel an ärztlicher Betreuung, und die Untätigkeit der Erzieherinnen.

Trotzdem wurden ferner Anleitungen zum richtigen Umgang mit den Kindern vermisst, wobei die Einsicht dämmerte, dass es in der Bundesrepublik kein Konzept für die pädagogische Arbeit in Krippen gab und gibt.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde vieles über die Krippenbetreuung diskutiert und entstand eine Vielzahl von Arbeiten und Aufsätzen, die unter den unterschiedlichsten Gesichtspunkten Stellung bezogen. Nach einem Abschnitt zur Zuständigkeit des Ministeriums für Familie und Frauen anstelle des Gesundheitsministeriums, wurde unter dem Stichwort „*Entscheidungsfreiheit der Familie*“ wie folgt Stellung genommen:

- Jede Familie muss selbst aus ihrer eigenen Situation und entsprechend den Prioritäten ihrer Lebensgestaltung entscheiden, ob die Kinder in der Familie betreut werden oder das Angebot einer Tagesbetreuung in Anspruch genommen wird.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 19.

Diese Entscheidung sollte aber nicht moralisch bewertet werden.

- Maßnahmen zur Wiederbefähigung zur Elternschaft wurden angeregt und Entwicklung alternativer Betreuungsformen der Kinderbetreuung.
- Das Weiterbestehen der Einrichtungen für die Tagesbetreuung von Kleinkindern ist aufgrund eines gesellschaftlichen Bedarfs notwendig. Die wichtigste Aufgabe besteht gegenwärtig in einer entscheidenden qualitativen Verbesserung der Betreuung der Kinder. Als veränderte Rahmenbedingungen sind zwingend:
 - Zusammenfassen von Krippen und Kindergärten mit der Möglichkeit altersgemischter Gruppen und der Integration von behinderten Kindern.
 - Einbeziehung männlicher Betreuer.
 - Gestaffelte Kostenbeteiligung der Eltern in Abhängigkeit von Verdienst und Aufenthaltsdauer der Kinder.
 - Ablösung der „Führungsphilosophie“ durch Konzept wechselseitiger Einflussnahme, partnerschaftliche Subjektbeziehungen.
 - Legitimierung (finanzielle und organisatorische Unterstützung.)¹

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 19.

4.5.1. Zur gegenwärtigen Lage der Kinderkrippen

In diesem Unterkapitel werden wir die Folgen des Platzrückgangs bei den Kinderkrippen studieren. Während sich in den Ländern der alten Bundesrepublik Kernfamilie und Großeltern die Betreuungsaufgabe für Kinder unter 3 Jahren im Wesentlichen teilen, standen 1989 in der DDR für 55,6% Krippenplätze zur Verfügung. Nur knapp 2% der unter drei jährigen Kinder könnten in der alten Bundesrepublik in einer Krippe betreut werden.

In den neuen Bundesländern hat seit der Wende, besonders seit 1992 in beschleunigtem Maß ein Abbau von Krippenplätzen begonnen. 1995 existieren noch 28% der 1989 vorhandenen Plätze. Trotzdem ist dies im Vergleich mit der alten Bundesrepublik immer noch ein sehr hohes Niveau. Der Rückgang an Plätzen ist dabei weniger mit einer fehlenden Bereitschaft der Eltern verbunden, ihre Kinder für einige Stunden des Tages einer Krippe anzuvertrauen, sondern mit einem drastischen Rückgang in den Geburtenzahlen. Dieser Effekt hat sich vermutlich noch verstärkt durch anhaltende Wanderbewegungen junger Paare in die alten Bundesländer.

Der Platzabbau wird begleitet von einem erheblichen Personalabbau, der in zunehmendem Maß Unruhe in die Einrichtungen trägt und zum Schaden der Kinder zu einer erheblichen Instabilität der Betreuungsverhältnisse führt. Eine Folge der Entscheidung gegen die Einrichtung von Krippen in der alten Bundesrepublik ist ein eklatanter Mangel an Fachkräften für Krippenpädagogik.

Leiterinnen berichten seit längerer Zeit von Motivationsverlusten bei den Erzieherinnen, die auf Resignation, „ *unsere Krippe wird ja doch geschlossen*“ „ *Wer muss als nächster gehen?*“ und Unruhe, zurückzuführen sind.

Die Leiterinnen selbst haben bei Besuchen in Krippen erlebt, dass die energiegeladene Atmosphäre des Aufbruchs, der Befreiung von Zwängen im Sommer 1990, die in erstaunlichen und sehr sinnvollen Umgestaltungen der

ihren Ausdruck fand, knapp 2 Jahre danach in
Orientierungslosigkeit umgeschlagen war.

Zwischen den Erzieherinnen hatte sich eine Konkurrenzsituation eingestellt; auch die Beziehungen zwischen den Krippen werden inzwischen von Konkurrenz beherrscht.¹

Bei einem Teil der Erzieherinnen erkennt man eine prekäre Führungs- und Kontrollhaltung, und eine autoritäre Einstellung zum Kind und es ist auch die Rede von einer Entwertung früher gelernter Verhaltensmuster.

Das angestrebte Akademisieren der Erzieherinnenausbildung mit Durchlässigkeit und Selbsttätigkeit des Kindes in den Köpfen der Fachkräfte steht und fällt in den neuen Bundesländern mit der Befriedigung von Statusansprüchen und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten.

Die moderne Frühpädagogik und die frühen Lern- und Entwicklungsprozesse von Kindern können Impulse für eine Kleinkindpädagogik auch in den alten Bundesländern geben.

Die Akademie der pädagogischen Wissenschaften verschwand ebenso wie das Institut für die Hygiene des Kindes- und Jugendalters, die organisatorische Basis der Krippenvereinigungen wurde aufgelöst und durch kaum funktionsfähige Kreisjugendämter und Trägerorganisationen ersetzt.

Im Hinblick auf ihre Arbeitsinhalte und Arbeitsmethodik unterscheiden sich die Krippen von anderen Einrichtungen der DDR. Es begann für die Krippen eine Zeit der Orientierungslosigkeit in der die Krippenordnung der DDR und die pädagogischen Programme zwar außer Kraft gesetzt, jedoch keine neuen Richtlinien an ihre Stelle getreten waren.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 20.

regelmäßige und häufig tägliche Desinfektion der
und Gebrauchsgegenstände vorschrieben, wurden
glockert. Der Geruch nach Desinfektionsmitteln ist heute fast völlig aus den
Krippen verschwunden.

Anders als in der DDR gab und gibt es in den alten Bundesländern kein
verbindliches Konzept für die Betreuung von Kleinkindern. Im Rahmen von je
nach Bundesland unterschiedlich allgemeinen Vorgaben musste hier jede
Kindertagesstätte seit je selbst ihren Weg finden. Oft wird in den
Kindertagesstätten nach selbstentwickelten Konzepten gearbeitet und häufig
verfolgt jede Gruppenerzieherin eine eigene Vorstellung von der Arbeit mit den
Kindern.

In den alten Bundesländern sind fachliche Qualifikationen für die
Fortbildung von Erzieherinnen im Krippenbereich kaum vorhanden. Eine Arbeit
nach dem §Programmö wäre gegenüber einer šratlosen Laissez-faire-Haltungö
die bessere Lösung. Allerdings sind Veränderungen in der šPhilosophieö der
Pädagogik des Programms wünschenswert. 1

Nach der Behandlung der gegenwärtigen Situation der Kinderkrippen in den
neuen Bundesländern ergibt sich, dass die Krippen das Schicksal aller anderen
Institutionen der DDR teilten, und sie wurden infolgedessen in einen Prozess der
Umorientierung hineingerissen.

4.5.2. Die Krippen der neuen Bundesländern und Perspektiven

Im letzten Teil des letzten Kapitels werden kurz die Entwicklungen im
Bereich der Kindertagesstätten während der vergangenen Jahren skizziert.
Krippenbetreuung steht in den Ländern der alten Bundesrepublik in Verdacht, die
Entwicklung der Kinder und ihr Wohl ernsthaft zu gefährden.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise
für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts,
München, Mai 1993, S. 22.

schen Fachzeitschriften als Institutionen der š
hnet.

Ab Mitte der 80er Jahre entstanden weniger neue Kindergärten, und damit verschlechterten sich die Berufsaussichten für Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen. Erst Anfang der 90er Jahre erlebten Kindertagesstätten einen neuen Aufschwung. Es ist eigentlich an der Zeit, die Diskussion um Risiken und Chancen einer Krippenbetreuung in Ost und West neu zu beginnen. Eine auf Glaubensgrundsätzen beruhende Kritik an den Krippen der ehemaligen DDR und ihrer Pädagogik als einer Erscheinung „*aus dem Reich des Bösen*“ ist dabei wenig hilfreich. Gleichzeitig kann man aber das Problem nicht lösen mit einer „*Das Kind-gehört-zur-Mutter-Formel*“.¹

Diffamierende Äußerungen gegenüber den Krippen der neuen Bundesländer brauchen eine wissenschaftliche Legitimation. Die Krippen sollten nicht als isolierte Sozialisationsfaktoren betrachtet, sondern im Kontext einer gesellschaftlichen Struktur gesehen werden.

In der DDR war durch die Einrichtung der Krippen öffentliche Mitverantwortung übernommen worden für die Betreuung der jüngsten Kinder, die in den alten Bundesländern so schmerzlich vermisst wird. Begleitet vom unübersehbaren Interesse der Staatspartei an der Sozialisation auch der unter dreijährigen Kinder sind jedoch in der DDR an die Ausbildung der Erzieherinnen und die Sachlichkeit ihrer Arbeit hohe Maßstäbe angelegt worden, die auch heute noch als Professionalität, Berufsethos und Ernsthaftigkeit gegenüber der eigenen beruflichen Aufgabe bei den Erzieherinnen vorhanden ist. Die Berufspersönlichkeit der Kindergärtnerinnen muss normalerweise soziologisch rekonstruiert werden.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S. 26.

nicht nur Aufgabe für die neuen Bundesländer, anregende Diskussion um die Vorschulpädagogik der alten Bundesländer könnte daraus wichtige Impulse gewinnen, und im Krippenbereich auf breiter Ebene in Gang kommen.¹

Die deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin von der Bundesregierung hat einige Maßnahmen getroffen, darunter die Verpflichtung einer Fachhochschulausbildung für die Hälfte der Erzieherinnen und Erzieher! Bisher erzielen nur 3,2 aller Erzieherinnen einen sozialpädagogischen Hochschulabschluss.

Die frühkindliche Betreuung weist in den 16 Bundesländern deutliche Unterschiede auf. Anhand des Ideals der mütterlichen Frauen, anders gesagt, verschiedener Lebensentwürfe, haben wir die frühkindlichen Bildungssysteme miteinander verglichen. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegt die Teilnahmequote der Dreijährigen bei unter 70%, obwohl ein Rechtsanspruch besteht. Andererseits erreichten Länder wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit Teilhabequoten von über 90% das hohe Niveau der ostdeutschen Bundesländer, obwohl die Betreuung dort zu wünschen übrig lässt.

Die Aufgabe von Kindergärten umfasst die Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes. Das Leistungsangebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren, wie es die Lage in der damaligen DDR war. (wir haben die sozialistische Organisation und die sowjetische Pädagogik im vierten Kapitel erläutert.)

Obwohl die Zahl der Kindergärten und damit auch der Personalbedarf in den letzten Jahren stark anstieg, verschlechterten sich die Berufsaussichten für Erzieherinnen. Die Erklärung dafür liegt an der Sozialpolitik, die die finanziellen Mittel für Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stellt.

1- Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993, S.27.

Sozialpolitik ist mit hohen Defiziten konfrontiert, die deutsche Einheit überlastet: so traten Millionen

Menschen den Sozialversicherungen bei, ohne dass sie einen entsprechenden Beitrag leisteten, deswegen wurde die Arbeitsmarktpolitik im Osten mit Beiträgen aus dem Westen finanziert.

Der Rückgang der Kinderzahlen in der Kindertageseinrichtungen wird mit dieser finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Damit dürfte es unvermeidbar sein, dass in den kommenden Jahren der Bedarf an Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen immer geringer werden wird.

Unseres Erachtens nach sollen die Berufsfachschulen für Kinderpflege in die Offensive gehen und eine stärkere Annäherung von Ausbildung und beruflicher Qualifikation schaffen: Die Kinderpflegerinnen müssen für die Zusammenarbeit mit Eltern qualifiziert sein, und sie sollen die unterschiedlichen frühpädagogischen Ansätze kennen.

SCHLUSSBETRACHTUNG

UND AUSBLICK

NG UND AUSBLICK

Die DDR gehört heutzutage zur Geschichte. Aber was bleibt von der DDR? Es bleibt leider Trauer über die Toten an der Mauer, aber auch einen riesengroßen Stolz auf eine friedliche Revolution, die erste und einzige in Deutschland, die wirklich gelang. Endlich wächst zusammen was zusammengehört. Aber was bleibt von den Frauen der ehemaligen DDR? In der vorliegenden Magisterarbeit haben wir eben den sozialen Status der Frauen der ehemaligen DDR und insbesondere den der Kindererzieherinnen als Beispiel der feministischen DDR-Gesellschaft untersucht.

Die Frauenfrage galt im Sozialismus allgemein und damit auch in der DDR als gelöst. Es herrschte in der DDR nicht das bürgerliche Familienideal vor. Die Frauen wurden nicht über das Familien- und Privatleben definiert, sondern ihr öffentliches Handeln als Politikerinnen oder als Arbeiterinnen stand im Vordergrund. Es liegt auf der Hand, dass in der DDR die Kategorie „Klasse“ wichtiger war als die Kategorie „Geschlecht“.

Wenn die Texte miteinander verglichen werden, ergibt sich folgendes Bild: Frauen werden in der DDR-Verfassung durchschnittlich stärker berücksichtigt als im BRD-Grundgesetz. Das unterschiedliche politische System, das bis 1989 in den beiden deutschen Staaten herrschte, hatte viele Einflüsse auf die Gedanken und hat die Lebensentwürfe unterschiedlich bestimmt. Durch die Ausübung von Fabrikarbeit durch die Frauen wurden die traditionellen Familienstrukturen in der DDR zerstört.

In Westdeutschland nehmen viele Mütter wieder eine Erwerbstätigkeit auf, wenn die Kinder mit 3 Jahren in den Kindergarten kommen oder wenn sie eingeschult werden.

Die Ergebnisse der Analysen der ausgewählten thematischen Schwerpunkte zeigen, dass Frauen in der Politik eindeutig unterrepräsentiert sind. Dieses Ergebnis gilt sowohl für die BRD als auch für die DDR und für das gesamte Deutschland.

gen schon deutlich mehr Mütter von Kleinkindern
m Erreichen des Kindergartenalters wieder in den
Beruf ein. Entscheidend für die Rückkehr in den Beruf ist auch die Frage der
Kinderbetreuung.

Im Laufe dieser Untersuchung haben wir beobachtet, dass Alter und Anzahl
der Kinder eine wichtige Rolle spielen: je mehr und je jünger, desto später der
Zeitpunkt des Wiedereinstiegs. Der Anteil der Mütter, die erwerbstätig sind, hat
sich in den letzten Jahren kaum verändert. Mit einem unter dreijährigen Kind
sind 29% in Westdeutschland und 38% in Ostdeutschland wieder berufstätig.

Insgesamt hat sich die geleistete Arbeitszeit von Müttern mit Kindern in diesem
Alter in den letzten Jahren aber verringert. Gibt es für ein Vorschulkind keine
außerhäusliche Betreuung, sind zwei Drittel der Mütter nicht erwerbstätig. Je
älter eine Mutter ist, desto schneller kehrt sie ins Erwerbsleben zurück.

In Westdeutschland arbeiten die meisten Mütter, die vor der Einschulung des
Kindes ins Berufsleben zurück kehren, mit reduzierter Stundenzahl (61%), in
Ostdeutschland dagegen sind zu diesem Zeitpunkt bereits 83% der
Rückkehrerinnen vollzeiterwerbstätig.¹ Insgesamt kann festgestellt werden, dass
die Geschlechterrollen Stereotypen nach wie vor verfestigt sind wegen der
Teilzeitarbeit.

Dass die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt viel stärker von der
jeweiligen ökonomischen Lage abhängen als bei Männern, haben die
ostdeutschen Frauen nach der Wende deutlich zu spüren bekommen, denn
damals war die kontinuierliche Erwerbstätigkeit für ostdeutsche Frauen üblich.

1- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Mütter und Berufe, Realitäten
und Perspektiven, Ausgabe Nr.4 Monitor Familienforschung, Dezember 2005, S. 6.

Der DDR hatte als Aufgabe die Realisierung des
Zieles der Herausbildung sozialistischer
Persönlichkeiten. Die große Bedeutung, die man der kindlichen
Entwicklungsphase zwischen drei und sechs Jahren zusprach, verlieh dem Beruf
der Kindergärtnerinnen Reputation und einen relativ hohen Sozialstatus, im
Vergleich zum Berufstand westdeutscher Erzieherinnen, da es in der
Bundesrepublik kein Konzept für die Betreuung von Kleinkindern gab.

Die Analyseergebnisse der Themenschwerpunkte, die sich mit der
Darstellung von Frauenarbeit beschäftigten, zeigen, dass das Thema 'Arbeit'
generell keine relevante Kategorie für die darzustellende geschichtliche
Entwicklung in der BRD zu sein scheint.

In der DDR ist das anders, denn die Arbeit spielte im Kontext des
marxistisch-leninistischen Klassenbegriffes eine zentrale Rolle. Die marxistische
Ideologie betrachtet die Gesundheit, die Bildung und die Kindererziehung nicht
als persönliche Angelegenheiten, sondern als ein Gut, an dessen Erhaltung und
Förderung der Staat ein legitimes Interesse hat, aber von einem Tag zum
anderen sind die DDR-Bürger und Bürgerinnen allein, das heißt ohne
Vormundschaft geblieben.

Die reale Emanzipation der Frauen in der DDR sei der in der Bundesrepublik
Deutschland weit voraus, sagte Walter Ulbricht.¹ Die Integration der Frauen in
die Arbeitswelt wurde forciert, aber die DDR-Frauen mussten nach der Wende
die bittere Erfahrung machen, dass sie in der Konkurrenz um Ausbildung und
Arbeitsplätze ins Hintertreffen gerieten. Sie waren eigentlich schlecht auf die
unbarmherzige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet.

Die Versorgungsmängel, das unzureichende Dienstangebot, die unbefriedigende
Zustände in den staatlichen und privaten Kindereinrichtungen erschwerten den
Frauenalltag, belasteten die Gesundheit, es war gar nicht leicht.

1- Siehe Personenregister mit Kurzbiographie : Walter Ulbricht.

der unreichenden Kapazitäten der öffentlichen
eme, Beruf und Familie auf einen Nenner zu
bringen, sie sind Opfer einer extremen Veränderung.

Wir beobachten mit Sorge, dass die DDR-Frauen sich als Verliererinnen der
Wende fühlen. Sie fühlen sich in mehrfacher Hinsicht abgewertet: als DDR-
Bürgerinnen, als weibliche Arbeiterkräfte, als Mütter, als Frauen. Sie sind
skeptischer, ihre Lebenszufriedenheit sinkt.

Die Erfahrung, dass die Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr wert sind,
dass die Kindererziehung nicht mehr in der gesamtgesellschaftlichen
Verantwortung steht – das alles stellt die DDR-Frauen nicht in den Vordergrund.
Die DDR-Frauen sind die ersten Opfer des neuen Systems: das Verschwinden
der Kinderkrippen, besonders für die alleinerziehenden Mütter, die zusätzlichen
Urlaubstage mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren, die bezahlte
Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder, die Geburtenbeihilfen, das bezahlte
Babyjahr, machen die DDR-Frauen skeptischer. Was die ehemaligen
Kindererzieherinnen betrifft, sie stehen in einem besonderen Kontext und sind
weniger mit ihrem neuen sozialen Status zufrieden.

Im ersten Kapitel haben wir gesehen wie sich die Lebensplanung verändert
hat, vom Primat des Berufes bis zu den Problemen der Vereinbarkeit von Familie
und Beruf. Die Frauen der ehemaligen DDR betrachteten die kontinuierliche
Erwerbstätigkeit als selbstverständlich, da die marxistisch-leninistische Ideologie
sehr viel für die Entlastung von häuslichen Pflichten z.B. durch den bezahlten
Hausarbeitstag gemacht hat.

Die Teilnahme an der Politik und am öffentlichen Leben ist dank des Angebots
an Betreuungseinrichtungen für Kinder ermöglicht worden, im Gegensatz zu den
Frauen im Westen, die keine Möglichkeiten hatten, Familie und Beruf zu
vereinbaren.

Im zweiten Kapitel haben wir eine Skizze über den Ablauf der Ereignisse der
Vereinigung beider deutscher Staaten gemacht. Die Demonstrationen und die
Frauenbewegungen, unabhängig vom Staat, haben die Geschichte von unten bis

Volkes ist die Vereinigung Deutschlands kein

Im dritten Kapitel haben wir das soziale Leben der sozialistischen Frau gezeigt, welche sozialistischen Rechte hat sie genossen und wie sie den sozialen Wandel gelebt hat.

Im vierten Kapitel haben wir einen Beispiel der feministischen Gesellschaft analysiert und zwar die Kindererzieherinnen. Ihr hoher Sozialstatus und ihre Reputation sind mit dem Verschwinden des sozialistischen Staats verschwunden.

Gott sei Dank bildet das gemeinsame Reservoir an geschichtlichen, kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten eine sichere Grundlage für die Einigung, auch in den Köpfen der Menschen. 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung sind trotzdem die zahlreichen Unterschiede in den politischen, sozialen und kulturellen Orientierungen von West- und Ostdeutschen mehr als nur landschaftliche Besonderheiten. 45 Jahre eines unterschiedlichen politischen Weges lassen sich eben nicht mit einem Federstrich beseitigen. Was sie verbindet, ist das Faktum, dass sie zu den konkreten Fragen ihrer Gegenwart gemeinsam Stellung nehmen.

Am Ende hoffen wir, dass weitere Arbeiten die Situation der Kindererzieherinnen und der Frauen im Allgemeinen im heutigen Deutschland d.h. in den neuen Bundesländern betrachten werden und relevante neue Ergebnisse bringen.

TURVERZEICHNIS

1. Aleksander, Karin: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern, eine Bibliographie, Trafo-Verlag, Berlin, 2005.
2. Bedürftig, Friedmann : Die DDR / Daten. Fakten. Analysen. Ploetz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet. Verlag, GmbH, Köln, 2003.
3. Bönninghausen, Inge: Frauen in Deutschland, Anspruch und Realität, Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin 1998.
4. Bönninghausen Inge: Wissenschaftliche Vorträge: Frauen im öffentlichen Leben, Herausgeber: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn und Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin 1998.
5. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Mütter und Berufe, Realitäten und Perspektiven, Ausgabe Nr. 4 Monitor Familienforschung, Bonn, Dezember 2005.
6. Dohnanyi, Klaus: Das Deutsche Wagnis, über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, Droemersch Verlagsanstalt. Th, Knauer, Nachf, München, 1991.
7. Ehrenberg, Herbert: Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1990.
8. Grün, Leopold, Hetzer, Susanne: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Bookmark & Share Hausarbeiten. de GRIN VERLAG, Berlin, August 1998.
9. Hellwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik und der DDR. Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin, 1998.

QUELLEN UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Aleksander, Karin: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern, eine Bibliographie, Trafo-Verlag, Berlin, 2005.
2. Bedürftig, Friedmann : Die DDR / Daten. Fakten. Analysen. Ploetz im Verlag Herder, Freiburg Fischer. Lizenzausgabe für Komet. Verlag, GmbH, Köln, 2003.
3. Bönninghausen, Inge: Frauen in Deutschland, Anspruch und Realität, Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin 1998.
4. Bönninghausen Inge: Wissenschaftliche Vorträge: Frauen im öffentlichen Leben, Herausgeber: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn und Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin 1998.
5. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Mütter und Berufe, Realitäten und Perspektiven, Ausgabe Nr. 4 Monitor Familienforschung, Bonn, Dezember 2005.
6. Dohnanyi, Klaus: Das Deutsche Wagnis, über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit, Droemersch Verlaganstalt. Th, Knauer, Nachf, München, 1991.
7. Ehrenberg, Herbert: Damit keiner unter die Räder kommt. Strategien für einen gesamtdeutschen Sozialstaat. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1990.
8. Grün, Leopold, Hetzer, Susanne: Feministische Theorien in den Sozialwissenschaften, Bookmark & Share Hausarbeiten. de GRIN VERLAG, Berlin, August 1998.
9. Hellwig, Gisela: Frauen in der Bundesrepublik und der DDR. Verlagsbuchhandlung Beermann GmbH, Berlin, 1998.

10. Heimg, Günter: Reden zur Deutschen Frage, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Gesamtdeutsches Institut Bonn 1 April 1988.
11. Knopp, Guido: Goodbye DDR. In Zusammenarbeit mit Anja Greulich, Bernd Mütter, Ricarda Schlosshan, Mario Sporn. Bertelsmann Verlag, München 2005.
12. Klier, Freya: Frauen unter Druck aus Ost und West, Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin, 1998.
13. Kuhn, Annette: Frauen und Politik- Ein ausstellbares Thema? Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin, 1998.
14. Laewen, Hans-Joachim: Zur Situation der Kinderkrippen in den neuen Bundesländern. Expertise für den 9. Jugendbericht der Bundesregierung im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, München, Mai 1993.
15. Lieber, Dorothea: Erfahrungen mit den beiden Gesellschaftssystemen. Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin 1998.
16. Lutz, Wicke: Lothar de Maiziére. Thomas de Maiziére: Öko-Soziale Marktwirtschaft für Ost und West. Der Weg aus Wirtschafts- und Umweltkrise. Dtv. Verlag Beck, München, 1990.
17. Maier, Charles: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Fischer-Verlag, 1999.
18. Möhrmann, Renate: Die andere Frau, Emanzipationsansätze deutscher Schriftstellerinnen im Vorfeld der Achtundvierziger-Revolution, Metzler Studienausgabe, Verlagsbuchhandlung Stuttgart, 1977.
19. Niehuss, Merith: Frauengeschichtsschreibung als Spiegelbild gesellschaftlicher Entwicklung, (Ungleiche Schwestern?) Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH, Berlin, 1998.

- sozialistischer und marxistischer Feminismus, Positionsentwicklungen in den letzten 35 Jahren, AGM-Wien, Dezember 2005.
21. Pechstein, J: Elternnähe oder Krippen? Grundbedürfnisse des Kindes (Schriftenreihe der Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft Nr. 21) Neuwied 1990.
 22. Pechstein, J: Auflösung der Kinderkrippen in der DDR als Relikte der SED-Diktatur. In Sozialpädiatrie. Neuwied 1990.
 23. Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Bonn, den 6. September 1990.
 24. Presse und Informationsamt der Bundesregierung: Helmut Kohl, Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Bonn, 1990.
 25. Presse und Informationsamt der BRD: Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands -Einigungsvertrag- Bonn, 1990
 26. Rabe-Klerberg, Ursula: Erzieherinnen, ein qualifizierter Frauenberuf in den neuen Bundesländern, ohne Zukunft? Herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 1994.
 27. Rulf, Claudia: Schwangerschaftsabbruch in der DDR. Frauen zwischen Bevölkerungspolitik und wirtschaftlicher Planerfüllung, Institut für Geschichte, Graz, 2002.
 28. Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939-1994. Wallsteinverlag, Göttingen, 2002.
 29. Scholze, Siegfried: Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR: vom antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1945-1981); eine Chronik. Pädagogische Hochschule Clara Zetkin, Leipzig, 1987.

schichte ohne Frauen ? Das Frauenbild in den Schulgeschichtsbüchern der BRD und der DDR von 1949 bis 1989. Verlag der Deutschen Hochschulschriften DR.HÄNSEL-HOHENHAUSEN AG, Frankfurt am Main, 2002.

31. Statistisches Bundesamt: Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990-2002, Wiesbaden.
32. Sylvester, Regine: Hausfrau oder Feministin, der fremde Westen. Verlagsbuchhandlung, Beuermann GmbH, Berlin, 1998.
33. Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf: Handbuch Zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Campusverlag, Neuausgabe, 1999.

Zeitungen und Weblinke:

34. DDR-Verfassung und BRD-Grundgesetz, Vgl-damit: <http://de.wikipedia.org/wiki/Decamerone>. Zeit des Zugriffs: 03.02.2009.
35. Eppelmann, Rainer / Grünbaum, Robert: Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution war keine šWendeõ In Deutschland. Archiv 2004. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Herausgeber: W.Bertelsmann Verlag im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2004.
36. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: DDR-Wörterbuch Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung. Damals im Osten Mitteldeutschland- 1945 bis heute. <http://www.ddd-im-unterricht.de/glossar.pdf>. Datum des Zugriffs: 22.04.2008.
37. Lange, Wilhelm / Nagelschnitz, Helmut: Deutschland Aktuell, Sonderdienst, 1990.
38. Maiwald, Annett: Die Kindergärtnerinnenausbildung der DDR. Zur berufssoziologischen Rekonstruktion einer Berufspersönlichkeit. Magdeburg-Stendal, die Hochschule 2 / 2006.

n Zur Deutschland-Fragen. Verlag Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen, Bonn 2 / 1989.

40. Spiegel (Spezial) 162 Tage Deutsche Geschichte. Das halbe Jahr der gewaltlosen Revolution. Nummer 2 / 1990.
41. Süddeutsche Zeitung, Nummer 227 / 40. Woche, Mittwoch, 2./3. Oktober 1990.
42. Textor, Martin R: Kinderkrippen, Notwendigkeit, Verbreitung, Entstehung. Aus Sozialpädagogisches Forum in der KEG. SGB VIII-Online-Handbuch, 2000. <http://www.martin-textor.de>. Sponsoren. Zeit des Zugriffs: 06.05.2009.
43. Textor, Martin R: Der Kindergarten vor neuen Herausforderungen. Kindergartenpädagogik ó Online-Handbuch- Zeit des Zugriffs: 10.05.2009.
44. Textor, Martin R: Elementarbildung- Bildung und Erziehung in Kindertagesbetreuung. [Hhttp://www.bildungsserver.de/zeigen](http://www.bildungsserver.de/zeigen). [Html? = 3481](#). Zeit des Zugriffs: 10.04.2009.
45. Wikipedia: Unabhängiger Frauenverband
<http://de.Wikipedia.org/wiki/unabh%C3A41>. Datum des Zugriffs: 18.06.2008.
46. Wikipedia: Wende DDR. <http://de.Wikipedia.org/wiki/Wende-> (DDR)
Datum des Zugriffs: 14.01.2009.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BRD : Bundesrepublik Deutschland.

CDU: Christlich Demokratische Union.

DDR : Deutsche Demokratische Republik

EG: Europäische Gemeinschaft.

FDGB : Freie Deutsche Gewerkschaftsbund.

FDP: Freie Demokratische Partei.

IFM: Initiative für Frieden und Menschenrechte

KPD: Kapitalistische Partei Deutschland.

SED: Sozialistisches Einheitsdeutschland.

SBZ : Sowjetische Besatzungszone.

SPD: Sozialistische Partei Deutschlands.

UFV: Unabhängiger Frauenverband.

ZK: Zentralkomitee

Zwei óplus-Vier : Die beiden deutschen Staaten plus die vier Siegermächte.

PERSONNENREGISTER MIT KURZBIOGRAPHIE

In diesem Personenregister werden alle historischen Persönlichkeiten aufgeführt, die namentlich in der vorliegenden Arbeit Erwähnung finden.

Bebel, Ferdinand August:

Wurde in Köln am 22. Februar 1840 geboren und im August 1913 in der Schweiz gestorben.

Bebel war einer der Begründer der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Seine politischen Anfänge wurzelten im liberaldemokratischen Vereinswesen von Arbeitern und Handwerkern, ehe er sich dem Marxismus zuwandte.

Über Jahrzehnte arbeitete er mit Wilhelm Liebknecht zusammen. Mit ihm gründete er 1869 die sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP.

Die Abwendung von der bürgerlichen Demokratie bis zum Sozialismus, kostete Bebel nach seiner Darstellung keine « großen Seelenkämpfe », die Begegnung mit Wilhelm Liebknecht, der 1865 nach Leipzig kam, war im Gegenteil von großer Bedeutung. Von ihm nahm Bebel die Grundthese an, dass der politische und soziale Kampf der Arbeiter eine Einheit sei.

Als 1866 der deutsche Krieg bevorstand, kritisierte Bebel auf einer großen Versammlung die antideutsche Politik Otto von Bismarck. Das Ergebnis sei « *Groß Preußen, umgeben von einer Anzahl Vasallen Staaten deren Regierungen nichts weiter als Generalgouverneure der Krone Preußens sind.* » Bebel missbilligt einen Bund der « *Deutschland zu einer großen Kaserne mache um den letzten Rest von Freiheit und Volksrecht zu vernichten.* »

Brandt, Willy:

1913 wird Willy Brandt in Lübeck geboren. Er wird von seinem Großvater, einem Arbeiter und SPD-Mitglied großgezogen. Im Jahre 1929 arbeitet er aktiv

terjugend Lübecks mit. Er flieht 1933 vor
ung über Dänemark nach Norwegen. Dann
slo. 1940, nach der Besetzung Norwegens durch
deutsche Truppen, gerät Brandt in deutsche Kriegsgefangenschaft, ohne erkannt
zu werden. Anschließend setzt er sich nach Stockholm ab und arbeitet dort als
Journalist.

Von der norwegischen Exil-Regierung erhält er die norwegische
Staatsbürgerschaft. 1945/46 berichtet er als Korrespondent skandinavischer
Zeitungen in Deutschland über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.
Während und nach der Berliner-Blockade arbeitet er eng mit dem regierenden
Bürgermeister von West-Berlin zusammen.

Von 1955 bis 1957 wird er Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.
1961 Sozialdemokratischer Kanzlerkandidat gegen Konrad Adenauer. 1966 bis
1969, Bundesminister und Vizekanzler in der großen Koalition unter Kurt Georg
Kiesinger.

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Warschauer Pakt-
Staaten, erhält Brandt große Internationale Anerkennung durch seine deutliche
Absage an Gewalt und Drohung als Mittel der Politik. Im Jahre 1969 nach den
Bundestageswahlen schließen SPD und FDP eine sozial-liberale Koalition mit
Willy Brandt als Bundeskanzler.

In seiner Regierungserklärung verweist er auf die Existenz zweier deutscher
Staaten, die füreinander nicht Ausland waren, und gibt die Umwandlung des
Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Ministerium für innerdeutsche
Beziehungen bekannt.

Mit seinem Kniefall vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau im
Jahre 1970, wählt ihn das amerikanische Nachrichtenmagazin « Times » zum
Mann des Jahres. 1971 Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis für seine
Entspannungs- und Ostpolitik. 1985 in Washington, erhält Brandt den Albert-
Einstein- Friedenspreis. In Moskau trifft er erstmals mit dem kommunistischen
Reformpolitiker Michail Gorbatschow zusammen.

Als Altpäsident, am 20. Dezember 1990 eröffnet Brandt im Berliner
Reichstagsgebäude die Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages. Am 8.
Oktober 1992 stirbt Willy Brandt.

Simone de Beauvoir ist am 9. Januar 1908 in Paris geboren und am 14. April 1986 in Paris gestorben. Sie ist eine französische Schriftstellerin, Philosophin und Feministin. In getrennten Wohnungen genossen Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre die Vorteile des Lebens zu zweit und keine seiner Unannehmlichkeiten. Freiheit und vollständiges gegenseitiges Vertrauen waren die Grundlage ihrer Beziehung. Sie handelte dort, wo die Freiheit zu erkämpfen war: sie verteilte Flugblätter und verbotene Zeitungen und stand seit 1970 der neuen internationalen Frauenbewegung engagiert. In seinem berühmten Werk *Das andere Geschlecht, Sitte und Sexus der Frau* analysiert sie die Realität von Frauen im Patriarchat.

Dulles, John Foster:

John Foster Dulles ist am 25. Februar 1888 in Washington geboren und am 24. Mai 1959 ebenda gestorben. Er war ein US-amerikanischer Politiker, der unter Präsident Eisenhower von 1953 bis 1959 als Außenminister diente. Er war bekannt für seine kompromisslose Haltung gegenüber der Sowjetunion im kalten Krieg. Er betrachtete den Kommunismus als unmoralisches Übel.

Führer, Christian:

Geboren am 5. März 1943 in Leipzig, ist Christian Führer ein evangelischer Pfarrer. Er war Gemeindepfarrer der Nikolaikirche in Leipzig, in welcher seit 1982 wöchentlich Friedensgebete stattfanden. Am 30. März 2008 hielt Führer seinen Abschiedsgottesdienst in der Nikolaikirche und ging in den Ruhestand. 1991 erhielt Führer die Theodor-Heuss-Medaille. Der Preis wurde den gewaltlosen Demonstranten für den aufrechten Gang in die Demokratie übergeben. Im Sommer 1988 beugte er sich dem Druck staatlicher Stellen und unterstützte die Superintendentur Leipzig Ost beim Ausschluss der Leipziger Bürgerinitiativen von der Gestaltung der Friedensgebete. Erst nach zwei Monaten intensiver Protestaktionen konnten die organisierte Leipziger Opposition wie Arbeitsgruppe Menschenrechte, Arbeitskreis Gerechtigkeit,

Gruppe Umweltschutz, Frauen für den Frieden, über den Gruppen die Gestaltung der Friedensgebete unter der Leitung und Verantwortung eines Pfarrers ermöglichte. Die Demonstrationen mit über 100.000 Teilnehmern verliefen ohne jede Gewaltanwendung.

Genscher, Hans-Dietrich:

Hans-Dietrich Genscher besteht sein Abitur an der Friedrich-Nietzsche-Oberschule in Halle, dann studiert er Rechtswissenschaften in Halle und Leipzig. Genscher verlässt die DDR und siedelt in die Bundesrepublik nach Bremen über. 1959-65 ist er Fraktionsgeschäftsführer der Freien Demokratischen Partei (FDP), ab 1962 gleichzeitig Bundesgeschäftsführer der FDP und Mitglied des Bundestages von 1965 bis 1998. 1969 bis 1974: Bundesminister der Inneren Minister unter Bundeskanzler Willy Brandt. Er steht für eine Ausgleichspolitik zwischen Ost und West und entwickelt eigene Strategien für eine aktive Entspannungspolitik. 1982 bis 1992: Bundesminister des auswärtigen Amt. Er verkündet am 30. September 1989 nach Verhandlungen mit Vertretern Ost-Berlins und Prags, dass alle DDR-Flüchtlinge, die sich in den deutschen Botschaften in Prag und Warschau befinden, ausreisen dürfen.

Honecker, Margot:

Margot Feist wurde am 17. April 1926 in Halle geboren. Sie ist eine deutsche Politikerin, und die zweite Frau von Erich Honecker. Tochter eines Schumachers und einer Matratzenfabrikarbeiterin, wuchs sie in ärmlichen Verhältnissen auf. 1945 trat Margot Feist der KPD bei, durch die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. 1946 Mitglied des Sekretariats des FDJ-Kreisvorstandes Halle, 1947 Leiterin der Abteilung Kultur und Erziehung im FDJ. 1950, mit 22 Jahren, ist sie die jüngste Abgeordnete der Volkskammer, höchstes staatliches Machtorgan der DDR.

Bereits während ihrer politischen Arbeit in Halle, lernte sie Erich Honecker kennen. Er war damals Vorsitzender der Jugend-Organisation FDJ, verheiratet (Edith, geboren Baumann) und Vater einer Tochter (Erika).

Pionierorganisation nach Berlin ging, kamen sich
zember 1952 wurde ihre Tochter Sonja geboren.

Nach Honeckers Scheidung von seiner ersten Frau, heirateten sie 1953.

1963 wurde sie stellvertretende Ministerin für Volksbildung. Von 1967 bis 90 war sie erneut Abgeordnete der Volkskammer. Ende der 70er Jahre wurde auf Anordnung Margot Honeckers der « Wehrkunde-Unterricht » (Zivilverteidigung) an den Schulen eingeführt. Unter starken Protesten besonders von kirchlicher Seite, Repressionen gegen Schüler, die sich gegen diesen Unterricht äußerten, waren an der Tagesordnung. Mit der gesellschaftlichen Wende in der DDR 1989 ging Margot Honeckers Laufbahn zu Ende. 1992 konnte Margot zu ihrer in Chile lebenden Tochter ausreisen.

Krenz, Egon:

Egon Krenz wurde am 19. März 1937 in Pommern geboren. Er war ein deutscher Politiker der SED. Er war 1989 für wenige Wochen als Nachfolger Erich Honeckers SED-Generalsekretär und Staatsvorsitzender der DDR. Nach der Wiedervereinigung wurde er vor Gericht gestellt, zu sechseinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und 2003 aus der Haft entlassen. 1983 wurde er zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED gewählt. Mit der Ernennung zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates wurde Krenz 1984 zum zweiten Mann hinter Erich Honecker. Krenz war 1989 als Leiter der zentralen Wahlkommission für die Ergebnisfälschungen bei der Kommunalwahl mit verantwortlich. Zur blutigen Niederschlagung des Studentenaufstandes auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking, äußerte sich Krenz im Juli 1989 mit den Worten, es sei ſetwas getan worden, um die Ordnung wiederherzustellen. Am 18. Oktober 1989 wurde Krenz Nachfolger von Erich Honecker. Zu seiner Antrittsrede prägte Krenz den Begriff ſWende. Zunächst nur als geringfügige Änderung des bestehenden Systems gedacht, wurde das Wort schnell zum Synonym für die Umbruchsituation und die friedliche Revolution in der DDR.

Karl Liebknecht wird am 13. August 1871 als Sohn des sozialdemokratischen Politikers Wilhelm Liebknecht in Leipzig geboren. Er studiert Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. Aufgrund seiner Programmschrift *„Militarismus und Antimilitarismus“*, verfasst für die sozialistische Jugendbewegung, wird er wegen Hochverrat zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt. 1916 beginnt er mit Rosa Luxemburg mit der Herausgabe der *„Spartakusbriefe“*. Er wurde wegen seiner radikalen Kritik an der Fraktionsmehrheit aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Zusammen mit Rosa Luxemburg übernimmt er die Führung des Spartakusbundes und gibt dessen Zentralorgan die *„rote Fahne“*, mit heraus. Am 1. Januar 1919 nimmt er an der Gründung der kommunistischen Partei Deutschlands teil. Am 16. Januar, nach dem Januaraufstand der Spartakisten in Berlin wird er mit Rosa Luxemburg erschossen.

Luxemburg, Rosa:

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Polen geboren. Sie besuchte das Gymnasium in Warschau und trat schon im zarten Alter von 16 Jahren der Partei *„sozialistische revolutionäre Partei Proletariat“* bei. Da ihre Anhänger von der zaristischen Polizei verfolgt wurden, floh Rosa Luxemburg 1889 nach Zürich, wo sie Nationalökonomie studierte. Wie andere revolutionäre Emigranten arbeitete sie aktiv in der örtlichen Arbeitsbewegung und nahm Anteil an intellektuellen Leben. Nach ein paar Jahren war sie bereits als führende Theoretikerin der revolutionären sozialistischen Partei Polens anerkannt. Um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, ging sie eine Scheinehe mit einem deutschen Emigranten ein und konnte so 1898 nach Deutschland, ins Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung, ziehen. Kurz nach dem ersten Weltkrieg gründete sie mit Karl Liebknecht die Gruppe International, später *„Spartakus Gruppe“*. 1917 organisierte sie die Revolutionäre und hielt die rote Fahne des internationalen Sozialismus hoch. 1918 gründete sie die kommunistische Partei Deutschlands. Am folgenden Tag wurde in der Presse angedroht diese Partei nur

können. Noch am selben Abend wurde sie mit
geschlagen und erschossen.

Nadig, Friederike:

Friederike Nadig wurde am 11. Dezember 1897 in Herford geboren und ist am 14. August 1970 ebenda gestorben. Nadig hatte schon in jungen Jahren ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein und Interesse. Sie schloss sich bereits mit 16 Jahren der Sozialistischen Arbeiterjugend an und trat drei Jahre später in die SPD ein. Nach 1945 beteiligte sie sich am Wiederaufbau der SPD. 1948 wurde sie in den parlamentarischen Rat berufen und arbeitete am Entwurf des Grundgesetzes mit. Neben Elisabeth Selbert, war sie eine der engagiertesten Streiterinnen für die Gleichberechtigung. Im Gegensatz zu Helene Weber und Helene Wessel, die einer völligen Gleichbehandlung von Mann und Frau skeptisch gegenüber standen, meinte sie, dass die Mehrzahl der Bürger Deutschlands nach zwei Weltkriegen Frauen seien und dass sie daher jedes Recht hätten, eine vollständige Gleichberechtigung zu fordern. Während sie sich mit der Forderung nach der Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz durchsetzen konnte, scheiterte sie mit der Forderung uneheliche Kinder den ehelichen Kindern gleichzustellen.

Pauline von Lippe Detmold:

Pauline von Lippe Detmold wurde am 23. Februar 1769 in Ballenstedt geboren und ist am 29. Dezember 1820 in Detmold gestorben. Sie war von 1802 bis zu ihrem Tod Regentin des deutschen Fürstentums Lippe und gilt dort als eine der bedeutendsten Herrscherinnen. Sie gründete vor über 200 Jahren die erste Kinderbewahranstalt in Deutschland, eine Erwerbsschule für verwahrloste Kinder, ein Arbeitshaus für erwachsene Almosenempfänger und eine Pflgeanstalt mit Krankenstube. Pauline kümmerte sich um das Wohlergehen der kleinen Kinder, deren Eltern tagsüber zur Arbeit das Haus verlassen mussten. Sie ahnt damit die Initiative Frau Napoleons voraus, damals noch Erster Konsul von Frankreich. 1801 kaufte Pauline an der Schülerstrasse ein geeignetes Gebäude, ein ehemaliges Kloster, für ihre sozialen Einrichtungen, darunter die erste am 1.

ewahranstalt. Sie fand bald im Land viele

Pechstein, J.:

Der Mainzer Universitätsprofessor und Pädiater J. Pechstein ist ein scharfer Kritiker der Krippenpädagogik der DDR und ist für die Auflösung der Kinderkrippen in der DDR als Relikte der SED-Diktatur. Er meint das Grundbedürfnis des Kindes sei die Elternnähe und nicht die Krippe.

Schärfer, Frieda:

Frieda Schärfer wurde am 19. Februar 1904 in Lengerich geboren und ist am 5. April 1980 ebenda gestorben. Sie war eine deutsche Politikerin. Schärfer besuchte die Volksschule und wurde danach Krankenpflegerin. Nach Ende des zweiten Weltkrieges trat sie 1946 der KPD bei und wurde Mitglied des Stadtrates von Osnabrück. 1934 wurde sie wegen der angeblichen Vorbereitung zum Hochverrat zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Sie gehörte dem niedersächsischen Landtag in der ersten Wahlperiode vom 20. April 1947 bis zum 30. April 1951 an.

Von Mai 1947 an war sie Vorsitzende des niedersächsischen Landtages.

Schewardnadse, Eduard:

Eduard Schewardnadse ist ein georgischer Politiker. Er war Außenminister der Sowjetunion von 1985 bis 1990 und von 1995 bis 2003 Präsident Georgiens. Er leitete mit Gorbatschow Michail eine außenpolitische Wende ein. Er unterstützte den Prozess der Wiedervereinigung und die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.

Schönfelder, Horst:

Horst Schönfelder wurde am 1932 geboren. Von 1979 bis 1990 war er Staatssekretär und Stellvertretender Minister für das Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik.

Elisabeth Selbert wurde am 22. September 1896 in Kassel geboren und ist am 9. Juli 1986 ebenda gestorben. Sie war eine deutsche Politikerin und Juristin. Sie war eine der „Vier Mütter des Grundgesetzes“. Die Aufnahme der Gleichberechtigung in den Grundrechteteil der bundesdeutschen Verfassung war zum Großteil ihr Verdienst. Ihr Mann Adam Selbert förderte Elisabeth und nahm sie auf politische Veranstaltungen mit. Ende 1918 trat Elisabeth schließlich in die SPD ein. Während der Weimarer Republik schrieb sie viele Artikel über die Pflicht der Frauen, sich politisch zu informieren und zu engagieren. 1925 studierte sie an der Universität Marburg als einzige Frau Rechts- und Staatswissenschaften. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verlor Adam Selbert seine Arbeit und wurde in Schutzhaft genommen. Da ihr Mann bis 1945 erwerbslos blieb, ernährte sie allein die Familie. Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft wurde Selbert 1946 für die SPD in den parlamentarischen Rat gewählt, der die Aufgabe hatte, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten. Die ursprüngliche Formulierung stammte noch aus der Weimarer Verfassung und lautete: „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Sie konnte schließlich den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durchsetzen. Seit 1983 vergibt die hessische Landesregierung alle zwei Jahre „In Anerkennung hervorragender Leistungen für die Verankerung und Weiterentwicklung von Chancengleichheit von Frauen und Männern“ den Elisabeth-Selbert-Preis.

Strobel, Käte:

Käte Strobel, geboren Müller, wurde 1907 geboren und ist 1996 gestorben. Sie trat 1925 der SPD bei. Nach dem zweiten Weltkrieg war sie in deren Frauenarbeit in Franken tätig. 1949 bis 1972 saß sie im Bundestag und von 1958 bis 1966 im europäischen Parlament. 1966 bis 1969 war sie Bundesgesundheitsministerin, und von 1969 bis 1972 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit.

Juni 1893 als Sohn eines Schneiders in Leipzig geboren. Beide Eltern sind sozialdemokratisch engagiert. Von den Eltern beeinflusst, beginnt er schon als Jugendlicher mit dem Studium sozialistischer Literatur. Im Jahre 1908 wird er Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und arbeitet aktiv in der Arbeiterjugend im Bildungsverein Alt-Leipzig. 1912 nimmt er an der Gründungsversammlung der kommunistischen Partei Deutschlands teil. 1932 übernimmt er nach parteiinternen Auseinandersetzungen im Zentralkomitee den Sekretariatsbereich und damit praktisch die organisatorische Leitung des Gesamtapparats der Partei.

1938 geht er ins Exil nach Moskau. 1945 kehrt er nach Deutschland zurück und organisiert den Wiederaufbau der KPD in Raum Berlin. » Gruppe Ulbricht ». 1946 betreibt er auf Weisung von Josef Stalin die Wiedervereinigung von KPD und SPD zur sozialistischen Einheitspartei Deutschland. 1960 wird Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrats Staatsoberhaupt der Republik.

Damit sind erstmal alle entscheidenden Machtpositionen in den Händen einer Person vereinigt. Am 13. August errichtet die DDR unter der Führung von Ulbricht, in Absprache mit den Staaten des Warschauer Vertrags, eine Mauer um Berlin (West).

Weber, Helene:

Helene Weber wurde 1881 geboren. Von 1905 bis 1909 studierte sie Geschichte, Philosophie, Romanistik und Sozialpolitik in Bonn und Grenoble. Sie wird Leiterin der Sozialen Frauenschule des katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln. Später übernimmt sie auch die Redaktionsleitung der Vereinzeitschrift *„Mitteilungen“*. Als Politikerin und Ministerbeamtin ist Weber mit sozialpolitischen Fragen befasst. Ihr spezielles Interesse gilt der Frauenbildung und dem Familienrecht. Von 1949 bis 1958 war sie Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU. Im Jahre 1950 war sie Mitglied der deutschen Delegation des Europarats. In den Beratungen über das Grundgesetz spricht sich Weber gegen eine *„schematische“* Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus, um den *„Eigenwert“* der Frau zu bewahren. Gleichzeitig tritt sie für die

Lohnungleichheit ein. Sie war eine der šVier Mütter
62 verstirbt Helene Weber im Alter von 81 Jahren

in Bonn.

Wessel, Helene:

Helene Wessel wurde am Juli 1898 in Dortmund geboren und ist am 13. Oktober in Bonn gestorben. Sie war eine deutsche Politikerin. Vom 1946 bis 1952 war sie Vorsitzende des Zentrums, danach gründete sie die gesamtdeutsche Volkspartei und schloss sich schließlich mit dieser der SPD an. Sie wurde in den parlamentarischen Rat gewählt und ist damit eine der šVier Mütter des Grundgesetzes, neben Friederike Nadig, Elisabeth Selbert und Helene Weber. 1949 übernahm Helene Wessel den Bundesvorsitz des Zentrums, sie war damit die erste weibliche Vorsitzende einer Partei in Deutschland.

Wuemerling, Franz:

Er war von 1953 bis 1962 Familienminister der Bundesrepublik Deutschland. Selbst Vater von fünf Kindern, setzt Wuermeling sich für eine familienfreundlichere Politik und die Erhöhung des Kindergeldes ein. Dank seiner Initiative des Bundesbahn-Ausweises-, im Volksmund- Wuermeling Ausweis genannt, können Kindern und Jugendliche aus kinderreichen Familien zum halben Preis fahren.



ANHANG

ANHANG

Die vorliegenden Seiten dienen der Erläuterung der politischen Begriffe, die in dieser Magisterarbeit Erwähnung finden.

C D U:

Die Christlich Demokratische Union ist eine konservative Volkspartei in Deutschland. Sie stellt mit ihrer Bundesvorsitzenden Angela Merkel, die amtierende Bundeskanzlerin der BRD. Mit ihrem Programm 1947 propagierte die Partei einen sogenannten *christlichen Sozialismus* § zwei Jahre später 1949 eine soziale Marktwirtschaft. In ihrem Grundsatzprogramm spricht die CDU vom *« christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott »*.

D F D

Am 8. März wurde der DFD, Demokratische Frauenbund Deutschlands, in Berlin gegründet. Er sollte die Frauen der DDR in einer Massenorganisation zusammenfassen. 1982 hatte der DFD 1441375 Mitglieder, das waren 21% der weiblichen Bevölkerung. Der DFD knüpfte an die proletarische Frauenbewegung an. In der DDR wurde die Gleichberechtigung durch Verfassung, spezielle Gesetze und die politische Praxis unter Führung der SED verwirklicht.

Grundgesetz der Bundesrepublik:

Der parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, dass das am 8. Mai 1949 von parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16-22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Auf Grund dieser Feststellung hat der parlamentarische Rat, vertreten durch seinen Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet. Der Artikel 3 betrifft die bundesdeutsche Frau: *«Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Ehe und*

sonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege
und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern.“

K P D:

Die Sowjetunion nutzt in ihrer Zone von Anfang an die kommunistische Partei Deutschlands die KPD als Herrschaftsinstrument. Noch vor der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde, kehrt die erste Gruppe kommunistischer deutscher Emigranten unter Führung Walter Ulbricht aus Moskau nach Berlin zurück. Die « Gruppe Ulbricht » ist der sowjetischen Militäradministration unterstellt.

Marxismus-Leninismus:

Nach Lenins Tod wurde der Marxismus-Leninismus zur offiziellen Staatsdoktrin der Sowjetunion, wo er als wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse galt. Der Marxismus-Leninismus wurde in erster Linie von den kommunistischen Parteien verwendet, um zum Trotzkismus und zum Stalinismus in Opposition zu stehen, die von Marx und Engels begründete und von Lenin weiterentwickelte wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, die von der internationalen kommunistischen Bewegung auf Grundlage der Erfahrungen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus und der Praxis des revolutionären Befreiungskampfes ständig bereichert wird. Der Marxismus-Leninismus wird in drei Hauptbestandteile eingeteilt:

- 1- Der dialektische und der historische Materialismus bilden die philosophische Grundlage des Marxismus-Leninismus.
- 2- Die politische Ökonomie untersucht die Beziehungen der Menschen in Produktion und Gesellschaft.
- 3- Der wissenschaftliche Sozialismus wird als Wissenschaft vom Klassenkampf des Proletariats und der Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft definiert.

Die Perestroika bezeichnet den von Michail Gorbatschow ab März 1985 eingeleiteten Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion. Der Prozess stand in engem Zusammenhang mit der Aufhebung der Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Sowjetunion unter dem Schlagwort « *Glasnost* ». Die allgemeine Korruption und die Schattenwirtschaft konnten schon seit langem nicht eingedämmt werden. Der Krieg in Afghanistan (Ausgaben für Militär und Rüstung) verstärkte diese negative Entwicklung. In der Außenpolitik reduzierte die Sowjetunion die militärische Unterstützung für kommunistische Rebellenbewegungen in den Ländern Afrikas und Lateinamerikas drastisch und zog sich 1989 aus Afghanistan zurück.

S E D:

Unter kommunistischer Zwang, erfolgt am 21. /22. April 1946 in Ost-Berlin die Vereinigung von SPD und KPD zur §Sozialistischen Einheitspartei Deutschlandsö. Der Sozialdemokrat Otto Grotewohl kapituliert vor dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und reicht dem Kommunisten Wilhelm Pieck die Hand. Die SPD wird im Osten das erste Opfer der beginnenden Spaltung Deutschlands. Opponierende Sozialdemokraten werden unterdrückt und verfolgt.

S P D:

Die §Sozialdemokratische Partei Deutschlandsö knüpft an ihre Tradition als demokratische Arbeiterpartei an. Ihr Leiter, Dr. Kurt Schumacher ist überzeugt, *“dass in Zukunft die Demokratie in Deutschland sozialistisch sein muss oder gar nicht sein wird”*. Um die Klassengesellschaft zu überwinden, setzt die SPD sich nachdrücklich für wirtschaftliche und politische Demokratie ein. Sie befürwortet die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und die Umgestaltung der Gesellschaft nach Grundsätzen des demokratischen Sozialismus.

Demokratischen Republik:

In ihrer über 40 jährigen Geschichte gab es drei Verfassungen in der DDR: 1949, 1968 und 1974. Durch 123 Artikel, gegliedert in 9 Abschnitte, sollten staatlicher Aufbau, speziell die föderale Struktur, Grundrechte und Pflichten der Bürger sowie die Gesetzgebung und Rechtsprechung geregelt werden. 1968 wurde in ihr unter anderem die Führungsrolle der SED festgeschrieben, so wie der *„sozialistische Internationalismus“* manifestiert. Artikel 6, Absatz 2: *“Die DDR pflegt und entwickelt entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten.“*

Der Artikel 20 betrifft die Frau: *„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“* § Artikel 24: *„Mann und Frau, Erwachsene und Jugendliche haben das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung.“*

Artikel 38 *„Ehe, Familie und Mutterschaft stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieses Recht wird durch die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe und Familie, durch die gesellschaftliche und staatliche Unterstützung der Bürger bei der Festigung und Entwicklung ihrer Ehe und Familie gewährleistet. Kinderreichen Familien, alleinstehenden Müttern und Vätern gilt die Fürsorge und Unterstützung des sozialistischen Staates durch besondere Maßnahmen. Mutter und Kind genießen besonderen Schutz des sozialistischen Staates. Schwangerschaftsurlaub, spezielle medizinische Betreuung, materielle und finanzielle Unterstützung bei Geburten und Kindergeld werden gewährt.“*

DANKSAGUNG

Ich danke der Universität Oran, die mir ermöglicht hat,
diese Magisterarbeit zu schreiben.

Ich danke sehr herzlich meinem ersten Betreuer Prof. Dr. Kamel EL KORSO
für seine fruchtbare Hilfe.

Und danke auch sehr herzlich die Betreuerin dieses Vorhabens, Dr. Nadjia
HAMI, die mich wissenschaftlich begleitet hat.